

PUBLIC SECTOR FINANCE
REAL ESTATE FINANCE

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK

Geschäftsbericht 2012

der Deutschen Pfandbriefbank AG

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT	3
Grundlagen der Bank.....	3
Wirtschaftsbericht.....	10
Verbundene Unternehmen	19
Nachtragsbericht.....	20
Risiko- und Chancenbericht	21
Prognosebericht.....	55
JAHRESABSCHLUSS DER DEUTSCHEN PFANDBRIEFBANK AG 2012.....	61
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012	62
Bilanz zum 31.12.2012	63
Anhang	66
Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes (PCGK-B).....	95
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	96
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	97

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding). Die HRE Holding befindet sich zu 100 % im Eigentum des Finanzmarktstabilisierungsfonds. Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, eine Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland, verwaltet den Finanzmarktstabilisierungsfonds. Laut Beschluss der EU-Kommission im Beihilfe-Verfahren aus dem Juli 2011 muss die Bundesrepublik Deutschland die pbb bis spätestens Ende 2015 reprivatisieren.

Die pbb ist eine Spezialbank für die gewerbliche Immobilienfinanzierung und die Öffentliche Investitionsfinanzierung. In beiden Geschäftsfeldern ist sie in ausgewählten europäischen Ländern aktiv; der Geschäftsschwerpunkt liegt neben Deutschland auf Großbritannien, Frankreich und Skandinavien. Kerngeschäft ist das Kreditgeschäft: Die pbb nimmt eine wichtige Aufgabe bei der Kreditversorgung der Immobilienwirtschaft wahr und unterstützt die öffentliche Hand mit Finanzierungen für Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Ein Handelsbuch mit Wertpapierportfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht führt die pbb nicht. Derivate bietet die Bank Kunden ausschließlich zur Absicherung von Risiken in Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft an.

Im Kreditgeschäft ist die pbb entweder als alleiniger Kreditgeber aktiv oder arbeitet – insbesondere in Transaktionen mit hohem Finanzierungsbedarf - mit Partnern. Hier verfügt die pbb über ein breites Netzwerk aus Bankenpartnern und anderen Finanzierungsquellen wie Mezzanine- oder Private Equity-Partnern mit denen individuelle Finanzierungslösungen für Kunden zusammengestellt werden. In solchen Fällen übernimmt die pbb im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit zusätzliche Funktionen als Arrangeur, der für einen Kunden aus einer Gruppe von Finanzierern ein Konsortium zusammenstellt, und als Agent, der Finanzierungen für Konsortien verwaltet. Darüber hinaus tritt die pbb als Underwriter auf, indem sie Finanzierungen in erster Instanz allein zur Verfügung stellt, um dann Teile dieses Darlehens an interessierte Partner im Rahmen der Syndizierung zu verkaufen.

Strategische Geschäftsfelder

In der Immobilienfinanzierung richtet sich das Angebot an professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren, wie Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds sowie in Deutschland mittelständische und regional orientierte Kunden. Der Schwerpunkt liegt auf den weniger volatilen Immobilienarten Büros, Einzelhandel, Wohnungen und Logistik. Die pbb zielt auf mittlere bis größere Finanzierungen und bietet ihren Kunden sowohl lokale Expertise in den wichtigsten Zielmärkten Deutschland, Großbritannien und Frankreich sowie andere ausgewählte europäische Regionen als auch länderübergreifendes Know-how. Der weit überwiegende Teil der ausgereichten Finanzierungen entfällt auf Investitionskredite, also Kredite für den Erwerb von Bestandsimmobilien, die einen Cashflow erzielen; Herstellungsfinanzierungen haben eine deutlich untergeordnete Bedeutung.

In der Öffentlichen Investitionsfinanzierung finanziert die pbb Projekte zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen, kommunalem Wohnungsbau, der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft, Gesundheits-, Pflege und Kinderbetreuungsimmobiliien sowie Bildungseinrichtungen. Neben der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist die pbb in der öffentlich garantierten Exportfinanzierung aktiv. Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit öffentlicher Gewährleistung vergeben. Der regionale Schwerpunkt liegt auf Deutschland und Frankreich, daneben ist die pbb in weiteren ausgewählten europäischen Ländern tätig.

Neben diesen beiden strategischen Geschäftsfeldern verfügt die pbb über ein Bestandsportfolio in der öffentlichen Budgetfinanzierung. Dieses Portfolio läuft auf der Bilanz ab, generiert also Zinserträge. Neugeschäft tätigt die pbb in diesem Bereich gemäß einer Auflage der EU-Kommission aus dem Beihilfeverfahren aus dem Jahr 2011 nicht.

Refinanzierung

Die Refinanzierung von ausgereichten Krediten erfolgt in hohem Masse fristenkongruent und in erster Linie über den Pfandbriefmarkt; sie wird ergänzt durch ungedeckte Refinanzierung. Der Pfandbriefmarkt zeichnet sich durch hohe Liquidität und eine breite Investorenbasis aus. Der Markt ist nach dem Markt für Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand der zweitgrößte Markt für festverzinsliche Wertpapiere in Deutschland.

Die pbb begibt Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe und ist gemessen am ausstehenden Volumen die zweitgrößte Emittentin. Emissionen erfolgen regelmäßig sowohl am internationalen Kapitalmarkt im Benchmarkformat als auch in Form von bilateralen Privatplatzierungen. Privatplatzierungen gestaltet die Bank nach den Anforderungen der Investoren als Inhaber- oder Namenspapiere; Laufzeit und Zinsstruktur können hier individuell verhandelt werden. Entsprechend dem Kreditgeschäft werden die Pfandbriefe in unterschiedlichen Währungen mit einem Schwerpunkt auf Euro denominated.

Die ungedeckte Refinanzierung erfolgt größtenteils über Schuldscheindarlehen und außerdem über Inhaberschuldverschreibungen.

Investoren in Schuldtitel der pbb sind vor allem Banken, Fonds und Versicherungen, aber auch Zentralbanken. Privatanleger spielen bisher eine untergeordnete Rolle.

Ziele und Strategien

Die Strategie der pbb ist auf nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet unter Verzicht auf spekulative Elemente. Die Bank reicht überwiegend mittel- bis langfristige Darlehen aus, die in aller Regel auch langfristig gehalten werden.

Entscheidend für den Geschäftserfolg sind die Einschätzung und angemessene Bepreisung des Kreditrisikos beim Neugeschäft. Damit die pbb bei ihren Neugeschäftsaktivitäten wettbewerbsfähig ist, bedarf es des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten zu entsprechenden Konditionen. Die Bank betreibt aktive Investor-Relations-Arbeit um die Investorenbasis auszubauen. Über das Einlagengeschäft mit Privatanlegern wird die pbb ihre Refinanzierungsbasis verbreitern.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Management des Bestandsportfolios mit dem Ziel, sich verändernde Risiken zu erkennen und zu mitigieren.

Vorbereitung auf die Reprivatisierung

Bis zum Zeitpunkt der Privatisierung strebt der Vorstand der pbb für die gesamte Bank eine Eigenkapitalrendite nach Steuern mindestens acht Prozent an. Dazu soll das Ergebnis vor Steuern deutlich steigen, indem die Ertragsbasis durch Neugeschäft wächst und die Kosten sinken. Die Kostenbasis der Bank reflektiert noch nicht in allen Bereichen die Größe und Ausrichtung der Bank nach der Restrukturierung der letzten Jahre. Insbesondere die Kosten für IT und die Zahl der Mitarbeiter werden ab dem Jahr 2013 nachhaltig sinken. Hier wirken sich der Abschluss eines Programms zur Konsolidierung der IT-Landschaft sowie die Beendigung von Dienstleistungen für Dritte aus; letzteres soll mit dem Übergang von Mitarbeitern an den Anbieter verbunden sein, der diese Dienstleistungen ab dem Oktober 2013 erbringen wird.

Im Jahr 2012 wurde ein Projekt gestartet, um die Zielstruktur neu zu definieren. Die neue Zielstruktur soll bis Ende 2013 vollständig umgesetzt sein. Mit dieser Zielstruktur entwickelt der Vorstand eine spezialisierte Pfandbriefbank mit europäischer Ausrichtung – er schafft damit die nötige Voraussetzung für die Reprivatisierung und stellt die Bank für die Zukunft über das Jahr 2015 hinaus auf. Ziel ist, die Bank besser auf die Durchdringung der relevanten Märkte auszurichten. Außerdem werden Struktur und Größe dem Zielbild einer spezialisierten Pfandbriefbank angepasst. Bereits im Jahr 2012 wurde die Vertriebskraft mit neuen Büros in Stockholm, Berlin und Hamburg ausgebaut. Im Jahr 2013 wird ein Büro in Düsseldorf folgen. Die Bank will die Zahl der Mitarbeiter in den Marktteams in den nächsten Jahren ausbauen und so die Marktdurchdringung weiter verbessern.

Eng verbunden mit der Entwicklung eines neuen Zielmodells ist die Übertragung des Servicings für das Portfolio der FMS Wertmanagement, das die pbb seit Ende 2010 als Dienstleister für die FMS Wertmanagement erbringt. Die Beendigung dieser Dienstleistung resultiert aus einer entsprechenden Auflage der EU-Kommission; sie ist zugleich eine Notwendigkeit, denn das Portfoliomanagement ausschließ-

lich für Dritte ist nicht Teil des Geschäftsmodells. Die Übergabe soll zum 30. September 2013 auf eine Servicegesellschaft der FMS Wertmanagement erfolgen, bis dahin stellt die pbb das Servicing sicher. Mit den Vorbereitungen für die Übergabe des Servicings wurde im Jahr 2012 begonnen.

Projekte zur Optimierung der IT und von Prozessen

Neben diesen Projekten zur strategischen Weiterentwicklung wurden Projekte zur Optimierung von IT und Prozessen durchgeführt. Das im Frühjahr 2011 initiierte und in diesem Jahr umgesetzte Projekt zur Optimierung der kundenorientierten Primärprozesse fokussierte im Wesentlichen die Qualität und die Prozessgeschwindigkeit in der Bearbeitung von Finanzierungsanfragen unserer Kunden unter Beachtung der risikopolitischen Maßgaben der Bank.

Das Projekt zur Vereinheitlichung der Informationstechnologie wurde Anfang Oktober 2012 erfolgreich umgesetzt. Hierbei lag der Schwerpunkt auf der Übertragung der Kredit- und Sicherheitendaten aus dem Alt-Bankensystem in das neue Zielsystem und die Integration des Kredit-Management-Systems in die neue Zielarchitektur.

Steuerungssystem

Die pbb wird nicht auf der Ebene der Einzelgesellschaft gesteuert, sondern auf Konzernebene. Der pbb Konzern besteht neben dem Mutterunternehmen pbb aus einigen Tochterunternehmen von vergleichsweise geringer Bedeutung. Die Messung der Profitabilität basiert daher nicht auf den im Einzelabschluss und -lagebericht der pbb relevanten HGB-Werten sondern auf den Werten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) des Konzerns.

Das Wachstum in den strategischen Bereichen zur Erhöhung der Erträge wird unter anderem gemessen durch das abgeschlossene Neugeschäftsvolumen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung. Das Neugeschäft, das innerhalb des pbb Konzerns nur in der pbb abgeschlossen wird, ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Höhe der zinstragenden Aktiva und somit auf die zukünftige Ertragskraft. Die Neugeschäftssteuerung und –kalkulation erfolgt dabei in einem barwertigen Steuerungsansatz. Jedes Neugeschäft muss in einer ökonomischen Sichtweise konsistent zur Gesamtbanksteuerung einen positiven Wertbeitrag nach Abzug aller Kosten (in einem Vollkostenansatz) zum Gesamtbankerfolg liefern.

Die Risikosteuerung basiert auf der Risikotragfähigkeitsanalyse. Diese Analyse wird ebenfalls auf Ebene des pbb Konzerns vorgenommen.

Gemäß der Waiver-Regelung nach § 2a KWG ist die pbb befreit, auf Institutsebene die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten zu erfüllen. Die Kernkapitalquote (Tier 1 Quote) als zentrale Steuerungsquote wird jedoch vom pbb Konzern regelmäßig auf Pro-forma-Basis ermittelt. Bei der Kernkapitalquote wird das Kernkapital auf Basis der Definition nach Solvabilitätsverordnung durch die risikogewichteten Aktiva nach Basel II geteilt. Mit Umsetzung von Basel III wird als weitere aufsichtsrechtliche Anforderung eine Mindest-CET1-Quote (harte Kernkapitalquote) eingeführt, die bereits heute im Steuerungssystem berücksichtigt wird.

Die pbb als Arbeitgeber

Während die pbb Ende 2011 insgesamt 960 Mitarbeiter beschäftigte, waren es Ende 2012 insgesamt 1.024 Mitarbeiter. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Eingliederung der pbb Services GmbH in die pbb. Die bereinigte Fluktuation¹ ist in der pbb im Jahr 2012 erneut deutlich auf jetzt 9,98 % (Vorjahr 14,25 %) zurückgegangen.

¹ Unter bereinigter Fluktuation versteht man die Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank und durch Ablauf befristeter Verträge oder durch Abschluss eines Aufhebungsvertrages, ohne Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, oder Konzerntransfer.

Zur Stabilisierung des Personalbestands hat auch im Jahr 2012 ein steigender Fokus auf Personalentwicklungsmaßnahmen beigetragen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der internen Aus- und Weiterbildung für Führungskräfte und Projektleiter. In der „Leadership Academy“ wurden diese Mitarbeiter kontinuierlich für Ihre Führungs- und Projektaufgaben weiterqualifiziert. Erweitert und verbessert wurde das interne Schulungsangebot um Seminare zu den Themen Kommunikation und Konfliktlösung.

Neben diesen „inhouse“ Führungsseminaren hat die Gesellschaft auch im Bereich der fachlichen Qualifizierung eine international ausgerichtete Ausbildung zum Real Estate Manager (EBS) durchgeführt, die der HRE Konzern in Zusammenarbeit mit der European Business School (Oestrich-Winkel) entwickelt hat. Weitere Schwerpunkte hinsichtlich fachlicher Qualifikation lagen im Berichtsjahr bei der Bilanzanalyse sowie bei der Gutachterqualifizierung.

Erweitert und verbessert wurde das Weiterbildungsangebot der Bank um externe Schulungen und Trainings, sowohl zu Fachthemen als auch zu Anforderungen in den Bereichen Sozial- und Methodenkompetenz. Für interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen wurden im Jahr 2012 1.160 Tsd. € für Mitarbeiter der pbb aufgewendet.

Vergütungsbericht

Im Folgenden sind die individualisierten Angaben der Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 für jedes Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats dargestellt. Es sind jeweils die Bezüge veröffentlicht, die die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2012 erhalten haben.

Vorstand

Die pbb leistet keine Bezüge für die Tätigkeit ihres Vorstands. Die Bezüge des Vorstands wurden ausschließlich von der HRE Holding geleistet, die Pensionszusagen bestehen ausschließlich bei der HRE Holding. Insofern werden im Folgenden aus Informations- und Transparenzgründen die von der HRE Holding geleisteten Konzernbezüge und Pensionszusagen des Vorstands dargestellt:

in Tsd. €	2012			2011		
	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt
Manuela Better	500	15	515	500	14	514
Wolfgang Groth	500	42	542	500	39	539
Dr. Bernhard Scholz	500	24	524	500	32	532
Alexander von Uslar	500	23	523	500	22	522
Insgesamt²⁾	2.000	104	2.104	2.000	107	2.107

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Versteuerung unterliegen

²⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge

Pensionszusagen der Vorstandsmitglieder der HRE Holding

in Tsd. €	2012		2011
	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	
Manuela Better	2.915	208	2.707
Dr. Bernhard Scholz	2.745	194	2.551
Alexander von Uslar	2.272	176	2.096
Insgesamt	7.932	578	7.354

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der pbb erhalten gemäß § 10 Abs. 1 der Satzung eine jährliche Vergütung von 10.000 €. Die Ausschusstätigkeit wird nicht gesondert vergütet. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Die Bank erstattet die Reisekosten, Sitzungsgelder werden nicht bezahlt. In der Hauptversammlung am 16. Mai 2012 wurde die Erweiterung des Aufsichtsrats von sechs auf neun Mitglieder beschlossen. Zum 1. Juni 2012 wurden daraufhin Dr. Alexander Groß und Dr.

Ludger Schuknecht in den Aufsichtsrat der pbb gewählt. Heike Theißing und Dr. Christian Gebauer-Rochholz wurden mit Wahl vom 20. November 2012 als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der pbb gewählt. Heike Theißing war zuvor (seit dem 7. Juli 2011) bereits gerichtlich bestelltes Mitglied im Aufsichtsrat der pbb.

Rückstellungen Aufsichtsratsvergütung pbb

in €	2012			2011
	jährliche Vergütung (10)	Umsatzsteuer (19%)	Insgesamt	Insgesamt
Ursula Bestler ¹⁾ , bis 18.5.2011	-	-	-	4.500
Dr. Günther Bräuning	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Christian Gebauer-Rochholz ¹⁾ , ab 21.11.2012	1.150	220	1.370	-
Dr. Alexander Groß ²⁾ , ab 1.6.2012	5.850	-	5.850	-
Dagmar Kollmann	10.000	1.900	11.900	11.900
Georg Kordick ¹⁾	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Ludger Schuknecht ²⁾ , ab 1.6.2012	5.850	-	5.850	-
Heike Theißing ¹⁾ , ab 07.07.2011	10.000	1.900	11.900	5.800
Dr. Bernd Thiemann	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Hedda v. Wedel	10.000	1.900	11.900	11.900
Insgesamt	72.850	11.620	84.470	69.800

¹⁾ Arbeitnehmervertreter

²⁾ Die Vertreter der Ministerien nehmen die Aufsichtsrats­tätigkeit auf Veranlassung ihres Dienstherrn wahr, daher unterliegen die Einnahmen aus dieser Tätigkeit nicht der Umsatzsteuer.

Vergütung der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt unter Beachtung der regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen, insbesondere auch des Restrukturierungsgesetzes. Das im Geschäftsjahr 2010 eingeführte Neue Vergütungssystem wurde – aufgrund der besonderen Regelungen und Anforderungen zum Verbot variabler Vergütung – im Rahmen der Implementierung dieser Anforderungen entsprechend angepasst, wird aber als Zielsystem weiterhin aufrecht erhalten. Die variable Vergütung als eine Komponente des Zielsystems ist nach wie vor suspendiert. Den unter anderem aus der Institutsvergütungsverordnung abgeleiteten regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf z. B. Langfristigkeit, Nachhaltigkeit oder aber auch an angemessene steuerungs- und verhaltensanreizbietende Wirkung konnte aufgrund des Verbots variabler Vergütung durch das Restrukturierungsgesetz weiterhin nicht vollumfänglich Rechnung getragen werden. Zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit wurde unter Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen im Jahr 2011 eine Funktionszulage eingeführt, die hinter der ursprünglich vorgesehenen variablen Vergütung in Summe und im Einzelfall deutlich zurück bleibt und sowohl mit dem Aufsichtsrat wie auch mit dem Eigentümer abgestimmt ist.

Vergütungsausschuss

Der Vergütungsausschuss setzte sich im Jahr 2012 aus Vertretern der Bereiche Personal, den Vertriebs-einheiten sowie dem Treasury / Asset Management und Portfolio Management, Risikocontrolling und -Management, Compliance / Corporate Governance, Finanzen sowie – als Mitglied ohne Stimmrecht im Rahmen der Aufgaben – einem Vertreter der internen Revision zusammen. Der Personalvorstand nimmt den Vorsitz des Vergütungsausschusses wahr.

Der Vergütungsausschuss der pbb hielt im Jahr 2012 insgesamt eine ordentliche Sitzung ab und befasste sich insbesondere mit folgenden Themen:

- Beratung über die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen marktfähigen Vergütung zur Vermeidung erheblicher operativer Risiken vor dem Hintergrund des Restrukturierungsgesetzes
- Erstellung des Vergtungsberichtes für 2011

- Turnusmäßige Durchführung der Risikoanalyse und Erarbeitung eines Vorschlags für die Definition der risikobegründenden Funktionen („Risk Taker“) gem. § 5 Institutsvergütungsverordnung für 2012.
- Beratung der Prinzipien im Rahmen des Salary Review 2012 und der Einschätzung der Angemessenheit unter Berücksichtigung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen.

Im Jahr 2012 wurden für die Identifizierung der risikobegründenden Funktionen („Risk Taker“) folgende Kriterien festgelegt:

- Alle Geschäftsleiter der pbb,
- Alle Führungskräfte der zweiten Ebene, die direkt an den Vorstand der pbb berichten,
- Mitarbeiter mit Stimmrecht in Credit Committees (CC) und/oder Risk Committees (RC) und/oder Risk Provising Committees (RPC) und/oder Assset und Liability Committees (ALCO).

In Summe sind somit 4,95 % der Belegschaft Inhaber risikobegründender Funktionen. Der Vorstand der pbb hat dem Vorschlag des Vergütungsausschusses zugestimmt und den entsprechenden Beschluss hierzu gefasst.

Nachhaltigkeit

Unternehmen tragen Verantwortung für das gesamte Umfeld, in dem sie agieren: ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Kunden und Investoren sowie die Gesellschaft und die Umwelt. Diese Verantwortung fasst die pbb unter Corporate Responsibility zusammen.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung berücksichtigt alle Aspekte der unternehmerischen Verantwortung und legt für das Handeln höchste Maßstäbe an. Leitgedanke der Corporate Responsibility in der pbb ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Das Handeln ist verantwortungsbewusst, langfristig orientiert und berücksichtigt die Konsequenzen für alle Stakeholder des Unternehmens sowie für die Umwelt.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wichtigste Erfolgsfaktor der Bank. Die pbb beschäftigt Frauen und Männer aus vielen verschiedenen Nationalitäten und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund. Es wird besonderer Wert auf Vielfalt gelegt.

Das große Potenzial dieser Vielfalt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird anerkannt und die fachliche, berufliche und persönliche Entwicklung wird gefördert. Der Umgang untereinander ebenso wie das berufliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber Dritten sind in einem Verhaltenskodex festgelegt, der klare Regeln vorgibt.

Kunden und Investoren

Als Spezialbank finanziert die pbb im Neugeschäft Projekte professioneller Immobilieninvestoren und Infrastrukturprojekte der Öffentlichen Hand. In beiden Geschäftsfeldern legt die pbb hohe Standards bei der Kreditvergabe an. Die Bank finanziert fast ausschließlich Investitionen in Gebäude, die die Anforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen, oder unterstützt die Öffentliche Hand, wenn sie Aufgaben bei der Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur wahrnimmt.

Als Unternehmen, das mittelbar zu 100 Prozent der öffentlichen Hand gehört, unterliegt die pbb dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes. Vorbild für den Kodex guter Unternehmensführung des Bundes sind die positiven Erfahrungen mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex, der sich vorrangig an börsennotierte Unternehmen richtet. Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes reflektiert auch die aktuellen internationalen Entwicklungen und Standards der guten Unternehmensführung.

Gesellschaft

Aktuell widmet sich die pbb ihrer Verantwortung für die Gesellschaft vor allem über ihre beiden gemeinnützigen Stiftungen, der pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank sowie der Stiftung für Kunst und Wissenschaft.

Die Stiftungen der pbb verfügen über eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital, das ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet wird.

- Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank mit Sitz in München unterstützt Projekte zur Förderung von Kunst und Kultur; die Nachwuchsförderung ist ein besonderes Anliegen. Zudem fördert sie alle zwei Jahre mit einem bundesweit beachteten Architekturpreis, der ästhetisch und ökologisch vorbildliche Gewerbebauten prämiert, die Verbesserung der architektonischen Kultur bei gewerblichen Projekten in Deutschland.
- Die Stiftung für Kunst und Wissenschaft, gegründet im Jahr 1968 von der Württembergischen Hypothekenbank, hat mittlerweile ihren rechtlichen Sitz in München. Die Stiftung fördert im Schwerpunkt im Bundesland Baden-Württemberg geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum.

Dieses in erster Linie kulturelle und akademische Engagement ergänzt die pbb durch soziales Engagement. Hier unterstützt die Bank mit begrenzten finanziellen Mitteln insbesondere Projekte, die entweder die Standorte des Unternehmens betreffen oder bereits ehrenamtlich von Mitarbeitern wahrgenommen werden. Zusätzlich fördert die pbb persönliches Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

So unterstützt die pbb seit dem Jahr 2013 am Unternehmensstandort Unterschleißheim das Jugendzentrum »JugendKulturHaus Gleis 1«. Gefördert wird in einem ersten Projekt die mobile Jugendarbeit.

Umwelt

Als Finanzdienstleister liegt der Fokus auf einem verantwortungsvollen Ressourceneinsatz sowohl in der Bank selbst als auch bei den Herstellern, die die Bank mit Produkten beliefern.

Die Gebäude der Zentrale in Unterschleißheim bei München weisen eine hohe Energieeffizienz auf. Der gesamte Strombedarf wird seit April 2011 aus erneuerbaren Energien gedeckt. Arbeitsabläufe sind papiersparend ausgelegt, zum Einsatz kommt ausschließlich als umweltfreundlich zertifiziertes Papier. Die umfassende Ausstattung mit Videokonferenzenanlagen ermöglicht eine Reduzierung der Dienstreisen. Dienstwagen müssen im Sinne der ökologischen Verträglichkeit Vorgaben bezüglich des CO₂-Ausstoßes einhalten. Fahrzeuge mit einem höheren CO₂-Ausstoß werden mit einem Malus belegt bzw. dürfen gar nicht angeschafft werden.

Die gesamte Hardwareausstattung der Bank erfüllt die Anforderungen des »Label Green IT«.

Corporate Responsibility Ratings

Institutionelle Investoren und Finanzdienstleister beziehen in ihre Investitionsentscheidungen vermehrt unabhängige Bewertungen der Leistung eines Emittenten im Bereich Corporate Responsibility ein. Diesen Anforderungen der Investoren entspricht die pbb aktuell mit zwei Corporate Responsibility Ratings der Agenturen IMUG und Oekom. IMUG bewertet Schuldtitel und hat im Jahr 2011 für die Öffentlichen Pfandbriefe, Hypothekenpfandbriefe und ungedeckten Anleihen der pbb die Bewertung »neutral« vergeben. Oekom stuft die pbb aktuell mit »Prime« ein.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hat im Jahr 2012 deutlich an Dynamik verloren und befand sich seit dem Herbst in einer Schwächephase. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Eurozone ging im Jahr 2012 um 0,5 % zurück. In eine Rezession fielen dabei vor allem die seit Jahren im Fokus stehenden Staaten: Die Wirtschaftsleistung Italiens (-2,3 %) und Spaniens (-1,5 %) war nach zwei Jahren der Erholung wieder rückläufig, während sich Griechenland (-6,5 %) und Portugal (-3,2 %) nun bereits seit zwei Jahren in einer schweren Rezession befinden.

In Deutschland schwächte sich das Wachstum des BIP zwar ebenfalls von 3,0 % im Jahr 2011 auf 0,7 % im Berichtsjahr ab, blieb aber aufwärtsgerichtet. In Frankreich stagnierte das reale BIP und in Großbritannien konnte nur ein geringes Wachstum von 0,2 % realisiert werden.

Das Zinsniveau wurde zur ökonomischen Unterstützung in allen für die pbb wichtigen Märkten weiterhin sehr niedrig gehalten, was im Berichtsjahr keine wesentliche Auswirkung auf die Inflationsentwicklung hatte. Die Inflationsraten sind zuletzt aufgrund sinkender Rohstoffpreise global gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2012 beträgt die Veränderung der Verbraucherpreise in der Eurozone 2,5 % und in Deutschland 2,1 %.

Der Schuldenstand in der Eurozone ist im Jahr 2012 gegenüber 2011 noch mal leicht gestiegen (90 % des Bruttoinlandsproduktes im 3. Quartal 2012), allerdings geht die Nettoneuverschuldung seit drei Jahren zurück. Für das Jahr 2012 wird mit einem Finanzierungssaldo von -3,3 % nach -4,1 % im Jahr 2011 gerechnet. Der Rückgang der Nettoneuverschuldung resultiert aus den Konsolidierungsanstrengungen, mit denen viele europäischer Länder die öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Kurs bringen wollen.

Die Notenbanken haben auf eine neuerliche Zunahme des Pessimismus auf den Finanzmärkten im Spätsommer 2012 reagiert. Die EZB hat im Sommer mögliche unbegrenzte Anleihekäufe der Euroländer im Fokus in Aussicht gestellt. Allein die Ankündigung der Maßnahme und die Einführung des ESM (sog. Euro-Rettungsschirm) hat die Finanzmärkte beruhigt und die Renditen für Staatsanleihen der Länder im Fokus gedrückt. Außerdem hat die EZB den maßgeblichen Leitzins im Juli auf 0,75 % gesenkt und bis zum Jahresende unverändert gelassen. Jüngste Zahlen zum europäischen Zahlungssystem Target zeigen, dass die Verbindlichkeiten der europäischen Staaten im Fokus gegenüber der Bundesbank im Herbst 2012 gefallen sind und seit dem dritten Quartal keine Abflüsse privaten Kapitals zu verzeichnen sind.¹

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche Das Jahr 2012 hat für die europäische Bankbranche kaum Verbesserungen zum Vorjahr gebracht. Die Ertragslage als auch die Risikosituation entwickelten sich uneinheitlich. Besonders das erste Halbjahr war, bedingt durch die sich zuspitzende Staatsschuldenkrise für die Branche herausfordernd, während sich das zweite Halbjahr positiver entwickelte. Insgesamt lag der Fokus für die meisten Marktteilnehmer auf der Konsolidierung von Bilanzrisiken, Verringerung der Kosten und Verbesserung der Eigenkapitalsituation. Die Bankbranche litt in der öffentlichen Wahrnehmung unter der juristischen Aufarbeitung der Finanzkrise.

Gewerbliche Immobilienfinanzierung Das Transaktionsvolumen auf den Märkten für gewerbliche Immobilienfinanzierungen war im Jahr 2012 in den meisten europäischen Ländern rückläufig. Im Investorenfokus lagen weiterhin vor allem risikoarme Büro- und Einzelhandelsimmobilien, in guter Lage, mit guter Ausstattung und langfristiger Vermietung an bonitätsstarke Mieter (sog. Core-Immobilien). Durch die große Nachfrage in diesem Segment reduzierten sich die erzielbaren Renditen weiter. Objekte, die diese Kriterien nicht oder nur teilweise erfüllten, waren europaweit geringer nachgefragt.

¹ Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, EZB,

In der deutschen Immobilienwirtschaft ist der Optimismus wieder etwas gewachsen. Deutschland konnte von seinem Status als »Sicherer Hafen« in Europa profitieren. Mit einem gewerblichen Immobilieninvestmentsumsatz von über 25 Mrd. € konnte das Transaktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um fast 10 % gesteigert werden. Diese gute Entwicklung war im Wesentlichen durch ein starkes zweites Halbjahr mit vermehrten Portfoliotransaktionen bedingt. 80 % des Transaktionsumsatzes wurde in Form von Einzeltransaktionen getätigt, und bewegte sich auf dem Vorjahresniveau. Am meisten nachgefragt wurden Büroimmobilien mit einem Anteil von über 40 %, gefolgt von Einzelhandelsimmobilien mit einem Anteil von circa 30 %.

Der Markt für Wohnungsportfolios in Deutschland zeichnete sich im Berichtsjahr durch eine hohe Aktivität aus. Durch eine hohe Zahl an Großtransaktionen konnte auf diesem Markt ein Transaktionsvolumen von deutlich über 10 Mrd. € realisiert werden. Damit hat sich der Wert des Vorjahres mehr als verdoppelt. Insbesondere für ausländische Investoren ist der deutsche Wohnungsmarkt nach wie vor äußerst attraktiv. Die Preise haben in Teilbereichen dieses Marktes bereits spürbar angezogen und damit die Rendite in einzelnen Lagen erheblich reduziert. Positiv zu bewerten waren rückläufige Leerstandsdaten im Berichtsjahr, besonders im Bürosegment. Der Immobilienklima-Index, veröffentlicht von der Deutschen Hypo, legte allein im Dezember um 4,2 % auf 118,5 Zählerpunkte deutlich zu, nachdem es schon in den Vormonaten einen leichten Anstieg gegeben hatte.

Die Entwicklung am Gewerbeimmobilienmarkt in Großbritannien war noch bis in den Herbst 2012 hinein leicht rückläufig. Dies war vor allem auf die schwache Entwicklung am Investmentmarkt außerhalb Londons zurückzuführen. Überdurchschnittlich schnitten Immobilien in den zentralen Lagen Londons ab. Darin spiegelt sich die selektive Anlegernachfrage wieder, die trotz deutlich gestiegener Kaufpreise weiterhin Büro- und Handelsimmobilien vor allem im Londoner West End und der City bevorzugen. Insbesondere das Interesse von ausländischen Investoren war ursächlich für diese Entwicklung, Dagegen konnten Nebenlagen und andere regionale Märkte weniger Interesse auf sich ziehen.

In Frankreich fiel der Rückgang am Investmentmarkt auf ein Transaktionsvolumen von über 16,5 Mrd. € erwartungsgemäß aus. Ursächlich hierfür war die verhaltene Entwicklung in den Regionen, während der Großraum Paris gegenüber dem Vorjahr attraktiver wurde. Im Berichtsjahr entfielen 80 % des französischen Transaktionsvolumens auf den Großraum Paris. In Frankreich dominierte das Bürosegment, auf das etwa zwei Drittel aller Transaktionen entfielen.

Immobilienkreditanbieter finanzierten 2012 in erster Linie Akquisitionen im Core-Immobiliensegment. Für Immobilien geringerer Qualität war die Bereitstellung von Fremdmitteln selektiver und zögerlicher im Hinblick auf Beleihungsausläufe, Lage und Kreditvolumen. Große Finanzierungsvolumina wurden regelmäßig in Konsortien getätigt. Insbesondere durch das Ausscheiden einzelner Wettbewerber aus dem Marktsegment der gewerblichen Immobilienfinanzierung waren die realisierbaren Bruttomargen besser als im Vorjahr. Zum größten Teil erfolgt die Fremdmittelvergabe in der gewerblichen Immobilienfinanzierung europaweit immer noch durch Bankinstitute, auch wenn Versicherer oder Kreditfonds auf selektiver Basis verstärkter in den Markt eingetreten sind. In Summe spielten diese alternativen Fremdfinanzierungsmöglichkeiten durch Versicherungen, Kreditfonds sowie durch Immobilienanleihen 2012 in Summe immer noch eine untergeordnete Rolle.¹

Finanzierung des öffentlichen Sektors Das Berichtsjahr war geprägt durch die anhaltende Unsicherheit auf den Märkten der öffentlichen Investitionsfinanzierung. Allerdings zeigten sich durch die bereits erwähnten Maßnahmen seit Herbst erste Stabilisierungstendenzen.

Das führte in der Kommunalfinanzierung dazu, dass das von privaten Banken und Förderbanken bereitgestellte Finanzierungsangebot in den von der Staatsschuldenkrise bisher weniger betroffenen Ländern ausreichend war, um kommunale Investitionsvorhaben zu finanzieren.

Die nach wie vor kritische Betrachtung der finanziellen Situation von Staaten im Fokus und unterstaatlichen Ebenen durch finanzierende Banken und Investoren und eine dadurch differenzierte Bonitätseinschätzung von Kommunen und Gebietskörperschaften blieb im Jahresverlauf jedoch weiter bestehen. In den südeuropäischen Ländern, allen voran in Spanien, wurden deshalb Sondermaßnahmen nötig, um die Liquidität u.a. von Regionen mit größeren Schuldenfälligkeiten abzusichern. Im Großteil der europäischen Länder

¹ Quellen: BNP Paribas Real Estate, Property Report, Deutsche Hypo Immobilienkonjunktur-Index, Jones Lang LaSalle Investmentmarktüberblick, eigene Recherchen

fürten die Anstrengungen, Defizite auf kommunaler Ebene zu reduzieren, zu einer Zurückhaltung bei bestimmten Investitionsvorhaben und deshalb zu einer geringeren Nachfrage nach Finanzierungen.

In Deutschland bot der Markt ausreichend Finanzierungsnachfrage. Allerdings war der deutsche Markt weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass Finanzierungen mit sehr langen Laufzeiten angefragt und von lokalen Wettbewerbern (vor allem von öffentlichen-rechtlichen Banken und Förderbanken) bei sehr niedrigen Margen vergeben wurden. Der Markt in der klassischen öffentlichen Investitionsfinanzierung war dadurch für die restlichen Anbieter sehr herausfordernd.

Im französischen Markt hingegen war der Wettbewerb weniger intensiv und bot ausreichend Potential für Neugeschäft mit attraktiven Margen. Ausschlaggebend waren hier die anhaltende Restrukturierung und die Zurückhaltung von großen Marktteilnehmern. Trotz einer großen gemeinsamen Bondemission an der zahlreiche Kommunen teilnahmen, war die Nachfrage nach Finanzierungen hoch und die im Markt aktiven Banken konnten ausreichend Neugeschäft vergeben. Durch diesen Nachfrageüberhang war es möglich, Neugeschäft in Frankreich mit sehr guten Risiko-Ertrags-Profilen abzuschließen.

In Italien und Spanien wurde der größte Teil des Marktes für öffentliche Investitionsfinanzierungen durch Öffentliche Anbieter abgedeckt.

Bei der Budgetfinanzierung haben sich die Risikoaufschläge in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. In Deutschland stiegen die Aufschläge auf dem Sekundärmarkt von ihren historischen Tiefstständen zum Jahresende 2012 wieder leicht an. In den Ländern Italien, Spanien und Portugal haben sich die Risikoaufschläge merklich eingeeengt und sind mittlerweile weit von ihren historischen Höchstständen entfernt.

Refinanzierungsmärkte Während der Beginn des Jahres 2012 von starker Unsicherheit am Kapitalmarkt geprägt war, hat sich die Lage im Verlauf des Jahres deutlich entspannt. Die Staatsschuldenkrise um die europäischen Länder im Fokus prägte die ersten vier Monate und führte zu einer Eintrübung der Marktstimmung und Zurückhaltung bei Investoren, welche die Refinanzierungsmöglichkeiten für Kreditinstitute erschwerte. Mit den beiden 3-Jahres-Refinanzierungsfazilitäten Ende 2011 und im Februar 2012 sowie der Ankündigung zum Ankauf von Staatsanleihen im September konnte die EZB gezielt Maßnahmen einleiten, um die Refinanzierung der Banken zu entspannen. Aus dieser Situation konnte der deutsche Pfandbrief im zweiten Halbjahr als Profiteur hervorgehen. Zu Beginn des Jahres noch als teuer im Vergleich zu anderen europäischen Covered-Bonds bewertet, suchten die Investoren vermehrt Pfandbriefe. Diese »Flucht in Qualität« führte zu einer starken Sekundärmarktpformance und zu deutlich niedrigeren Risikoaufschlägen als noch zu Beginn des Jahres.

Verbunden mit dem niedrigen Zinsniveau und der Suche nach Rendite stieg auch wieder die Risikobereitschaft der Investoren und der befürchtete Engpass bei der ungedeckten Bankenrefinanzierung blieb aus. Während in den ersten Monaten nur wenige Adressen auf vernünftigen Niveaus mit öffentlichen Transaktionen an den Markt kamen, war im weiteren Verlauf ein deutlicher Nachfrageanstieg und eine Verringerung der Risikoaufschläge zu verzeichnen. Auch die kleinteiligen Privatplatzierungen von Schuldscheindarlehen und ungedeckten Wertpapieren wurden von deutschen Investoren gut aufgenommen.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2012 hat die pbb weitere Erfolge bei der Restrukturierung und Komplexitätsreduzierung, im Finanzierungsneugeschäft, in der Portfoliooptimierung sowie bei der Emission bzw. bei der Rücknahme von besicherten und unbesicherten Papieren erzielt. Diese Erfolge spiegeln sich aufgrund von Sondereffekten jedoch nur bedingt in der Gewinn-und-Verlustrechnung der Bank wider, die ein Ergebnis vor Steuern von 23 Mio. € ausweist. Die pbb hat damit, wie am Jahresanfang prognostiziert, ein positives Vorsteuerergebnis unter dem Niveau des Jahres 2011 (154 Mio. €) erzielt.

Im Vergleich zur Ergebnisplanung wirkte sich vor allem der geringere Zinsüberschuss (147 Mio. €) aus, der durch erhöhte Close-Out-Aufwendungen aus Derivaten belastet wurde. Außerdem haben risikoreduzierende Maßnahmen den Zinsüberschuss beeinflusst, mit denen die pbb flexibel auf das Marktumfeld reagiert hat. Unter anderem wurde das Exposure gegenüber einigen südeuropäischen Ländern reduziert. Dieses Vorgehen und die bewusste Ausweitung sowie die geänderte Zusammensetzung des Liquiditätsbestandes verbunden mit einem niedrigen Anlagezinsniveau der Eigenmittel führten zu geringeren Beiträgen zum Zinsüberschuss. Aus der Verschmelzung der pbb Services GmbH, München, auf die pbb resultierte zudem ein außerordentlicher Aufwand (20 Mio. €) aus dem Abgang von Anlagen im Bau, der das Ergebnis

zusätzlich negativ beeinflusst hat. Diese Effekte wurden von Zuschreibungen zu Wertpapieren des Liquiditätsvorsorgebestandes im Posten Risikovorsorge (104 Mio. €) teilweise kompensiert.

Als Reaktion auf das unsichere Umfeld auf den Refinanzierungsmärkten und die Unsicherheit im Gesamtmarkt wurde in der ersten Jahreshälfte 2012 die Neugeschäftstätigkeit bewusst zurückgenommen. Nachdem sich diese Unsicherheit an den Märkten im Jahresverlauf deutlich reduzierte, wurde die Neugeschäftstätigkeit im zweiten Halbjahr 2012 signifikant erhöht. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf insgesamt 5,6 Mrd. € und lag damit unter dem Planwert von 8,0 Mrd. €. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Profitabilität konnten allerdings teilweise durch die positive Margenentwicklung aufgefangen werden. Die Neugeschäftsmargen lagen sowohl über den Plan-, als auch über den durchschnittliche Bestandsmargen.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Steuern lag mit 23 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres. Im Detail stellt sich die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform des Jahres 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	2012	2011	Veränderung
Zinsüberschuss	147	348	-201
Provisionsüberschuss	33	25	8
Personalaufwand	131	120	11
Sachaufwand	236	186	50
Andere Verwaltungsaufwendungen	222	174	48
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	14	12	2
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	367	306	61
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	143	149	-6
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	-44	216	-260
Risikovorsorge	-153	64	-217
Ergebnis aus Finanzanlagen	-8	2	-10
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	47	-	47
Betriebsergebnis	54	154	-100
Außerordentliches Ergebnis	-31	-	-31
Ergebnis vor Steuern	23	154	-131
Steuern	-6	12	-18
Jahresüberschuss (+) /-fehlbetrag (-)	29	142	-113
Verlustvortrag	3.348	3.589	-241
Entnahmen (+) / Wiederauffüllung (-) aus Genussrechtskapital	-	-4	4
Entnahme aus stiller Beteiligung	53	103	-50
Bilanzverlust	-3.266	-3.348	82

Operative Erträge Die operativen Erträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen) betragen 323 Mio. € (2011: 522 Mio. €). Die Gründe für den Rückgang waren vor allem die höheren Aufwendungen aus Derivate Close-Outs, das gesunkene Marktzinsniveau für die Anlage von Eigenmitteln und Liquiditätsposten sowie Auswirkungen aus risikoreduzierenden Maßnahmen als Reaktion auf das unsichere Marktumfeld. Ferner ging im Jahr 2012 unter anderem aufgrund des Abbaus von Risiken der Bestand der zinstragenden Vermögenswerte zurück. Zudem belastete die Bankenabgabe die operativen Erträge.

Der **Zinsüberschuss** des Geschäftsjahres 2012 lag mit 147 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2011: 348 Mio. €). Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf Belastungen durch Einmaleffekte, den reduzierten Durchschnittsbestand zinstragender Vermögenswerte und ein gegenüber dem Vorjahr gesunkenes Marktzinsniveau zurückzuführen. Einmaleffekte ergaben sich vor allem aus erhöhten Close-Out-Aufwendungen aus Derivaten in Höhe von 221 Mio. € (2011: 54 Mio. €). Zudem resultierte der Rückgang des Zinsüberschusses unter anderem aus dem gezielten Abbau risikobehafteter, aber hochverzinslicher Bestände als Teil der risikoreduzierenden Maßnahmen. Beispielsweise wurde das Exposure gegenüber den Ländern im Fokus wie Italien und Portugal verringert. Um Risiken bei der zukünftigen Refinanzierung vorzubeugen, wurden auch die Liquiditätsbestände ausgeweitet. Durch das gesunkene Marktzinsniveau kam es zu geringeren Ergebnisbeiträgen zum Zinsüberschuss aus den anzulegenden Liquiditätsbeständen und Eigenmitteln. Positiv wirkten die im Vergleich zum Bestandsgeschäft höheren Margen des Neugeschäfts, die jedoch die belastenden Effekte nur teilweise ausgleichen konnten.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 33 Mio. € (2011: 25 Mio. €). Die Provisionserträge enthielten die Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 4 Mio. € (2011: 7 Mio. €) und Einnahmen aus Bearbeitungsgebühren aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 31 Mio. € (2011: 23 Mio. €). Die Provisionsaufwendungen bestanden im Wesentlichen aus Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von -2 Mio. € (2011: -3 Mio. €).

Der **Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen** ging im Geschäftsjahr 2012 auf 143 Mio. € (2011: 149 Mio. €) zurück. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die laufende und nachzuzahlende Bankenabgabe in Höhe von -24 Mio. € (2011: -2 Mio. €). Der mit dem Verwaltungsaufwand korrespondierende geringere Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen aus den Dienstleistungen für den laufenden Betrieb der FMS Wertmanagement betrug 92 Mio. € und lag unter dem Vorjahreswert (2011: 106 Mio. €). Aus IT-Dienstleistungen gegenüber den Schwesterunternehmen der DEPFA Group und der HRE Holding AG resultierten Erträge von 41 Mio. € (2011: - Mio. €). Im Vorjahr fielen die Erträge in der pbb Services GmbH an. Aus der Währungsumrechnung entstand darüber hinaus ein Ertrag von 2 Mio. € (2011: 5 Mio. €).

Verwaltungsaufwendungen Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 61 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (2011: 306 Mio. €) auf 367 Mio. €, was primär an den gestiegenen anderen Verwaltungsaufwendungen lag. Diese erhöhten sich um 48 Mio. € auf 222 Mio. € (2011: 174 Mio. €). Ursache hierfür war vor allem der IT Aufwand, der nach der Verschmelzung der pbb Services GmbH auf die pbb erstmals anfiel. Dem Aufwand stehen die in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Erträge für Dienstleistungen gegenüber dem Schwesterunternehmen DEPFA Group und der HRE Holding gegenüber. Aufgrund eines höheren Mitarbeiterstandes aus der Verschmelzung der pbb Services GmbH, München, auf die pbb und aus dem Betriebsübergang der DEPFA Bank plc, Eschborn, auf die pbb erhöhte sich der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 11 Mio. € auf 131 Mio. €.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge hat sich um 260 Mio. € auf einen negativen Saldo von -44 Mio. € (2011: 216 Mio. €) vermindert. Hauptgrund hierfür waren der Rückgang des Zinsüberschusses und die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen.

Risikovorsorge Die Risikovorsorge war mit 153 Mio. € deutlich positiv (2011: Zuführungen von 64 Mio. €). Die Auflösungen im Jahr 2012 resultierten vor allem aus Zuschreibungen zu Wertpapieren aus dem Liquiditätsvorsorgebestand (104 Mio. €, 2011: Abschreibungen von 50 Mio. €). Diese ergaben sich durch Credit-Spread-Verbesserungen sowie durch eine niedrige Zinskurve. Zusätzlich wurden 47 Mio. € Vorsorge für allgemeine Bankrisiken (§ 340f HGB) aufgelöst. Diese werden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) zugeführt. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass unter Basel III nur noch offengelegte Kapitalbestandteile im aufsichtsrechtlichen Kapital angerechnet werden. Darüber hinaus verringerten sich zum 31. Dezember 2012 die Pauschalwertberichtigungen (ohne Bewertungsreserve nach § 340f HGB) gegenüber dem Vorjahr von 64 Mio. € auf 42 Mio. €.

Ergebnis aus Finanzanlagen Der Saldo des Finanzanlageergebnisses betrug -8 Mio. € (2011: 2 Mio. €) und resultierte im Wesentlichen aus Abschreibungen für Wertpapiere des Anlagebestandes in Höhe von 11 Mio. € (2011: 1 Mio. €). Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen im Wertpapierbestand des Anlagevermögens in zulässiger Weise in Höhe von 2.309 Mio. € unterlassen (2011: 2.816 Mio. €).

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden 47 Mio. € zugeführt.

Betriebsergebnis Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 54 Mio. € (2011: 154 Mio. €).

Außerordentliches Ergebnis Das Außerordentliche Ergebnis belief sich auf -31 Mio. € (2011: 0 Mio. €). Das außerordentliche Ergebnis enthält einen Aufwand in Höhe von 20 Mio. € aus dem Abgang von Anlagen im Bau, der durch die Verschmelzung des Tochterunternehmens pbb Services GmbH auf die pbb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 bedingt ist. Zudem beinhaltet das außerordentliche Ergebnis 11 Mio. € Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen. Zuführungen waren notwendig, nachdem im Rahmen der weiteren Spezifikation der Zielstruktur der zukünftige Personalbestand angepasst wird. Zudem gab es Aktualisierungen infolge der Validierung der in die Berechnung einfließenden Parameter.

Ergebnis vor Steuern Im Jahr 2012 hat die pbb mit 23 Mio. € erneut ein positives Ergebnis vor Steuern erzielt (2011: 154 Mio. €).

Ergebnis nach Steuern Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss für 2012 in Höhe von 29 Mio. € (2011: 142 Mio. €) ausgewiesen.

Bilanzverlust Der Bilanzverlust in Höhe von 3.266 Mio. € resultiert aus dem Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 3.348 Mio. € sowie aus dem Jahresüberschuss 2012 von 29 Mio. € und der Entnahme 2012 aus stiller Beteiligung von 53 Mio. €.

Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	2012	2011	Veränderung
Barreserve	1.929	237	1.692
Forderungen an Kreditinstitute	8.981	9.567	-586
Forderungen an Kunden	47.417	52.845	-5.428
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.820	28.222	-4.402
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	2	-
Beteiligungen	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	274	318	-44
Treuhandvermögen	3	15	-12
Immaterielle Anlagewerte	27	56	-29
Sachanlagen	3	3	-
Sonstige Vermögensgegenstände	340	955	-615
Rechnungsabgrenzungsposten	399	214	185
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	27	31	-4
Summe der Aktiva	83.222	92.465	-9.243

Allgemeine Entwicklung der Vermögenslage Die Bilanzsumme der pbb betrug zum Bilanzstichtag 83,2 Mrd. € und war damit um 9,3 Mrd. € bzw. 10,0 % niedriger als am Vorjahresende (2011: 92,5 Mrd. €). Der Rückgang der Bilanzsumme resultiert vor allem aus dem Abschmelzen der nicht strategiekonformen Portfolios wie z.B. den Budgetfinanzierungen. Darüber hinaus konnte bei den gewerblichen Immobilienfinanzierungen und den öffentlichen Investitionsfinanzierungen das Neugeschäft die Tilgungen nicht vollständig kompensieren, was zu einem Rückgang der Forderungen und Schuldverschreibungen führte. Der Rückgang der Bilanzsumme aus dem planmäßigen Abschmelzen einiger Portfolios und aus dem Abbau der Effekte aus der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement wurde teilweise durch einen Anstieg der Guthaben bei Zentralbanken kompensiert. Die Zunahme dieses Postens resultierte unter anderem aus einer Erhöhung der Liquiditätsreserve. Ferner dienen die Mittel für zukünftiges Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierungen und den Öffentlichen Investitionsfinanzierungen.

Effekte aus der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement Die Effekte, die bei der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement entstanden waren, sanken. Die Buchwerte von Wertpapieren im Bestand der pbb, die von der FMS Wertmanagement ausgegeben wurden, reduzierten sich auf 2,2 Mrd. € (2011: 3,0 Mrd. €). Der Bilanzbestand der synthetisch übertragenen Deckungsstockbestände sank durch Fälligkeiten von 9,0 Mrd. € am 31. Dezember 2011 auf 7,5 Mrd. € am 31. Dezember 2012, wodurch die Forderungen an Kunden zurückgingen. Die Durchleitung überschüssiger Liquidität der FMS Wertmanagement an die Zentralbank wirkte ebenfalls bilanzsummenreduzierend. Diese in den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen Bestände beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 0,5 Mrd. € (2011: 0,7 Mrd. €).

Investitionen Der Geschäftszweck der pbb ist das Betreiben des Bankgeschäfts und hierbei insbesondere des Kreditgeschäfts. Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte haben daher eine untergeordnete Bedeutung. Dennoch hat die pbb im Jahr 2012 auch in diesen Bereichen investiert. Der Schwerpunkt lag auf der Weiterentwicklung der IT-Landschaft. Zum 1. Oktober 2012 wurde die Übertragung der Kreditgeschäfte auf ein Standard-IT-System erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen eines weiteren Projektes erfolgt 2013 die Trennung der IT-Systeme von der FMS Wertmanagement. Ferner wird die Entflechtung vom Schwesterunternehmen DEPFA weiter forciert. Die Zugänge der erworbenen Software betragen im Berichtsjahr 3 Mio. € (2011: 34 Mio. €). Bedingt durch die Verschmelzung der pbb Services GmbH auf die pbb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 sind Anlagen im Bau in Höhe von 20 Mio. € abgegangen.

Finanzanlagen erwirbt die pbb vor allem zur Portfoliooptimierung, wie z.B. zur Anlage der Liquiditätspositionen und der Eigenmittel.

Finanzlage

Passiva

in Mio. €	2012	2011	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.678	11.246	-1.568
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.827	32.722	-895
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.231	32.049	-3.818
Treuhandverbindlichkeiten	3	15	-12
Sonstige Verbindlichkeiten	7.986	10.609	-2.623
Rechnungsabgrenzungsposten	475	315	160
Rückstellungen	439	459	-20
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.976	2.512	-536
Genusrechtskapital	-	6	-6
Fonds für allgemeine Bankrisiken	47	-	47
Bilanzielle Verbindlichkeiten	80.662	89.933	-9.271
Bilanzielles Eigenkapital	2.560	2.532	28
Summe der Passiva	83.222	92.465	-9.243

Verbindlichkeiten

Die gesamten Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 80,7 Mrd. €, nach 89,9 Mrd. € zum Vorjahresstichtag. Der Rückgang resultierte vor allem aus dem geringeren Refinanzierungsbedarf, der im Einklang mit dem strategiekonformen Abschmelzen einiger Portfolios auf der Aktivseite sank. So ging z.B. der Bestand der öffentlichen Pfandbriefe zurück, da ein geringeres Volumen an Staatsfinanzierungen durch Tilgungen von Budgetfinanzierungen zu refinanzieren war. Der geringere Refinanzierungsbedarf führte zudem zu einer Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Fälligkeiten verursachten darüber hinaus einen Rückgang des Bestandes an nachrangigen Verbindlichkeiten.

Zudem reduzierten sich planmäßig die Effekte im Zusammenhang mit der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement. So nahmen die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement von 10,5 Mrd. € auf 7,9 Mrd. € ab. Die Durchleitung überschüssiger Liquidität der FMS Wertmanagement an die Zentralbank wirkte ebenfalls bilanzsummenreduzierend. Diese in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Bestände beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 0,5 Mrd. € (2011: 0,7 Mrd. €).

Kapital

Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals Die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	2012	2011	Veränderung
Grundkapital	380	380	-
Stille Einlage	129	183	-54
gezeichnetes Kapital	509	563	-54
Kapitalrücklage	5.038	5.038	-
Gewinnrücklage	279	279	-
Bilanzverlust	3.266	3.348	-82
Eigenkapital	2.560	2.532	28

Aufgrund eines geringeren Bilanzverlustes erhöhte sich das bilanzielle Eigenkapital zum Bilanzstichtag leicht auf 2,6 Mrd. € (2011: 2,5 Mrd. €).

Kapitalmaßnahmen Das Grundkapital betrug sowohl zum 31. Dezember 2012 als auch zum Vorjahresstichtag 380.376.059,67 € und war eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,83 € je Stückaktie.

Die stille Einlage wurde zum Jahresende 2012 auf 129 Mio. € herabgesetzt (2011: 183 Mio. €). Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Derzeit sind keine konkreten Kapitalmaßnahmen vorgesehen. Allerdings hat die Europäische Kommission im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfverfahren die Reprivatisierung der pbb so schnell wie möglich, aber spätestens bis zum Jahresende 2015, vorgeschrieben.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen gemäß Solvabilitätsverordnung Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die pbb befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Liquidität

Grundsätze und Ziele des Liquiditäts- und Finanzmanagements Hauptziel des Finanzmanagements ist es, die Liquidität der pbb so zu sichern und zu steuern, dass deren Finanzierungs- und Refinanzierungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Das zentrale Liquiditätsmanagement übernimmt in der pbb der Bereich Treasury mittels Liquiditätsaufnahmen und -anlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und dem Interbankengeldmarkt sowie bei Zentralbanken und sonstigen Liquiditätsquellen. Die Liquiditätsrisikostategie ist hingegen Bestandteil der Risikostategie der HRE.

Restlaufzeiten Das Management der Bilanzstruktur der pbb erfolgt durch das Group Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist. Das ALCO ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem CRO, dem CFO sowie den Leitern der Bereiche Treasury und Asset Management, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. In der folgenden Aufstellung werden die Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenübergestellt:

in Mio. €	2012		2011	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
bis 3 Monate	15.887	11.343	12.342	12.760
3 Monate bis 1Jahr	6.796	6.460	7.900	8.042
1 Jahr bis 5 Jahre	30.543	28.591	32.180	29.695
Über 5 Jahre	28.921	25.318	38.449	28.038
Sonstige Aktiva ¹⁾ /Passiva ²⁾	1.075	11.510	1.594	13.930
Insgesamt	83.222	83.222	92.465	92.465

¹⁾ Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Treuhandvermögen, Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten, Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

²⁾ Treuhandverbindlichkeiten, Sonstige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Fonds für allgemeine Bankrisiken, Eigenkapital

Liquiditätsmanagement Die Liquiditätssteuerung erfolgt zentral durch das Treasury. Die Vertriebseinheiten erhalten bei Abschluss von Neugeschäft eine interne Eins-zu-Eins-Refinanzierung. Dadurch werden die Zins-, Währungs- und Kreditausfallrisiken zentral gebündelt und gesteuert. Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2012 2,28 (31. Dezember 2011: 2,34) und lag damit deutlich über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Refinanzierung Hauptrefinanzierungsmittel der pbb sind Pfandbriefe. Daneben nimmt die pbb unbesicherte Refinanzierungen auf. Die Emissionen erfolgten auf Kundenwunsch überwiegend auf festverzinslicher Basis. Das Neugeschäft auf der Aktivseite wird derzeit dagegen vor allem variabelverzinslich abgeschlossen, wobei das Zinsrisiko des Kreditnehmers regelmäßig mit einem Kundenderivat gesichert wird. Offene Zinspositionen der Bank werden in der Regel durch einen Tausch von fixer in variable Verzinsung abgesichert. Im Geschäftsjahr 2012 hat die pbb ihre Aktivität an den Refinanzierungsmärkten durch fünf Benchmark-Emissionen, davon vier besichert und eine unbesichert, sowie durch die Aufstockung von vier Emissionen unterstrichen. Durch die in der folgenden Tabelle dargestellten Emissionen und Aufstockungen wurden auslaufende Papiere, sofern erforderlich, ersetzt.

ISIN	Ankündigung	Settlement	Fälligkeit	Kupon in %	Volumen in Mio. €	Emissionspreis in %	Währung
DE000A1K0RS7	10.1.2012	18.1.2012	18.1.2016	2,250	500	99,970	EUR
DE000A1EWJU1 (1. Aufstockung) ¹⁾	22.2.2012	29.2.2012	6.10.2016	2,625	100	102,579	EUR
DE000A1K0RS7 (1. Aufstockung)	7.3.2012	14.3.2012	18.1.2016	2,250	175	101,904	EUR
DE000A1MLUW0	24.5.2012	1.6.2012	3.6.2019	2,125	500	99,800	EUR
DE000A1PGTJ2	27.6.2012	4.7.2012	4.7.2017	1,625	500	99,658	EUR
DE000A1MLUW0 (1. Aufstockung)	23.7.2012	30.7.2012	3.6.2019	2,125	200	102,806	EUR
DE000A1PG3A3	4.9.2012	11.9.2012	11.9.2015	2,500	500	99,852	EUR
DE000A1PG3A3 (1. Aufstockung)	19.9.2012	24.9.2012	11.9.2015	2,500	250	100,603	EUR
DE000A1PG3M8	6.11.2012	12.11.2012	20.12.2019	1,875	250	99,641	GBP

¹⁾ Aufstockung einer Emission von ursprünglich 500 Mio. € vom 6.10.2011

Ratings

Senior-Unsecured-Ratings und Ratings für Pfandbriefe der pbb¹⁾

	Fitch Ratings		Moody's		Standard & Poor's	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Langfrist-Rating	A-	A-	Baa2	A3	BBB	BBB
Ausblick	Stabil	Stabil	Negativ	Stabil	Stabil	Stabil
Kurzfrist-Rating	F1	F1	P-2	P-1	A-2	A-2
Öffentliche Pfandbriefe	- ²⁾	AAA ³⁾	Aa1	Aaa	AA+ ^{3/4)}	AA+ ⁵⁾
Hypothekendarlehen	- ²⁾	AA+	Aa1 ³⁾	Aa1	AA+ ^{3/4)}	AA+ ⁵⁾

¹⁾ Ratings von mandatierten Ratingagenturen

²⁾ Nach Beendigung der Ratingmandate durch die Bank wurden die Ratings im Februar bzw. im September 2012 entzogen

³⁾ Überprüfung auf Herabstufung

⁴⁾ Die Ratings wurden im Januar 2013 jeweils bestätigt (siehe Nachtragsbericht)

⁵⁾ Stabiler Ausblick

Die Ratingagenturen können Ratings jederzeit ändern oder zurückziehen. Für die Bewertung und Nutzung der Ratings sollten die jeweils geltenden Kriterien und Erläuterungen der Ratingagenturen herangezogen werden, und die Nutzungsbedingungen sind zu beachten. Ratings sollten nicht als Ersatz für die eigene Analyse dienen. Sie stellen keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren der pbb dar.

Die Entwicklung der Ratings ist aktuell stark von exogenen Faktoren wie der andauernden Staatsschuldenkrise oder Methodenänderungen bzw. Anpassungen von Bewertungsparametern der Ratingagenturen beeinflusst und spiegelt nur bedingt die erfolgreich umgesetzte Restrukturierung und die geschäftlichen Erfolge der pbb wider.

Die von Standard & Poor's und Fitch Ratings erteilten Senior Unsecured Ratings blieben im Geschäftsjahr 2012 trotz einer tendenziell kritischeren Beurteilung des Bankensektors stabil. Moody's senkte diese Ratings im Dezember von A3 auf Baa2 mit negativem Ausblick; die Ratingaktion erfolgte im Nachgang einer umfangreichen Überprüfung von Bankratings unter Anwendung überarbeiteter Kriterien, in deren Rahmen Moody's im ersten Halbjahr eine Reihe von Ratings insbesondere im europäischen Bankensektors gesenkt hatte.

Die Aufgabe des Ratings für Öffentliche Pfandbriefe von Fitch Ratings erfolgte ebenfalls vor dem Hintergrund von Änderungen der auf Covered Bonds angewendeten Ratingmethoden, die aus Sicht der Bank zu überhöhten Übersicherungsanforderungen geführt hätte. Da die Methoden der Ratingagenturen zunehmend voneinander abweichen und damit die Deckungsstocksteuerung erschweren, hat die pbb auch das Rating von Fitch Ratings für Hypothekendarlehen beendet. Die Auswirkungen der Methodenveränderung, die Standard & Poor's im Berichtsjahr vorgenommen hat, hat die pbb durch geeignete Maßnahmen begrenzt. Im Zuge der Herabstufung des Senior Unsecured Ratings durch Moody's senkte die Ratingagentur im Dezember auch das Rating des Öffentlichen Pfandbriefs von Aaa auf Aa1, während die Über-

prüfung auf Herabstufung des Ratings der Hypothekendarlehen zum Geschäftsjahresende weiter andauerte.

Außerbilanzielle Verpflichtungen Die unwiderruflichen Kreditzusagen stellen den wesentlichen Teil der außerbilanziellen Verpflichtungen dar und sanken aufgrund von Ziehungen und Linienkürzungen im Vergleich zum 31. Dezember 2011 von 1.064 Mio. € auf 1.004 Mio. € zum 31. Dezember 2012. Auf Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfielen zum Bilanzstichtag 106 Mio. € (2011: 89 Mio. €).

Zusammenfassung

Die pbb schloss im Geschäftsjahr 2012 mit einem positiven Vorsteuerergebnis von 23 Mio. € ab. Aufgrund von Sondereffekten, z.B. aus dem Close Out von Derivaten, lag das Ergebnis jedoch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Als Erfolg wertet der Vorstand, dass trotz dieser negativer Einmaleffekte und der vorsichtigen Strategie vor dem Hintergrund des störungsanfälligen Marktumfelds ein Gewinn erreicht werden konnte. Der Rückgang der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten resultierte vor allem aus dem strategiekonformen Abschmelzen von Portfolios und rückläufigen Gegeneffekten aus der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement.

Verbundene Unternehmen

Zur HRE Holding in München steht die pbb in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG.

Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS die Aktienmehrheit der HRE Holding AG, München. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit sind gemäß § 7d FMStG i.d.F. des FMStErgG die Vorschriften des Aktiengesetzes über herrschende Unternehmen nicht mehr anzuwenden. Somit entfällt ab diesem Zeitpunkt die Berichtspflicht nach § 312 AktG.

Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2012 gab es folgende Ereignisse, die jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hatten:

Anfang Januar 2013 wurde der im November 2012 von Standard & Poor's initiierte „Credit Watch Negative“ beider Pfandbrief-Programme der pbb aufgelöst. Die Ratings wurden jeweils bei AA+/A-1+ bestätigt. Der Ausblick des Langfristratings beider Programme ist stabil.

Die pbb hatte sich an den Drei-Jahres-Tendern der Europäischen Zentralbank vom Dezember 2011 und März 2012 beteiligt. Die Bank hat die ersten Rückzahlungstermine im Januar bzw. Februar 2013 genutzt, um die aufgenommene Liquidität vollständig zurückzuführen.

Am 17. Januar 2013 hat die pbb eine ungedeckte Benchmarkanleihe mit einem Volumen von 500 Mio. € zu einem Emissionspreis von 99,587 % emittiert. Diese konnte aufgrund hoher Investorennachfrage am 14. Februar um weitere 360 Mio. € aufgestockt werden und besitzt nun ein Gesamtvolumen von 860 Mio. €. Die Anleihe hat einen Kupon von 2,0 % und eine Laufzeit von dreieinhalb Jahren bis zum 19. Juli 2016.

Am 23. Januar 2013 erfolgte eine weitere Emission eines Hypothekenspfandbriefes über 500 Mio. € mit einem Kupon von 0,875 %, einem Emissionspreis von 99,785 % und einer Laufzeit von vier Jahren (Endfälligkeit 30. Januar 2017).

Risiko- und Chancenbericht

Organisation und Grundsätze des Risiko- Kapitalmanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet, welches gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Anwendung der Waiver-Regelung gemäß § 2 a KWG darstellt. Alle Aufgaben gemäß § 25 a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut.

Organisation und Komitees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems des HRE Konzerns werden zentral vom Risikomanagement und -controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der pbb Anwendung. Die nachfolgend dargestellten Komitees sind unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der pbb auf HRE Konzernebene eingerichtet.

Der Vorstand der pbb trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem und entscheidet über die Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation der pbb. Alle wesentlichen Kriterien werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert, überwacht und kommuniziert.

Wesentliche, vom Vorstand zu verantwortende Aktivitäten im Risikomanagementsystem im Überblick:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikonahme für die pbb
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen, insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der pbb
- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der pbb
- Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der pbb informiert den Aufsichtsrat der pbb über wesentliche Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie über das Risikoprofil der pbb. Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der pbb und beschließt über erforderliche Zustimmungen zu Kreditentscheidungen. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Das **Group Risk Committee (RC)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender) und dem Chief Financial Officer (CFO) der HRE Holding in Personalunion für die pbb, dem Chief Risk Officer der DEPFA Bank plc, dem Chief Credit Officer (CCO) der pbb sowie dem Leiter Risk Management & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und erörtert die Risikoentwicklung der Bank, verabschiedet Richtlinien, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das Risk Committee ist konzernweit für die Entwicklung einheitlicher Standards für Risikomanagement und -controlling zuständig und überwacht dabei auch die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse und des Kreditportfolios sowie die Einhaltung von Limiten. Im Risk Committee werden Portfolioentwicklungen des HRE Konzerns und somit auch die der pbb diskutiert.

Das **Group Asset and Liability Committee (ALCO)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem CRO, dem CFO, den Leitern der Bereiche Treasury und Asset Management, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der pbb, Funds Transfer Pricing sowie die Marktrisikosteuerung und die Steue-

zung der regulatorischen Kapitalquoten. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Risk Committee ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand der HRE bzw. pbb entschieden werden.

Das **Group Credit Committee**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente, den Senior Credit Executives und den Vertretern der Marktseite zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Votierungsrecht im Rahmen der Marktverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und ist für kompetenzgerechte Kreditentscheidungen für Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen im Kreditverhältnis verantwortlich. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der pbb fallen bzw. einer Zustimmung durch den RLA bedürfen. Das Credit Committee stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das **Group Watchlist Committee**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, tagt monatlich. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der pbb besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig, beschließt das Gremium über die Engagementübergabe an den Bereich Global Workout, der auf Basis einer Engagementstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung bzw. im Credit Committee getroffen.

Sofern Hinweise auf eine objektive Wertminderung bei einem Engagement vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im **Group Risk Provisioning Committee** vorgestellt. Es entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung und im Einklang mit den IFRS-Vorschriften bzw. gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums sind vom Vorstand der pbb im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung zu entscheiden.

Das **Group New Product Process Committee**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, stellt sicher, dass vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten und in neuen Märkten die daraus resultierenden Risiken sowie die Auswirkungen auf Prozesse, Kontrollen und Infrastruktur systematisch analysiert und adressiert werden. Erst mit Genehmigung durch das New Product Process Committee erfolgt eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten oder in neuen Märkten.

Das **Group Stresstest Committee** als Unterausschuss des Group Risk Committees ist für die Methodik, Durchführung und Überwachung der internen Stresstests verantwortlich.

Governance-Struktur mit Waiver¹



Group Chief Risk Officer (CRO) Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Chief Risk Officers, der in Personalunion auch CRO der pbb ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems der HRE, in das die pbb einbezogen ist:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf Ebene der pbb

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit der pbb überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten des **Credit Officer Real Estate I & Public Sector pbb** der pbb, die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des Neugeschäfts zur Aufgabe haben. Die Einheit Global Workout Real Estate I, welche die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat, und das Credit Secretary, welches insbesondere für die Organisation des Credit Committees verantwortlich zeichnet – beide sind dem Bereich CRM Real Estate I & Public Sector pbb zugeordnet.

Der Bereich Property Analysis & Validation, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist, war im Berichtszeitraum dem Verantwortungsbereich des CEO unterstellt. Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheiten Compliance/Corporate Governance und Group Internal Audit (unabhängig) das Risikomanagementsystem der

¹ aufgrund des bestehenden Waivers gemäß § 2a KWG

pbb. In den Aufgabenbereich von Group Internal Audit fallen die turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfung von Prozessen und Systemen sowie signifikante Transaktionen. Dies schließt auch die Überprüfung des Risikomanagementsystems mit ein. Zudem wird das Risikomanagement durch die Einheit Legal unterstützt.

Risikostrategie und -Policies

Die Risikostrategie der pbb basiert auf der Geschäftsstrategie, der Risikoinventur und den Ergebnissen des Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der pbb. Die Risikostrategie wurde im Februar 2012 überarbeitet, durch den Vorstand der pbb verabschiedet und wurde dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates sowie danach dem Aufsichtsratsplenum der pbb zur Kenntnisnahme vorgelegt. Im Juli 2012 wurde die Risikostrategie aktualisiert, um im Wesentlichen dem geänderten Risikotragfähigkeitskonzept, welches auch in den Teilkapiteln »Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit« sowie »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« dargestellt wird, Rechnung zu tragen.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Ausrichtung der pbb als Spezialist für Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung in Deutschland und ausgewählten Ländern in Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider. Sie wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Die Operationalisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Immobilien- und operationelles Risiko), welche die Risikomessung, -überwachung und das -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschreiben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das Risikoberichtswesen orientiert sich an der Struktur der Geschäftssegmente. Der Vorstand der pbb erhält regelmäßig Risikoberichte, die einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft sowie weitere steuerungsrelevante Informationen enthalten. Die Aufsichtsgremien werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus werden anlassbezogen bzw. auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so z.B. bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden insbesondere die Adress-, Markt-, Geschäfts-, Immobilien- und operationellen Risiken quantifiziert und mit Risikodeckungsmasse unterlegt. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Liquiditätsposition quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht in den Kapiteln „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ bzw. „Liquiditätsrisiko“ beschrieben.

Weitere im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten wie regulatorische Risiken sowie die als immateriell erachtete Risiken werden nicht quantitativ gemessen, jedoch über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben, wie z.B. die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgt für die pbb auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der pbb auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse
2. Überwachung der Risikoaktiva (RWA) der pbb auf Portfolioebene über Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Kernkapitalquote nicht unter 10 % sinkt.
3. Operative Risikosteuerung über

- den Einsatz Basel-II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft der pbb. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und rekaliert.
- ein Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit bankweit einheitlicher Risikomessmethodik
- intensive Überwachung und Management von Einzeladressen
- Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger nach IAS 39.

4. Tägliche Überwachung des Marktrisikos

5. Tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos

6. Überwachung des operationellen Risikos

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen. Sie ergänzen die in der Solvabilitätsverordnung festgelegten aufsichtlichen Verfahren. Die institutseigene Risikotragfähigkeitsrechnung ist Gegenstand aufsichtlicher Prüfungen („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP).

Die pbb hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um mit einer definierten Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) über einen Zeithorizont von einem Jahr den größten, potenziellen Gesamtverlust aufzufangen. Hier erfolgten innerhalb des Jahres 2012 verschiedene Weiterentwicklungen.

Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit der pbb wurde ein so genannter Going-Concern Ansatz als primärer Steuerungskreis entwickelt und vollumfänglich in den ICAAP integriert. Dieser Steuerungskreis behandelt - im Gegensatz zu dem parallel dazu bestehenden Gone-Concern Ansatz - nicht den hypothetischen Liquidationsfall des Instituts, sondern stellt explizit auf eine Geschäftsfortführung unter Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalquoten ab. Ergänzend zum Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung ist der Going-Concern Ansatz mit einem umfangreichen Frühwarnsystem versehen, welches bereits deutlich vor Erreichen der Mindestquoten entsprechende Frühwarnsignale ausgibt.

Die Methodik zur Berechnung des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken wurde in 2012 angepasst, um die neuen regulatorischen Anforderungen im ICAAP bezüglich der Quantifizierung von Credit Spread Risiken der Wertpapiere im Anlagebuch zu erfüllen. Zusätzlich wurde im Rahmen einer turnusgemäßen Validierung im Kreditportfoliomodell ein weiterentwickeltes Korrelationsmodell eingeführt, welches spezifisch an die Neuausrichtung des Unternehmens und die aktuellen Entwicklungen auf den Märkten angepasst ist. Über Markt-, Adress-, Geschäfts- und operationellen Risiken hinaus hat die Risikoinventur in 2012 gezeigt, dass aufgrund von Rettungserwerben das eigene Immobilienportfolio angewachsen ist, so dass das Bewertungsrisiko für Immobilien nunmehr als materiell angesehen wird. Es wird daher als eigenständige Risikoart in den ICAAP aufgenommen und kapitalisiert.

Der bisherige Gone-Concern Ansatz wurde in zwei sich ergänzende Perspektiven weiterentwickelt, welche den führenden Going-Concern Ansatz parallel begleiten. Dies ist zum einen die so genannte instantane Liquidationsperspektive, welche in einem hypothetischen Liquidationsfall nicht wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolien ausgeht, sondern den sofortigen Verkauf unter anderem auch der Wertpapiere des Anlagebuches zur Prämisse hat. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den oben genannten wesentlichen Risiken in der instantanen Liquidationsperspektive zusätzlich noch Credit Spread Risiken aus Wertpapieren des Anlagebuches bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt, bzw. die stillen Lasten aus diesen Wertpapieren bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht. Zum anderen hat die pbb eine so genannte strategische Gone-Concern Perspektive entwickelt, welche den Fokus bei der Berechnung des

ökonomischen Kapitals auf das strategische Geschäft legt. Risiken aus den auf Ablauf gestellten Portfolios der Budget Finanzierung und dem Value Portfolio werden dabei über einen Puffer abgedeckt. Für diese beiden Perspektiven wurde das Konfidenzniveau auf 99,91 % angepasst (99,95 % im Gone-Concern zum Jahresende 2011). Diese Anpassung orientiert sich an der Änderung der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen, die von externen Ratingagenturen mit einem guten langfristigen Kreditrating von A- bei Standard & Poor's, A-/A3 bei Fitch und Moody's versehen sind und ist konsistent mit der grundsätzlich konservativen Parametrisierung der Risikomodelle. Die Berechnungsmethoden des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten sowie aktuelle Kennziffern sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird kein ökonomisches Kapital berechnet. Diese Risikoart ist Gegenstand spezifischer aufbau- und ablauforganisatorischer Vorkehrungen.

Zur Würdigung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der pbb wird in den jeweiligen Steuerungskreisen die Höhe des ökonomischen Kapitals der dem Ansatz entsprechenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. In der führenden Going-Concern Perspektive beispielsweise besteht die verfügbare Risikodeckungsmasse im Wesentlichen aus dem Kernkapital nach HGB abzüglich des Kapitals, das zur Sicherung der regulatorischen Mindestquoten vorgehalten wird. Das verbleibende Kernkapital ist dazu geeignet, mögliche Verluste zu absorbieren und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. In dem Gone-Concern Ansatz werden zur Bestimmung der Deckungsmasse neben dem IFRS Eigenkapital noch Nachträge mit einer Laufzeit von über einem Jahr und stille Lasten aus Wertpapieren berücksichtigt. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit muss das ökonomische Kapital vollständig von der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse abgedeckt sein.

Über die Darstellung der Risikotragfähigkeit im Going-Concern Ansatz hinaus wird das ökonomische Kapital in der instantanen Liquidationsperspektive und der strategischen Gone-Concern Perspektive analysiert.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsanalyse und der Stresstests regelmäßig vorgestellt. Die Ergebnisse werden dort diskutiert und es werden gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Risikoarten

Die pbb unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko (teilweise Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse)
- Immobilienrisiko (Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse)

Wesentliche Risikoarten der pbb, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Regulatorische Risiken

Adressrisiko

Definitionen

Das Adressrisiko im Allgemeinen bezeichnet das Risiko eines unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes einer Forderung oder eines Derivats, resultierend aus der Verschlechterung der Absicherungssituation bzw. der Verschlechterung der Bonität eines Landes oder eines Kontrahenten.

Das Adressrisiko umfasst das Kredit-, Kontrahenten-, Wiedereindeckungs-, Rückzahlungs-, Emittenten-, Länder-, Konzentrations- und Erfüllungsrisiko, die in der Risikostrategie der pbb wie folgt definiert sind:

- Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, welches Kredite und traditionelle Kreditprodukte als solche berücksichtigt. Es bezieht sich insbesondere auf die Fähigkeit des Kreditnehmers seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Kreditnehmers. Rückgänge des Fair-Value-Wertes wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Kreditrisikos berücksichtigt.
- Kontrahentenrisiko ist das Risiko aufgrund eines drohenden unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes eines Anspruchs oder eines Derivates. Auslöser dafür sind eine Verschlechterung der Bonität eines Kontrahenten oder eine Verschlechterung der Absicherung. Das Kontrahentenrisiko schließt das Wiedereindeckungs- und das Rückzahlungsrisiko ein.
- Emittentenrisiko ist das Risiko, das Anleihen und andere Wertpapiere berücksichtigt. Insbesondere bezieht es sich auf die Fähigkeit des Emittenten, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Emittenten. Rückgänge des Fair-Value-Wertes wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Emittentenrisikos berücksichtigt.
- Länderrisiken entstehen aus den Wertveränderungen von Auslandsengagements aufgrund von länderspezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Im Wesentlichen handelt es sich um das Risiko, das bei Geschäftsaktivitäten in bestimmten Ländern entsteht. Das Länderrisiko schließt das Konvertierungs-, Transfer- und Staatsausfallrisiko ein.
- Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko von Klumpenbildung in Bezug auf einen Risikofaktor oder Kontrahenten bzw. auf eine stark korrelierte Gruppe von Risikofaktoren oder Kontrahenten.
- Erfüllungsrisiko ist das Risiko, dass die Bank eine Zahlung leistet bzw. einen verkauften Vermögenswert an einen Kontrahenten liefert, aber eine Zahlungsanforderung bzw. den gekauften Vermögenswert nicht erhält.

Adressrisikostategie und -grundsätze

Der pbb -Konzern und somit auch die pbb haben ihr gesamtes Kreditportfolio in die Segmente Real Estate Finance, Public Sector Finance, Value Portfolio und in »Consolidation & Adjustments« aufgeteilt. Dabei entfällt das strategische Geschäft auf die Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) und die öffentliche Investitionsfinanzierung als Teil des Public-Sector-Finance-Portfolios. Die Risikostrategie des pbb Konzerns spiegelt diese Struktur ebenfalls wider.

Das Neugeschäft im Segment Real Estate Finance fokussiert sich auf pfandbrieffähige gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit nachhaltigem Cashflow innerhalb ausgewählter Länder Europas. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger.

Im Segment Public Sector Finance beschränkt sich das Neugeschäft auf pfandbrieffähige öffentliche Investitionsfinanzierungen in ausgewählten Ländern Europas.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll möglichst fristenkongruent erfolgen und größtenteils über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen der pbb zu Adressrisiken enthält folgende wesentliche Komponenten:

- Der **HRE Group Risk Report** beinhaltet neben der Volumenentwicklung relevante Kreditrisikosteuerungskennzahlen wie die Entwicklung des Erwarteten Verlustes sowie des unerwarteten Verlustes über den Value-at-Risk. Der Bericht zeigt sowohl auf HRE Konzern- wie auch auf Einzelinstituts-ebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und -überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche Kennzahlen wie die Entwicklung des EaD, des EL und des Credit-VaR sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand diskutiert. Der Bericht wird darüber hinaus dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates zur Kenntnis gebracht.
- Der **Credit Risk Report** beinhaltet Details zum Portfolio und zu den Risikokennzahlen sowohl auf HRE Konzernebene als auch auf Ebene der Tochterinstitute.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft bzw. zu Konditionenanpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung bzw. rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte »Credit Issue Notes« an einen weiter gefassten Kreis berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II

Kreditportfoliomodell Die pbb setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko-Value-at-Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher beschrieben ist.

Stresstests Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA-Reverse-Stresstests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestquote an Kernkapital von 10 % nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der pbb nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach Basel II Die pbb hat – bis auf die ehemalige DEPFA pbb – bereits die regulatorische Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden. Das finale Ergebnis der aufsichtlichen Prüfung zur Einführung des Advanced-IRBA in der ehemaligen DEPFA pbb wird in 2013 erwartet.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risiko-deckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die pbb:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z.B. Zielkunden, Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Analyse von Portfolioentwicklungen des HRE Konzerns und somit auch der pbb im Risk Committee.
- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell und Limitierung zum Teil auf Segmentebene; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale, bankweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, beispielsweise regionaler oder produktspezifischer Art
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z.B. Credit Issue Notes)
- Ermittlung einer risikoadjustierten Marge anhand eines vorgegebenen RaRoC im Neugeschäft

Die Kreditkompetenzen legen zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest.

Adressrisikomanagement und -überwachung Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie bei der Übergabe in die Intensivbetreuung bzw. Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die Credit-Risk-Management-Einheiten (Credit Officer Real Estate I & Public Sector pbb und Credit Officer PS, FI & Value Portfolio I) führen die erstmalige bzw. jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation Germany/Property Analysis Europe.

Das Legal Department ist – gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien – verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom Credit Risk Management (CRM) fortlaufend analysiert. Bei Auffälligkeiten wird eine außerordentliche Überprüfung des Adressausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt, und es werden entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einen monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Watchlist Komitee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) werden die Ergebnisse diskutiert, und es wird gegebenenfalls über die Bildung bzw. Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische bzw. wertberichtigte Engagements wird ein Restrukturierungsplan bzw. ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen zur potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit bzw. des relevanten Marktes ein. Diese werden im Credit Committee präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) als auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und -minderung durch Kreditsicherheiten

Im Geschäftsbereich Real Estate Finance sind die Finanzierungen durch Grundpfandrechte abgesichert. Anlässlich der regelmäßigen Kreditberichte für bereits bestehende Finanzierungen bzw. im Rahmen der Entscheidungsfindung bei Neufinanzierungen werden die Beleihungsausläufe, die Objekt- (Mikro- und Makrolage, Vermietungssituation, Gebäudezustand) und Marktgegebenheiten regelmäßig erörtert und bei der Einzelkreditbeurteilung mit berücksichtigt. Die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) liegt für die nicht ausgefallenen gewerblichen Immobilienfinanzierungen im Durchschnitt bei 17 % (Dezember 2011: 21 %). Für das gesamte Real Estate Finance Portfolio liegt der LGD-Durchschnitt bei 18 % (Dezember 2011: 22 %). Teilweise sind diese Rückgänge in den durchschnittlichen Parameterwerten auch durch Portfolioabgänge oder andere Veränderungen bei größeren Einzeltransaktionen verursacht.

Neben den Grundpfandrechten umfassen die Finanzierungssicherheiten im Geschäftsbereich Real Estate Finance in der Regel Mietzessionen und die Abtretung von Versicherungsleistungen (in der jeweiligen Ausprägung der verschiedenen Jurisdiktionen), flankiert durch umfangreiche Informations- und Konsultationsverpflichtungen der Kreditnehmer. Es werden neben den Grundpfandrechten nur wenige ausgewählte Sicherheiten als werthaltig in der Kreditbeurteilung berücksichtigt, insbesondere Barsicherheiten sowie Garantien öffentlicher Institutionen. Bei Sicherheiten in Fremdwährung werden entsprechende Abschläge vorgenommen, um evtl. Wechselkursrisiken zu berücksichtigen.

Die Bewertung der Immobilien im Real Estate Finance Bereich erfolgt unter folgenden Qualitätsgesichtspunkten:

a) Im Rahmen der Erstkreditgewährung:

- Für alle Immobiliensicherheiten wird im Zuge der Kreditentscheidung ein interner Bericht (Property Report) erstellt und zusätzlich im Regelfall (im Ausland immer) - bis zur Auszahlung - ein externes Gutachten eingeholt. Es ist sichergestellt, dass bei der Entscheidung zwei Sichtweisen zum Objekt berücksichtigt werden. Zum einen extern und alleine auf das Objekt fokussiert (als vollständiges Markt- und Beleihungswertgutachten) und zum anderen intern vor dem Hintergrund der Finanzierung und dem Abgleich der Objektrisiken mit der Finanzierungsstruktur.
- Alle intern erstellten Berichte und Gutachten folgen dem Vier-Augen-Prinzip. Mindestens ein Senior Property Analyst mit der Qualifikation MRICS und/oder HypZert ist für den Bericht oder das Gutachten verantwortlich.
- Jeder Markt- und Beleihungswert wird durch einen Senior Property Analyst mit der Qualifikation HypZert(F) oder im Ausland HypZert (MLV) ermittelt oder zumindest geprüft.
- Bei der Beauftragung von externen Gutachten werden auch dort als Mindeststandard die Qualifikationen MRICS und/oder HypZert vorausgesetzt. Andere Gutachten oder Stellungnahmen finden keine Anerkennung.
- Zusätzlich unterliegt die Auswahl externer Dienstleister im Bereich der Immobilienbewertung strengen Auswahlkriterien, die ständig durch die Bank überwacht und jährlich nachweislich geprüft werden.
- Jedes extern beauftragte Gutachten, das grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip zu erstellen ist, wird vor Hinterlegung der Daten in die bankinternen System durch einen internen Senior Gutachter mit oben schon genannter Qualifikation nochmals geprüft.

b) Im Rahmen der laufenden Überwachung durch den Bereich Property Analysis:

- Im Rahmen des Kreditmonitorings wird die wirtschaftliche Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Regel jährlich überprüft, dies schließt eine Prüfung der Haupteinflussfaktoren auf den Immobilienwert mit ein (Mieteinnahmen, Marktveränderungen, Veränderungen im Bauzustand). Mindestens alle drei Jahre erfolgt eine neue Marktwertermittlung. Abweichungen in den Werten oder den Sicherheiten werden sofort in den Banksystemen zur Risikobeurteilung berücksichtigt.
- Bei der dreijährigen Marktwertermittlung werden die gleichen Qualitätsstandards zugrunde gelegt, wie im Neugeschäftsprozess. Auch hier gelten als Mindestqualifikation MRICS und/oder HypZert für die Erstellung von Gutachten oder Stellungnahmen.

c) Allgemein:

- Die Sicherstellung der persönlichen Qualitätsstandards für die Property Analysten oder beauftragten externen Gutachter gemäß der aktuell geltenden Regelungen (HypZert/MRICS) erfolgt unabhängig von der Bank bei den jeweiligen Überwachungsstellen und sind international anerkannt. Ein entsprechender Nachweis wird durch die Bank aktiv eingefordert.
- Der Beauftragungsprozess von externen Dienstleitungen ist vom eigentlichen Bewertungsmanagementprozess entkoppelt, um ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit zu gewähren. Extern erstellte Gutachten oder Stellungnahmen, bei denen der Verdacht besteht, dass der Ersteller befangen ist, finden keinerlei Anerkennung und werden auch bei der weiteren Erstellung eines Gutachtens für bankinterne Zwecke nicht berücksichtigt.
- Externe Gutachten werden intern überprüft und qualitätsgesichert.
- Developmentfinanzierungen werden laufend von unseren Spezialisten begleitet (Bautenstands- und Kostenkontrolle). Bei komplexen Developmentfinanzierungen werden anlassbezogen außerdem renommierte externe Spezialfirmen in das Baucontrolling (technische Kontrolle, Kostenkontrolle) mit eingebunden.

Im Bereich Public Sector Finance und insbesondere in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung dienen meist andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung (z.B. Kreditversicherungen, vertragliche Garantien/Bürgschaften von öffentlichen Stellen, festverzinsliche Wertpapiere, Ankauf von Forderungen usw.). Zudem bestehen im Bereich der Öffentlichen Investitionsfinanzierung gesetzliche Rahmenbedingungen wie z.B. die Anstaltslast, die einen Rückgriff auf eine öffentliche Stelle ermöglichen.

Kreditportfolio

Der gesamte Forderungsbestand der pbb wird einheitlich nach dem Basel-II-konformen Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der EaD berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Der bankweite EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2012 76,4 Mrd. € (31. Dezember 2011 87,9 Mrd. €). Darin enthalten ist der nicht als Kernexposure der pbb betrachtete EaD gegenüber der FMS Wertmanagement, der sich von 4,9 Mrd. € per Jahresende 2011 auf 0,2 Mrd. € reduzierte. Dieser Betrag entfällt auf Back-to-Back Geschäfte. Hintergrund ist, dass 2010 für einen Großteil der für einen Übertrag auf die FMS Wertmanagement vorgesehenen Derivate zunächst kein Übergang des wirtschaftlichen Eigentums hergestellt werden konnte, sodass die Marktpreisrisiken der Derivate durch Abschluss von Derivaten mit identischen Konditionen zwischen der pbb und der FMS Wertmanagement auf die FMS Wertmanagement transferiert wurden. Aufgrund durchgeführter Novationen reduzierte sich dieser Betrag im Berichtsjahr deutlich.

Darüber hinaus enthielt der Kreditportfolio-EaD in Höhe von 76,4 Mrd. € Vermögensgegenstände mit einem EaD von 0,7 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2011: 0,8 Mrd. €), die für eine Übertragung auf die FMS Wertmanagement selektiert wurden, jedoch aufgrund verschiedener, unter anderem steuerrechtlicher Gründe nicht auf dem ursprünglich vorgesehenen Weg übertragen werden konnten. In 2010 wurde das Adressrisiko dieser Vermögensgegenstände mittels von der FMS Wertmanagement gestellter Garantien übertragen, sodass für die pbb im Zusammenhang mit diesen Positionen letztlich ein Kontrahentenrisiko gegenüber der FMS Wertmanagement verblieb.

Um das tatsächliche wirtschaftliche Risiko in der pbb adäquat abzubilden, werden die oben aufgeführten, nicht als Kernexposure betrachteten EaDs aus Back-to-back-Geschäften mit der FMS Wertmanagement sowie die von der FMS Wertmanagement garantierten Positionen in den nachfolgenden Übersichten zur Portfolioentwicklung und -struktur lediglich nachrichtlich im Rahmen von Fußnoten dargestellt.

Von der FMS Wertmanagement emittierte Bonds mit einem EaD von 2,2 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2012: 3,0 Mrd. €), die im Zusammenhang mit der anteiligen Ausgleichsforderung der pbb für die übertragenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von der FMS Wertmanagement gestellt wurden, wurden im Berichtsjahr erstmalig als Kernexposure der pbb behandelt und somit anstatt nachrichtlich in Fußnoten in den jeweiligen Tabellen ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen wird das Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement alternativ auch für das Vorjahr in den Tabellen zur EaD-Verteilung gezeigt.

Der unter Berücksichtigung oben genannter Abgrenzungen ermittelte EaD für das Gesamtexposure der pbb belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 75,6 Mrd. € (31. Dezember 2011: 82,1 Mrd. €).

Überblick über das Gesamtexposure der pbb: 75,6 Mrd. € EaD Das Kreditportfolio ist in die Geschäftssegmente

- Real Estate Finance (REF)
- Public Sector Finance (PSF)
- und in das nicht-strategische, zum Abbau bestimmte Segment Value Portfolio (VP) aufgeteilt.

In »Consolidation & Adjustments« ist neben den internen Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen in 2012 erstmals der EaD für Geschäfte ausgewiesen, welche nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnen sind. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um Vermögenspositionen für die Aktiv- und Passivsteuerung. Bislang wurde der EaD dieser Vermögenspositionen im Segment Public Sector Finance ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Zahlen zum Jahresende 2011 wird in den nachfolgenden EaD-Splits für den 31. Dezember 2011 das nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende Exposure analog der Vorgehensweise per 31. Dezember 2012 »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt.

Per 31. Dezember 2012 entfielen 88 % des EaDs in »Consolidation & Adjustments« auf die Ratingklassen AAA bis AA- sowie 11 % des EaDs auf die Ratingklassen A+ bis A-. Lediglich 1 % des EaDs befand sich in den Ratingklassen BBB+ und schlechter.

Gesamtexposure: EaD nach Geschäftssegmenten

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Real Estate Finance	23,9	25,3	-1,4	25,2
Public Sector Finance	38,9	45,7	-6,8	52,1
Value Portfolio	0,3	1,7	-1,4	1,7
Consolidation & Adjustments ⁴⁾	12,5	9,4	3,1	0,0
Insgesamt	75,6	82,1	-6,5	79,0

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,9 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,7 Mrd. € (C&A: 0,02 Mrd. €; PSF: 0,2 Mrd. €; VP: 0,7 Mrd. €)

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 5,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. € (Public Sector Finance: 1,3 Mrd. €, Value Portfolio: 0,5 Mrd. €, Consolidation & Adjustments 3,9 Mrd. €)

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 8,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. € (Public Sector Finance: 8,2 Mrd. €, Value Portfolio: 0,5 Mrd. €)

⁴⁾ Der Wert für Consolidation & Adjustments lag per 31.12.2011 bei 0,03 Mrd. €

Das Gesamtexposure (EaD) der pbb reduzierte sich per 31. Dezember 2012 gegenüber dem Jahresende 2011 um 6,5 Mrd. € auf 75,6 Mrd. €. Insgesamt blieb der prozentuale Anteil des EaDs in Real Estate Finance (32 %; Vorjahresende: 31 %) weitestgehend konstant, während die prozentualen Anteile der Segmente Public Sector Finance (51 %; Vorjahresende: 56 %) und Value Portfolio (0,4 %; Vorjahresende: 2 %) leicht abnahmen und sich der prozentuale Anteil des EaDs in »Consolidation & Adjustments« von 11 % auf 17 % erhöhte.

Das Portfolio des Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wies zum 31. Dezember 2012 einen EaD von 38,9 Mrd. € (31. Dezember 2011: 45,7 Mrd. €) auf, wovon 8,4 Mrd. € auf das strategische Portfolio der öffentlichen Investitionsfinanzierung entfielen. Vom restlichen Portfolio stand ein EaD in Höhe von 28,6 Mrd. € im Zusammenhang mit dem nicht-strategischen, auf Ablauf gestellten Portfolio der Budgetfinanzierung.

Risikokennzahlen Erwarteter Verlust Der Erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem Exposure at Default (EaD) ergibt, betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter für die pbb 125 Mio. € zum 31. Dezember 2012 (31. Dezember 2011: 181 Mio. €). Der EL Rückgang ist vorwiegend in einer Rekalibrierung des Modells zur Schätzung des LGD für internationale Real Estate Finanzierungen sowie in Rückführungen begründet. Der Rest entfiel auf Netting Positionen mit Financial Institutions.

Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr wird für das gesamte Exposure außer für Handelsbuchpositionen und Problemkredite, für die bereits eine Einzelwertberichtigung gebucht wurde, berechnet. Die Kennzahl verteilte sich wie folgt auf die Segmente:

Verteilung des Erwarteten Verlustes in Mio. €

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Real Estate Finance	103	140	-37
Public Sector Finance	21	24	-3
Consolidation & Adjustments	1	13	-12
Value Portfolio	-	4	-4
Insgesamt	125	181	-56

Grundsätzlich ist anzumerken, dass künftige Veränderungen bspw. der Konjunktur zu Änderungen der o.g. EL-Zahlen führen können. Auch können dadurch die tatsächlich eingetretenen Verluste von den Erwarteten Verlusten abweichen.

Ökonomisches Adressrisikokapital Das ökonomische Kapital für Adressrisiken – berechnet aus dem Kreditportfoliomodell – betrug für ein Konfidenzniveau von 95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr, also im Going-Concern Ansatz, ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 226 Mio. € (31. Dezember 2011: 343 Mio. €). Details zur Berechnung finden sich im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

Regionale Verteilung des Portfolios Der Schwerpunkt des Exposures der pbb lag zum Berichtsstichtag unverändert auf Westeuropa. Auf Deutschland entfiel mit 49 % bzw. 36,7 Mrd. € weiterhin der Hauptanteil des Gesamtexposures. Die größten Positionen in der Kategorie »Andere Europa«, auf die mit 10,5 Mrd. € rund 14 % des Gesamtportfolios entfielen, stellten Österreich mit 6,3 Mrd. € (31. Dezember 2011: 7,0 Mrd. €) und Schweden mit 1,6 Mrd. € (31. Dezember 2011: 1,3 Mrd. €) gefolgt von Belgien mit 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2011: 0,7 Mrd. €) dar.

Das Exposure in Italien nahm im Vergleich zum Jahresende 2011 aufgrund der Endfälligkeit von Papieren um 1,8 Mrd. € auf 3,4 Mrd. € ab. Die Verringerung des Exposures in Portugal ist auf die vorzeitige Tilgung eines Schuldscheindarlehens und auf den Verkauf bzw. die Fälligkeit von Bonds in Höhe von 0,5 Mrd. € zurückzuführen. In Spanien führte hauptsächlich die Fälligkeit von Bonds zu einer Reduzierung des Exposures um 0,4 Mrd. €. Die größte Reduktion in der Kategorie »Andere Europa« war durch eine Reduzierung des Engagements in Österreich (6,3 Mrd. €; Vorjahresende: 7,0 Mrd. €) bedingt. Der prozentuale Anteil des Exposures gegenüber Emerging Markets gemäß IWF-Definition blieb im Vergleich zum Vorjahresende konstant und umfasste insbesondere Polen mit 2,0 Mrd. € (31. Dezember 2011: 2,1 Mrd. €) und Ungarn mit 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2011: 0,7 Mrd. €).

In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens werden jedem einzelnen Land bzw. Ländergruppen maximale Limite in bestimmten Ratingkorridoren zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten der pbb begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr von Risk Management & Control überprüft.

Emittentenrisiko Bei der Aufteilung der EaDs nach Emittentenrisiko werden die im Portfolio befindlichen Bonds, Schuldscheindarlehen und strukturierten Kredite nach Regionen dargestellt. Die Zurechnung erfolgt nach dem Sitzland des Emittenten. Der EaD nach Emittentenrisiko betrug zum 31.12.2012 43,5 Mrd. € und lag damit unter dem Vergleichswert zum Jahresende 2011 (49,5 Mrd. €). Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa, wobei der Hauptanteil mit 18,3 Mrd. € auf Deutschland entfiel. Die größte Position unter »Andere Europa« belief sich auf 6,2 Mrd. € in Österreich, gefolgt von Belgien mit 0,5 Mrd. €.

Gesamtexposure: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Deutschland	36,7	37,2	-0,5	34,2
Andere Europa ⁴⁾	10,5	12,0	-1,5	12,0
Frankreich	7,6	7,7	-0,1	7,7
Spanien	4,6	5,0	-0,4	5,0
Großbritannien	4,0	4,1	-0,1	4,0
Italien	3,4	5,2	-1,8	5,2
Emerging Markets ⁵⁾	3,0	3,1	-0,1	3,1
Andere	2,2	2,2	-	2,2
Portugal	1,6	2,1	-0,5	2,1
Japan	1,2	1,5	-0,3	1,5
USA	0,7	1,0	-0,3	1,0
Irland	0,1	1,0	-0,9	1,0
Insgesamt	75,6	82,1	-6,5	79,0

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,9 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,7 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland (0,2 Mrd. €). Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (54 % bzw. 0,4 Mrd. €) und Italien (46 % bzw. 0,3 Mrd. €).

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 5,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. €, der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland. Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (59 % bzw. 0,5 Mrd. €) und Italien (41 % bzw. 0,3 Mrd. €).

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 8,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland (7,9 Mrd. €). Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (59 % bzw. 0,5 Mrd. €) und Italien (41 % bzw. 0,3 Mrd. €).

⁴⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die Niederlande

⁵⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

Gesamtexposure: Emittentenrisiko nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung
Deutschland	18,3	20,3	-2,0
Andere Europa ⁴⁾	7,5	8,8	-1,3
Frankreich	5,0	4,7	0,3
Spanien	4,0	4,5	-0,5
Italien	3,1	4,9	-1,8
Andere	2,0	2,0	0,0
Portugal	1,6	2,0	-0,4
Emerging Markets ⁵⁾	1,2	1,2	0,0
Japan	0,5	0,6	-0,1
Großbritannien	0,3	0,3	0,0
Irland	0,0	0,2	-0,2
Insgesamt	43,5	49,5	-6,0

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestehen zusätzlich 0,4 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welcher zu 100 % auf Deutschland entfiel.

²⁾ Zahlenbasis: Datenbank für den Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt; Neben dem oben berichteten EaD bestehen zusätzlich 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welcher zu 100 % auf Deutschland entfiel.

⁴⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die Niederlande

⁵⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

Der größte Rückgang des Portfolios aus Sicht des Emittentenrisikos nach Regionen ist in Deutschland zu verzeichnen und lässt sich aufgrund von fälligen Bonds oder der Rückführung von Schuldscheindarlehen erklären (-2,0 Mrd. €). In »Andere Europa« ist der höchste Rückgang Österreich zuzurechnen, ebenfalls aufgrund von fälligen Bonds oder der Rückführung von Schuldscheindarlehen (-1,2 Mrd. €). Der Rückgang des Italienexposures (-1,8 Mrd. €) ist im Wesentlichen auf die Rückführung zweier Schuldscheindarlehen in Höhe von 1,6 Mrd. € zurückzuführen. Auch in Spanien (-0,5 Mrd. €) und Portugal (-0,4 Mrd. €) konnte ein Rückgang des Exposures verzeichnet werden, der in Portugal auf die vorzeitige Tilgung eines Schuldscheindarlehen und auf den Verkauf bzw. die Fälligkeit von Bonds, in Spanien hauptsächlich auf die Fälligkeit von Bonds zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Verteilung des Emittentenrisikos auf Segmente, waren zum Jahresende 2012 87 % (Dezember 2011: 85 %) des EaD im Segment Public Sector Finance und 13 % in Consolidation & Adjustments (Dezember 2011: 15 %).

Real Estate Finance: 23,9 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Der EaD des Real Estate Finance Portfolios der pbb ging gegenüber dem 31. Dezember 2011 um insgesamt 1,5 Mrd. € zurück. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 0,7 Mrd. € EaD gegenüber 0,8 Mrd. € EaD zum Jahresende 2011. Während sich der absolute Betrag Großbritanniens am Portfolio wie zum letzten Berichtsstichtag leicht erhöhte, reduzierte sich der absolute Betrag Deutschlands sowie der meisten anderen ausgewiesenen Länder. Lediglich in Spanien und in den unter Emerging Markets zusammengefassten Ländern Ungarn, Polen und Rumänien gab es keine Veränderung in der Summe des Exposures.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Regionen¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ²⁾	31.12.2011 ³⁾	Veränderung	31.12.2011 ⁴⁾
Deutschland	12,1	13,1	-1,0	13,1
Großbritannien	3,5	3,1	0,4	3,0
Andere Europa ⁵⁾	2,8	3,0	-0,2	3,0
Frankreich	2,2	2,5	-0,3	2,5
Emerging Markets ⁶⁾	1,9	1,9	0,0	1,9
Japan	0,7	0,8	-0,1	0,8
Spanien	0,5	0,5	0,0	0,5
Italien	0,2	0,3	-0,1	0,3
Portugal ⁷⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Insgesamt	23,9	25,3	-1,4	25,2

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,7 Mrd. €.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,8 Mrd. €.

⁴⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,8 Mrd. €.

⁵⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die Niederlande

⁶⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

⁷⁾ In Portugal 0,03 Mrd. € EaD im Segment Real estate Finance

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten per 31. Dezember 2012 veränderte sich gegenüber dem Jahresende 2011 nur leicht. Schwerpunkte bildeten die Objektarten »Bürogebäude« mit 7,7 Mrd. € EaD bzw. 32 % des gesamten REF-Portfolios (31. Dezember 2011: 35 %) und »Einzelhandel« mit 6,9 Mrd. € EaD bzw. 29 % des REF-Portfolios (31. Dezember 2011: 28 %). Der prozentuale Anteil der Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien war mit 21 % gegenüber dem Jahresende 2011 (20 %) relativ stabil geblieben. Nennenswert ist weiterhin der Anteil von 12 % (31. Dezember 2011: 9 %) der Objektart »Logistik/Lager« am Gesamtportfolio REF.

Real Estate Finance: EaD nach Objektarten¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ²⁾	31.12.2011 ³⁾	Veränderung	31.12.2011 ⁴⁾
Bürogebäude	7,7	9,0	-1,3	8,9
Einzelhandel	6,9	7,1	-0,2	7,1
Wohnungsbau	5,0	5,1	-0,1	5,1
Logistik/Lager	2,8	2,4	0,4	2,4
Andere	1,2	1,4	-0,2	1,4
Hotel/Freizeit	0,3	0,3	-	0,3
Insgesamt	23,9	25,3	-1,4	25,2

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,7 Mrd. €.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,8 Mrd. €.

⁴⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,8 Mrd. €.

Das Portfolio war zum Jahresende 2012 mit 94 % (31. Dezember 2011: 93 %) nach wie vor von Investmentfinanzierungen dominiert; auf risikoreichere Bauprojekte in der Erstellungsphase (Herstellungsfinan-

zierungen) entfielen nur 3 % des EaDs (31. Dezember 2011: 4 %). Unter Investment-Finanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaldienstfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt-Cashflow erfolgt.

Real Estate Finance: EaD nach Darlehensarten¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2012	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Investment-Finanzierungen	22,4	23,4	-1,0	23,3
Kundenderivate	0,7	0,8	-0,1	0,8
Herstellungsfinanzierungen	0,7	1,0	-0,3	1,0
Andere	0,1	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	23,9	25,3	-1,4	25,2

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust für das Real Estate Finance Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2012 103 Mio. € (31. Dezember 2011: 140 Mio. €). Die deutliche Reduzierung lässt sich vor allem auf die Rekalibrierung des Modells zur Schätzung des LGD für internationale Real Estate Finanzierungen zurückführen.

Public Sector Finance 38,9 Mrd.€ EaD Portfolioentwicklung und -struktur Das Portfolio des Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wies zum 31. Dezember 2012 einen EaD von 38,9 Mrd. € (31. Dezember 2011: 45,7 Mrd. €) auf, wovon 8,4 Mrd. € auf das strategische Portfolio der öffentlichen Investitionsfinanzierung entfielen. Vom restlichen Portfolio stand ein EaD in Höhe von 28,6 Mrd. € im Zusammenhang mit dem nicht-strategischen, auf Ablauf gestellten Portfolio der Budgetfinanzierung.

Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa mit Schwerpunkt in Deutschland. Die prozentualen Länderanteile am Segmentportfolio waren mit kleineren Ausnahmen stabil. Den Hauptanteil an »Andere Europa« stellte Österreich mit 5,9 Mrd. € (31. Dezember 2011: 6,6 Mrd. €) dar. Der EaD in Italien, Portugal und Spanien ging aufgrund der Reduzierung von Engagements in diesen Ländern nennenswert zurück. Das Exposure in den USA bestand vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten.

Public Sector Finance: EaD nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Deutschland	13,8	16,4	-2,6	20,6
Andere Europa ⁴⁾	7,2	8,4	-1,2	8,9
Frankreich	5,0	4,6	0,4	5,1
Spanien	4,1	4,5	-0,4	4,5
Italien	3,1	4,9	-1,8	4,9
Portugal	1,6	2,0	-0,4	2,0
Andere	1,5	1,4	0,1	2,1
Emerging Markets ⁵⁾	1,1	1,2	-0,1	1,2
Großbritannien	0,5	0,6	-0,1	0,8
Japan	0,5	0,6	-0,1	0,6
USA	0,4	0,4	-	0,5
Irland	0,1	0,7	-0,6	0,9
Insgesamt	38,9	45,7	-6,8	52,1

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €.

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 1,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 8,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €.

⁴⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die Niederlande

⁵⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

Unter »Öffentliche Kreditnehmer« werden Forderungen gegenüber Staaten (30 %), Unternehmen des öffentlichen Sektors (30 %) sowie Regionalregierungen und Kommunen (40 %) zusammengefasst.

Public Sector Finance: EaD nach Kontrahenten

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
öffentliche Kreditnehmer	27,3	35,0	-7,7	40,3
Finanzinstitute/Versicherungen ⁴⁾	8,2	9,4	-1,2	10,5
Staatlich regulierte Unternehmen ⁵⁾	3,4	1,3	2,1	1,3
Insgesamt	38,9	45,7	-6,8	52,1

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 1,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 1,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €

⁴⁾ Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie

⁵⁾ Zum Beispiel Wasserwerke, Energieunternehmen usw.

Das Segment PSF enthielt zum Berichtsstichtag weiterhin einen hohen Anteil öffentlicher Kreditnehmer, was sich grundsätzlich im Rating widerspiegelte. 58 % (31. Dezember 2011: 74 %) des EaDs entfielen auf die Ratingklassen AAA bis AA-. In den Ratingklassen A+ bis A- waren 14 % (31. Dezember 2011: 17 %) des EaDs zu verzeichnen. Der Anteil an BBB+ und schlechter gerateten Positionen erhöhte sich insbesondere aufgrund des Downgrades der Länder Italien und Spanien sowie weiterer interner Neueinstufungen von 9 % im Dezember 2011 auf 28 % im Dezember 2012.

Public Sector Finance: Aufteilung nach internen Ratings

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
AAA bis AA-	22,5	33,8	-11,3	39,4
A+ bis A-	5,5	7,7	-2,2	8,3
BBB+ und schlechter	10,9	4,2	6,7	4,4
Insgesamt	38,9	45,7	-6,8	52,1

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, einschließlich von der FMS Wertmanagement garantierter Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €, der zu 100 % auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel.

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 1,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, einschließlich von der FMS Wertmanagement garantierter Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €, der zu 100 % auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 8,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, einschließlich von der FMS Wertmanagement garantierter Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €, der zu 100 % auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel.

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust für das Portfolio des Geschäftssegmentes Public Sector Finance wies über den Ein-Jahres-Zeitraum einen Betrag von 21 Mio. € aus (31. Dezember 2011: 24 Mio. €). Hier gab es mit den Ratingherabstufungen von Italien, Spanien, Portugal und der Ratingverbesserung einer italienischen Finanzierung zwei sich teilweise kompensierende Effekte.

Value Portfolio: 0,3 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der pbb sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten FMS Wertmanagement bestehenden Geschäfte. Die Portfoliostruktur wird unter anderem von derivativen Geschäften mit Finanzinstituten geprägt. Im Value Portfolio steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau bestehender Vermögenswerte im Vordergrund.

Die strategiekonforme Abnahme des Exposures per 31. Dezember 2012 um 1,4 Mrd. € gegenüber 31. Dezember 2011 war auf wesentliche Reduzierungen in fast allen Ländern, allen voran Deutschland, die USA, zurückzuführen. Die beiden letztgenannten Länder stellten auch den regionalen Schwerpunkt in dem per 31. Dezember 2012 verbliebenen Portfolio dar.

Value Portfolio: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Deutschland	0,2	0,5	-0,3	0,5
USA	0,1	0,5	-0,4	0,5
Andere Europa ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Andere ⁵⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Irland ⁵⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Frankreich ⁵⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Großbritannien ⁵⁾	0,0	0,2	-0,2	0,2
Italien	0,0	0,1	-0,1	0,1
Insgesamt	0,3	1,7	-1,4	1,7

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 54 % auf Deutschland und zu 46 % auf Italien.

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 0,3 Mrd. €. Der Anteil ohne Garantien entfiel zu 100 % auf Deutschland, die garantierten Positionen entfielen zu 100 % auf Italien.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 0,3 Mrd. €. Der Anteil ohne Garantien entfiel zu 100 % auf Deutschland, die garantierten Positionen entfielen zu 100 % auf Italien.

⁴⁾ Enthält u.a. die Schweiz, Schweden, Dänemark und die Niederlande

⁵⁾ Aufgrund der Rundung auf die erste Nachkommastelle nicht in der Tabelle ausgewiesenes Exposure gegenüber Großbritannien: 0,01 Mrd. €; Andere: 0,001 Mrd. €; Andere Europa: 0,01 Mrd. €; Frankreich: 0,001 Mrd. €; Irland: 0,01 Mrd. €

Value Portfolio: Kontrahentenstruktur

EaD in Mrd. €	31.12.2012 ¹⁾	31.12.2011 ²⁾	Veränderung	31.12.2011 ³⁾
Finanzinstitute/Versicherungen	0,18	1,55	-1,37	1,55
Unternehmen	0,07	0,09	-0,02	0,09
öffentliche Kreditnehmer	0,05	0,05	0,00	0,05
Insgesamt	0,3	1,7	-1,4	1,7

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind;

²⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; zusätzlich wurde methodisch der nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnende EaD »Consolidation & Adjustments« zugeschlüsselt sowie das sogenannte Kernexposure gegenüber der FMS Wertmanagement anstatt nachrichtlich in der Fußnote in den Tabellen berücksichtigt;

Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 0,3 Mrd. €.

³⁾ Zahlenbasis: Geschäftsbericht der HRE per 31. Dezember 2011; Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 0,3 Mrd. €.

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust für das Value Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2012 0,2 Mio. € (Dezember 2011: 4 Mio. €). Der Rückgang ist unter anderem durch Rückführungen bedingt.

Strukturierte Produkte: 0,8 Mrd. € Exposure

Das Corporate Center beinhaltet nicht strategische Positionen von 0,8 Mrd. € Exposure (Nominalwert: 0,9 Mrd. € (31. Dezember 2011: Nominalwert: 0,9 Mrd. €),) strukturierter Wertpapiere im Bankbuch.

Dieser Restbestand an strukturierten Wertpapieren lässt sich in ein kapitalgarantiertes strukturiertes Wertpapier und vier Collateralised Debt Obligation (CDOs im engeren Sinne) unterteilen.

Im Jahr 2012 hat sich der Bestand an US- CDO's und des kapitalgarantierten strukturierten Wertpapiers überwiegend durch Tilgungen um ein Nominalvolumen von 40,7 Mio. EUR weiter reduziert.

Die Bewertung erfolgt im Wesentlichen über am Markt verfügbare Preise. Im Berichtsjahr wurden keine Wertberichtigungen zugeführt.

Der Gesamtbestand per Jahresende ist wie folgt gegliedert:

Strukturierte Produkte

in Mio. €	2012		2011	
	Nominalvolumen	Buchwert	Nominalvolumen	Buchwert
CDO (USA)	4,6	4,6	6,5	6,5
CDO (Europa)	85,0	5,0	85,0	3,3
Kapitalgarantierte strukturierte Wertpapiere	780,9	768,6	819,7	822,2
Insgesamt	870,5	778,2	911,2	832,0

Konsolidierte Zweckgesellschaft ohne Kapitalanteil in der pbb

Es existiert eine ABS-Struktur im Rahmen einer Zweckgesellschaft, welche vollständig abgeschrieben ist, so dass der pbb hieraus keine Risiken mehr erwachsen können (31. Dezember 2012: nominal 0,4 Mrd. €, 31. Dezember 2011: 0,5 Mrd. €).

Aus der Konsolidierung der Zweckgesellschaft ergab sich eine Bilanzverlängerung in Höhe von 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2011: 0,4 Mrd. €). Aus Risikosicht erhöhte sich das risikobehaftete Volumen jedoch nicht. Entsprechend war das risikobehaftete Volumen um 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2011: 0,4 Mrd. €) geringer.

Watchlist- und Problemkredite: 2,6 Mrd. €

Frühwarnsystem Im Frühwarnsystem der pbb sind Trigger (= Kriterien) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und in die Problemkreditbetreuung definiert (z.B. Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Covenants – beispielsweise Loan to Value [LTV], Interest Service Coverage [ISC]). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird die Adresse analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt:

- **Watchlist Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage bzw. ein anderes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Restructuring Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 90 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Workout Loans** Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind/werden eingeführt, Einzelwertberichtigungen sind vorgesehen.

Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften verantwortlich.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite der pbb

in Mio. €	EAD 31.12.2012				EAD 31.12.2011				Veränderung
	REF	PSF	VP	Insgesamt	REF	PSF	VP	Insgesamt	
Workout Loans	11	-	-	11	10	-	15	25	-14
Restructuring Loans	1.076	-	3	1.079	1.273	35	-	1.308	-229
Problemkredite¹⁾	1.087	-	3	1.090	1.283	35	15	1.333	-243
Watchlist Loans	857	641	-	1.498	648	-	-	648	850
Insgesamt	1.944	641	3	2.588	1.931	35	15	1.981	607

¹⁾Zusätzlich bestand per 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012 ein EaD in Höhe von 6 Mio. € in „Consolidation und Adjustments“

Die Watchlist- und Problemkredite stiegen um insgesamt 607 Mio. €.

Die Watchlist-Kredite erhöhten sich brutto um 1.142 Mio. € bzw. netto um 850 Mio. €. Treiber der Erhöhung mit 641 Mio. € war die Herabstufung der Kreditwürdigkeit von Spanien und Portugal im Segment PSF. Im Segment REF erhöhte sich das Watchlistvolumen um 501 Mio. €, darin enthalten zwei Darlehensfälle mit insgesamt 369 Mio. €. Der Erhöhung stehen Restrukturierungen und Rückführungen i.H.v. 261 Mio. € gegenüber, darin enthalten ein Darlehensfall mit insgesamt 162 Mio. €. Lediglich 31 Mio. € mussten von Watchlist in die Problemkreditbetreuung überführt werden.

Die Problemkredite reduzierten sich brutto um 368 Mio. € bzw. netto um 243 Mio. € unter anderem aufgrund von Restrukturierungen und Rückführungen sowie einem Darlehensfall, bei dem die Bank die Immobilie in die eigenen Bücher genommen hat.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen Alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht. Anschließend wird die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes, bei AfS-Vermögenswerten zuzüglich der AfS-Rücklage, zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende Erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und die aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Wertberichtigungen erfolgt im Risk Provisioning Committee.

Risikovorsorgebestand der pbb. Eine Übersicht über die Entwicklung der Risikovorsorge und der Rückstellungen findet sich im Anhang (Notes).

Abschirmquote der Problemkredite

Die Abschirmquote ist das Verhältnis zwischen der auf die Problemengagements (inklusive des im Value Portfolio verbuchten Restbestandes an strukturierten Produkten) gebildeten Vorsorge und dem EAD bzw. im Hinblick auf die strukturierten Produkte dem Nominalbetrag.

Die Problemengagements der pbb waren per 31. Dezember 2012 zu 35 % abgesichert (31. Dezember 2011: 38 %). Der Rückgang resultiert vor allem aus Tilgungen von vollständig oder zu weiten Teilen wertberichtigten Engagements nach Verkauf der Sicherheiten.

Im Segment REF waren die Problemkredite zu 30 % abgesichert (31. Dezember 2011: 33 %). Das Segment PSF enthielt zum 31. Dezember 2012 keine Problemkredite. Im Value Portfolio belief sich die Abschirmquote auf 92 % (31. Dezember 2011: 90 %).

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der pbb unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- Allgemeines Zinsänderungsrisiko

- Fremdwährungsrisiko

Marktrisikostategie

Die pbb verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können und die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.
- Alle Positionen unterliegen der täglichen GuV- und Risikoüberwachung durch Risk Management & Control.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich Risk Management & Control.

Marktrisikoberichte

Risk Management & Control erstellt täglich ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht wird insbesondere an den CRO und den Treasury-Vorstand der pbb adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performance-Zahlen.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Risikovorstand und dem Treasury-Vorstand zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

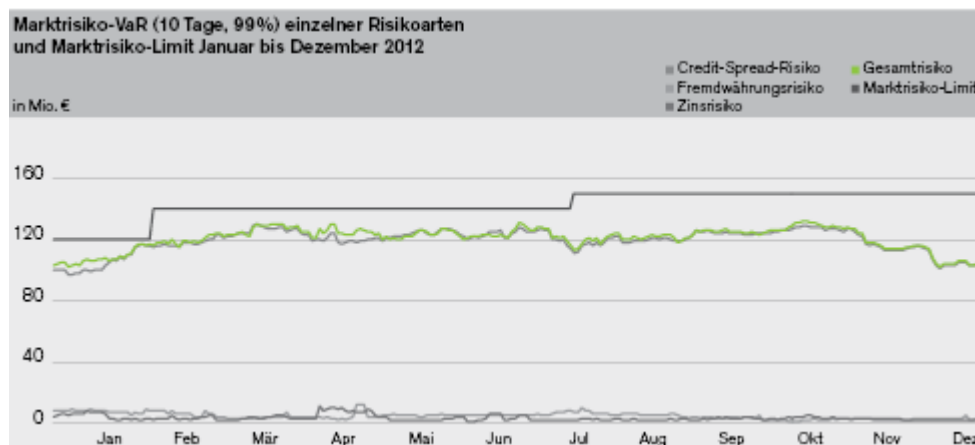
Marktrisiko-Value-at-Risk Risk Management & Control berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Es werden alle Positionen einbezogen, wobei der Credit-Spread-VaR aus Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht berücksichtigt wird.

- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleich gewichtet in die Berechnung eingehen.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99 %-Konfidenzintervall.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikokomponenten, wie Zins-, FX- und Credit Spread-VaR, zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, werden historisch beobachtete Korrelationen verwendet.

Am 31. Dezember 2012 betrug der Marktrisiko-VaR 104 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2011: 103 Mio. €). Es gab im Berichtszeitraum keine Limitüberschreitungen. Aufgrund geänderter Marktbedingungen (vor allem durch gestiegene Credit Spread Volatilitäten ergaben sich höhere VaRs) beschloss der Vorstand im Februar 2012 die Erhöhung des Marktrisiko-Limits von 120 Mio. € auf 140 Mio. €. Im Juli wurden die Marktrisikolimits entsprechend der Risikostrategie leicht angepasst, was zu einer weiteren Erhöhung um 10 Mio. € auf 150 Mio. € führte.

Im Jahresverlauf 2012 wurde die Entwicklung des Marktrisiko-VaR hauptsächlich durch die Veränderung der Credit Spread Volatilitäten geprägt. Während der Marktrisiko VaR im ersten Halbjahr 2012 hauptsächlich aufgrund gestiegener Credit Spread Volatilitäten angestiegen ist, ist der Rückgang im 2. Halbjahr durch gesunkene Credit Spread Volatilitäten verursacht.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR sowie des VaR für die einzelnen Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen der pbb. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen.

Stresstests Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter »normalen« Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der pbb werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für alle wesentlichen Risikotreiber (Credit Spreads, Zinssätze, Fremdwährungskurse) gerechnet. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach oben beispielsweise hätte für alle Positionen der pbb (unter Einbeziehung der Eigenmittelanlage) per 31. Dezember 2012 einen Marktwertverlust von 208 Mio. € zur Folge gehabt. Der analoge Marktwertverlust für das Jahresende 2011 lag bei 125 Mio. €. Der größere Marktwertverlust im Stresstestingfall resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung des Bestands und der Laufzeiten der Eigenmittelanlagen. Eine entgegengesetzte Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach unten hätte einen Marktwertgewinn in Höhe von 87 Mio. € zur Folge gehabt. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

Ökonomisches Marktrisikokapital Für die Berechnung des ökonomischen Marktrisikokapitals, das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der Marktrisiko-VaR im Going-Concern Ansatz auf einen Einjahreszeitraum und auf ein Konfidenzniveau von 95 % berechnet. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken betrug für die pbb zum 31. Dezember 2012 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 171 Mio. € (31. Dezember 2011: 132 Mio. €). Die Methodik zur Ermittlung des ökonomischen Marktrisikokapitals wurde in 2012 wie im Teilkapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschrieben angepasst.

Abbildung ökonomischer Sicherungsbeziehungen als bilanzielle Sicherungsbeziehungen

Unter Hedge Accounting sind die speziellen Bilanzierungsvorschriften für Sicherungsbeziehungen des IAS 39 zu verstehen, deren Ziel die weitgehend kompensierende Erfassung der Wertänderungen der abgesicherten Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente ist. Für die bilanzielle Erfassung von Sicherungsbeziehungen müssen die Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt sein. Diese Voraussetzung wie z.B. die Anforderungen an die Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung stimmen teilweise nicht mit den in der Banksteuerung verwendeten Methoden überein. Daher kann es zu Abweichungen zwischen den ökonomischen und den bilanziellen Sicherungsbeziehungen kommen.

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Die pbb steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch Risk Management & Control sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den Bereich Risk Management & Control.

Ausblick

Wie in der Risikostrategie der pbb festgelegt, sind Fremdwährungs- und Zinsänderungsrisiken weiterhin gering zu halten bzw. zu reduzieren, falls durch Neugeschäfte Marktrisiken entstehen. Credit-Spread-Risiken sind durch die Vermögensgegenstände der Deckungsstöcke für Pfandbriefe bedingt und somit im Rahmen des Geschäftsmodells der pbb immanent. Sie werden auch weiterhin die dominierende Marktrisikokategorie darstellen.

Entwicklung der relevanten Marktrisikokategorien

Allgemeines Zinsänderungsrisiko Das gesamte allgemeine Zinsänderungsrisiko der pbb betrug zum 31. Dezember 2012 2 Mio. €. Es lag damit unter dem Vergleichswert vom 31. Dezember 2011 in Höhe von 5 Mio. €. Durchschnittlich lag das Zinsänderungsrisiko mit 3 Mio. € im Jahr 2012 (maximal 11 Mio. €; minimal 1 Mio. €) weiterhin auf niedrigem Niveau (durchschnittlicher VaR für das Jahr 2011 bei 20 Mio. €; maximal 39 Mio. €; minimal 2 Mio. €).

Nicht-lineare Zinsrisiken aus Kapitalmarktgeschäften wurden im Jahr 2012 erstmalig auf täglicher Basis ermittelt und in den Marktrisiko-VaR integriert. Sie lagen wie im Vorjahr nur in unbedeutendem Umfang vor.

Credit-Spread-Risiko Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos war auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

So belief sich der Credit-Spread-VaR der AfS- und FVtPL-Bestände Ende Dezember 2012 auf 103 Mio. € und lag damit nur leicht über dem Wert des Vorjahres (Ende 2011: 98 Mio. €).

Fremdwährungsrisiko und sonstige Marktrisiken Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko betrug zum 31. Dezember 2012 3 Mio. €, der vergleichbare Jahresendwert 2011 betrug 8 Mio. €. Generelle Strategie ist es, Fremdwährungsrisiken so weit wie möglich abzusichern.

Aktienkurs- und Rohwarenrisiken liegen nicht vor, Inflationsrisiken sind im Wesentlichen abgesichert. Seit Dezember 2012 wird für Vega-Risiken ebenfalls ein VaR ermittelt. Als Vega-Risiko bezeichnet man die negative Barwertänderung eines nicht linearen Produktes, bedingt durch eine Veränderung der Volatilität des zu Grunde liegenden Basiswertes. Auch im gesamten Marktrisiko-VaR sind seitdem die Vega-Risiken beinhaltet. Am 31. Dezember 2012 betrug der Vega-VaR 0,5 Mio. €.

Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig bzw. nicht fristgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsrisikostrategie

Die Liquiditätsrisikostrategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie der pbb und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige als auch die mittelfristige Refinanzierung der pbb mittels eines Limit-Systems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

Risk Management & Control der HRE identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der pbb. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der pbb. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Group Risk Committee der pbb und vom Group Asset Liability Committee der pbb überprüft.

Liquiditätsrisikobericht

Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, die sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario)
- Risk-Szenario (modifiziertes [historic] Stress-Szenario) und
- Liquiditätsstress ([historic] Stress-Szenario).

In Risk- und (historic) Stress-Szenario wird z.B. mögliches Kundenverhalten in »Stresssituationen« simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95 %- bzw. 99 %-Quantile errechnet.

Für das Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von zwölf Monaten bzw. ein Trigger über 24 Monate (Base-Szenario) definiert.

Das Limit-System besteht aus:

- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für die pbb (Risk-Szenario und [historic] Stress-Szenario) und Trigger für das Base-Szenario

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die pbb regelmäßig durchgeführte Stresstests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation der pbb simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie z.B. die Deutsche Bundesbank berichtet.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikomessung und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) aus Dezember 2010 wurden die Anforderungen zur Liquiditätsreservehaltung umgesetzt. Dazu wurde das Stress-Szenario um verschiedene in den MaRisk geforderte Parameter erweitert.

Liquiditätsrisikoüberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation und durch einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten »Liquiditätsrisikotoleranz« aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die pbb über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limit-System) integriert, um eine »Überlebensperiode« der pbb im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stress-Szenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition der pbb

Die Entwicklung der Liquiditätsposition lag in 2012 trotz der überwiegend im ersten Halbjahr anhaltenden Stresssituation auf den Kapitalmärkten über den Erwartungen.

Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 31. Dezember 2012 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition (liquide Assets sowie prognostizierter Saldo der Zahlungsströme) im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 5,5 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein leichter Rückgang um 0,2 Mrd. €. Aufgrund einer höheren Fremdmittelaufnahme im unbesicherten Bereich lag dieser Rückgang unter der geplanten Liquiditätsveränderung.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2012 in der pbb 2,28 und lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Refinanzierung

Für die Refinanzierung stehen der pbb gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe sind dabei das Hauptrefinanzierungsinstrument. Aufgrund ihrer hohen Qualität und Akzeptanz an den internationalen Kapitalmärkten sind Pfandbriefe vergleichsweise weniger von Marktschwankungen betroffen als viele andere Refinanzierungsquellen.

Während der Beginn des Jahres 2012 von starker Unsicherheit am Kapitalmarkt geprägt war, konnte sich die Lage im Verlauf des Jahres deutlich entspannen. Die Staatsschuldenkrise um die europäischen Peripherieländer prägte das erste Halbjahr und führte zu einer Eintrübung des Sentiments und Zurückhaltung bei Investoren, was die Refinanzierungsmöglichkeiten für Kreditinstitute erschwerte. Mit den beiden 3-Jahres-Refinanzierungsfazilitäten Ende 2011 und im Februar 2012 sowie der Ankündigung zum Ankauf von Staatsanleihen im September konnte die EZB gezielt Maßnahmen einleiten, um die Refinanzierung der Banken sicherzustellen. Vom Trend zur „Flucht in Qualität“ konnte vor allem der Deutsche Pfandbrief stark profitieren. Die hohe Nachfrage bot den Emittenten die Chance sich auf deutlich günstigeren Niveaus gedeckt zu refinanzieren. In diesem Umfeld begab die pbb insgesamt drei Benchmarkemissionen und drei Aufstockungen in Form von Hypotheken-Pfandbriefen in Euro. Zudem konnte die pbb mit einer Hypothekpfandbrief-Benchmark in Britische Pfund an den Markt kommen und somit ihre Refinanzierungsbasis weiter ausbauen. Auch bei der unbesicherten Refinanzierung gelang in 2012 eine öffentliche Transaktion im Benchmarkformat. Darüber hinaus konnte ein großer Teil der Refinanzierung über Privatplatzierungen

abgedeckt werden. Privatplatzierungen stellen neben öffentlichen Transaktionen ein wichtiges Refinanzierungsvehikel für die Bank dar und tragen durch ihren kleinteiligen Charakter zur Granularität der Refinanzierung bei.

Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Aufgrund des ausgeglichenen Aktiv-Passiv-Profiles bestehen keine signifikanten Liquiditätsinkongruenzen.

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs jedoch noch von einer Vielzahl externer Faktoren abhängig:

- Weitere Entwicklungen in der europäischen Finanzkrise und mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft
- Zukünftige Entwicklung der Abschläge bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)
- Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken
- Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen (z.B. Einlagengeschäft)

Marktliquiditätsrisiko

Quantitative Angaben zur besseren Einschätzung des Marktliquiditätsrisiko können für Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet werden, der Darstellung der drei Levels der Fair-Value-Hierarchie in Textziffer 73 des Anhangs (Notes) entnommen werden. Für LaR-Bestände besteht unter Liquiditätssteuerungsgesichtspunkten grundsätzlich keine Verkaufsabsicht, da für diese überwiegend über Einbringung in Deckungsstöcke, Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank oder Repo-Transaktionen Liquidität generiert werden kann.

Operationelle Risiken

Definition

Die pbb definiert das operationelle Risiko als »die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse«. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Strategie für operationelle Risiken

Die obersten Ziele der pbb sind die Früherkennung, die Erfassung, die Beurteilung sowie die Überwachung und Verhinderung bzw. Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die pbb versucht nicht, Risiken komplett auszuschließen, sondern mögliche Verluste zu minimieren. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

Organisation des Managements von operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Einheit Group Operational Risk für konzernweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken im HRE Konzern zuständig. Dies schließt die pbb mit ein.

Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht. Innerhalb der pbb übernimmt jeder einzelne Fachbereich sowie jede Führungsebene die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei vielmehr auf der proaktiven Früherkennung, Minderung und Steuerung der Risiken als lediglich auf der Messung, Überwachung und Reaktion auf Risiken.

Informationen werden auf zusammengefasster Basis verwendet, um das operationelle Risikoprofil der pbb und die notwendigen Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu bestimmen.

Regelmäßige Berichte werden für den Chief Risk Officer (CRO) und das Risk Committee erstellt. Der monatliche Group Risk Report enthält operationelle Schadensfälle und Verluste sowie wesentliche risikorelevante Sachverhalte mit Auswirkung auf die pbb. Zudem weist ein vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen Risikoindikatoren den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Die Ergebnisse des jährlichen Risk Self Assessments in den Fachbereichen werden nach Abschluss des Assessment-Prozesses dem Risk Committee berichtet. Nach Beendigung einer detaillierten Risikoanalyse erhält der zuständige Vorstand einen Abschlussbericht. Auf jährlicher Basis wird ein Operational Risk Jahresbericht erstellt, welcher eine Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse des laufenden Jahres und zudem die Ergebnisse des Operational Risk Self Assessment Prozesses beinhaltet. Dieser Bericht wird an den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank verteilt und im Risk Committee präsentiert.

Risikomessung

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken im Going-Concern Ansatz betrug 14 Mio. € zum 31. Dezember 2012 (14 Mio. € zum 31. Dezember 2011). Details zur Berechnung sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« beschrieben.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird, betrug, entsprechend dem Standardansatz nach Basel II, 82 Mio. € zum 31. Dezember 2012 (86 Mio. € zum 31. Dezember 2011).

Wesentliche operationelle Risiken der pbb

Wesentliche operationelle Risiken resultieren aus der fortlaufenden Weiterentwicklung des HRE Konzerns und damit auch der pbb. Dies beinhaltet auch die Erbringung von Dienstleistungen für die FMS Wertmanagement sowie laufende Änderungen in der IT-Umgebung. Operationelle Risiken erwachsen insbesondere weiterhin aus der hohen Anzahl von manuellen Geschäftserfassungen und Kontrollen.

Bis zum finalen Abschluss des Konsolidierungsprozesses und dem Wegfall der Erbringung von Serviceleistungen für die FMS Wertmanagement besteht eine fortwährende Fehleranfälligkeit in Bezug auf die manuellen Prozesse und Kontrollen, die zur Sicherung der Datenkonsistenz und Datenintegrität erfolgen.

Neben der Beurteilung eigener Portfolien erbrachte die pbb auch Servicer-Funktionen für die FMS-Wertmanagement, deren Umfang in Service Level Agreements geregelt ist. Aus diesem Insourcing besteht für die pbb ein Erfüllungsrisiko, welches bei Nichteinhaltung bestimmter Vorgaben zu Schadenersatzverpflichtungen gegenüber der FMS Wertmanagement führen kann. Dieses Risiko wird am 01. Oktober 2013 entfallen.

Des Weiteren besteht nach wie vor eine Abhängigkeit von Know-how von Schlüsselpersonen, welche zum Einen die fortlaufende Weiterentwicklung begleiten und zum Anderen reguläre Prozesse und Kontrollen durchzuführen, was das Erbringen von Serviceleistungen für die FMS-Wertmanagement beinhaltet.

Im Jahr 2012 ergaben sich für den pbb Konzern Verluste von insgesamt 3.3 Mio. € aus operationellen Risiken (2011: 0,2 Mio. €). Die operationellen Verluste verteilen sich zu 88 % auf das Segment Real Estate Finance sowie zu 12 % auf das Segment Public Sector Finance.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Going-Concern

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011 ¹⁾	Veränderung
Adressrisiko	226	343	-117
Marktrisiko	171	132	39
Operationelles Risiko	14	14	-
Geschäftsrisiko	-	78	-78
Immobilienrisiko	11	-	11
Summe vor Diversifikationseffekten	422	567	-145
Summe nach Diversifikationseffekten	375	513	-138
Risikodeckungsmasse (Freies Kapital)	1.660	1.764	-104
Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	1.285	1.251	34

¹⁾ Zur Vergleichbarkeit wurden die Pro-forma-Werte per 31. Dezember 2011 angegeben.

Die neu entwickelte Going-Concern Perspektive stellt explizit auf den Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung und damit auf die Fortführbarkeit der Geschäftstätigkeit der pbb in schweren ökonomischen Abschwungphasen ab. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit wird dabei zunächst das ökonomische Kapital auf einem Konfidenzniveau von 95 % berechnet. Enthalten sind die von uns als wesentlich definierten Risikoarten Adressrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, das Refinanzierungsrisiko als Teil des Geschäftsrisikos und das Immobilienrisiko. Demgegenüber steht als Risikodeckungspotenzial, das so genannte freie Kapital, welches aus hartem Kernkapital abzüglich dem zur Abdeckung der regulatorischen Mindestquoten notwendigen Kernkapital und einem Puffer für unwesentliche und nicht oder nur teilweise quantifizierbare Risiken besteht. Bei der Bestimmung des zur Abdeckung der regulatorischen Mindestquoten notwendigen Kernkapitals wird gemäß dem Vorsichtsprinzip ein Sicherheitsaufschlag auf die risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Die Höhe des freien Kapitals lag zum Stichtag bei 1,7 Mrd. € (31. Dezember 2011: 1,8 Mrd. €).

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten belief sich das ökonomische Kapital der pbb im neu eingeführten Going-Concern Ansatz auf 422 Mio. € (31. Dezember 2011: 567 Mio. €). Mit deren Berücksichtigung lag es bei 375 Mio. € (31. Dezember 2011: 513 Mio. €). Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital) war das Adressrisiko, auf da rund 54 % des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfielen.

Entsprechend ergab sich zum 31. Dezember 2012 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum eine Überdeckung von 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2011: 1,3 Mrd. €) und damit der Nachweis der Risikotragfähigkeit der pbb im führenden Going-Concern Ansatz.

Am 7. Dezember 2011 legte die BaFin durch das Schreiben „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ wesentliche Kernpunkte der aufsichtlichen Beurteilung dar. Der von der pbb verwendete Going-Concern Ansatz erfüllt die Erfordernisse dieser aufsichtlichen Beurteilung an einen Going-Concern Ansatz.

Gone-Concern (instantane Liquidationsperspektive)

Zur vollumfänglichen Erfüllung der neuen aufsichtlichen Anforderungen an die bankinternen Risikotragfähigkeitskonzepte hat die pbb den bestehenden Gone-Concern Ansatz (Liquidationsperspektive) überarbeitet und als zusätzlichen, parallelen Steuerungsansatz implementiert. Die so genannte instantane Liquidationsperspektive hat zum Ziel, den Schutz des erstrangigen Fremdkapitalgebers in einem hypothetischen Liquidationsszenario mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten. Die pbb hat hierbei ein Konfidenzniveau von 99,91 % gewählt, welches sich an der Änderung der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen, die von externen Ratingagenturen mit einem guten langfristigen Kreditrating von A- bei Standard & Poor's, A-/A3 bei Fitch und Moody's versehen sind, orientiert. In diesem Liquidationsszenario wird jedoch nicht grundsätzlich wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolien ausgegangen, sondern von einem soforti-

gen Verkauf zu gestressten Marktwerten der zum Fair-Value bilanzierten Aktiva und der Wertpapiere des Anlagebuches. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den bereits genannten wesentlichen Risiken in der instantanen Liquidationsperspektive zusätzlich noch Credit Spread Risiken aus Wertpapieren des Anlagebuches bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt und gleichzeitig die stillen Lasten dieser Wertpapiere bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht.

Gone-Concern (instantane Liquidationsperspektive)

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011 ¹⁾	Veränderung
Adressrisiko	1.446	1.685	-239
Marktrisiko	1.143	619	524
Operationelles Risiko	86	103	-17
Geschäftsrisiko	42	41	1
Immobilienrisiko	20	-	20
Summe vor Diversifikationseffekten	2.737	2.448	289
Summe nach Diversifikationseffekten	2.383	2.247	136
Risikodeckungsmasse vor Stillen Lasten	3.953	4.173	-220
Stille Lasten	-1.394	- ²⁾	-
Risikodeckungsmasse	2.559	4.173	-
Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	176	1.926	-

¹⁾ Positionen gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept gültig zum 31. Dezember 2012.

Unterschiede werden im Kapitel "Methodik der einzelnen Risikoarten" erläutert; Vergleichbarkeit nicht gegeben.

²⁾ Methodisch nicht enthalten sind Stille Lasten in Höhe von 1,8 Mrd. €.

In der instantanen Liquidationsperspektive beläuft sich das ökonomische Kapital ohne Diversifikationseffekte zum 31. Dezember 2012 auf 2,7 Mrd. € (31. Dezember 2011: 2,4 Mrd. €) und mit deren Berücksichtigung auf 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2011: 2,2 Mrd. €). Wesentliche Treiber sind zum einen das Adressrisiko mit 1,4 Mrd. € und zum anderen das Marktrisiko mit 1,1 Mrd. €. Der signifikante Anstieg im Marktrisiko um 524 Mio. € rührt größtenteils aus dem in diesem Jahr neu hinzugenommenen Credit Spread Risiko aus Wertpapieren des Anlagebuches her. Dieser Effekt überkompensiert den gegenläufigen Effekt aus der Reduzierung des Konfidenzniveaus im Vergleich zum 31. Dezember 2011. Der überwiegende Teil des Marktrisikos wird dabei aufgrund der immer noch erhöhten Volatilität der Credit Spreads in Teilen des europäischen Währungsraumes von den nicht strategischen und auf Abbau gestellten Teilportfolios der Budget Finanzierung bzw. Value Portfolios zu verzeichnen ist. Der Rückgang im Adressrisiko um 239 Mio. € ist maßgeblich einer Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells geschuldet, mit dem Korrelationen zwischen Ratingmigrationen und Ausfällen von Schuldern genauer abgebildet werden. Das Immobilienrisiko wurde im ersten Halbjahr 2012 im Rahmen der Risikoinventur aufgrund des Anstiegs des eigenen Immobilienportfolios als Folge eines Rettungserwerbs als wesentlich eingestuft. Es wurde daher erstmalig in 2012 quantifiziert.

Die Risikodeckungsmasse in der instantanen Liquidationssicht beläuft sich zunächst auf 3,9 Mrd. € (31. Dezember 2011: 4,2 Mrd. €) und reduziert sich nach Abzug der stillen Lasten der Wertpapiere im Anlagebestand auf 2,5 Mrd. €. Stille Lasten werden erstmalig mit der Einführung des neuen Risikotragfähigkeitskonzepts in 2012 in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Strategischer Gone-Concern (strategische Liquidationsperspektive)

Zusätzlich zur beschriebenen instantanen Sicht hat die pbb eine so genannte strategische Gone-Concern Perspektive entwickelt. In dieser Sicht wird die Risikoberechnung bereinigt um das auf Abbau gestellte Portfolio der Budget Finanzierung und das Value Portfolio, um den Fokus auf die Steuerung des strategischen Kerngeschäfts der Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung zu legen. Alle als wesentlich definierten Risikoarten inklusive des Credit Spread Risikos für Wertpapiere des Anlagebuches werden berücksichtigt und zu einem ökonomischen Kapital aggregiert und schließlich limitiert. In der strategischen Gone-Concern Perspektive beläuft sich das ökonomische Kapital auf 1,2 Mrd. € und die stillen Lasten des strategischen Portfolios auf rund 0,7 Mrd. €. Aufgrund der Neueinführung dieser Sicht im Jahre 2012 sind keine Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2011 verfügbar.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und zu einem bestimmten Konfidenzniveau

(99,91 % im Gone-Concern; 95 % im Going-Concern) berechnet. Dabei orientiert sich die Bank bei dem Gone-Concern Konfidenzniveau an dem Durchschnitt langjähriger Ausfallraten von Unternehmen, die extern sehr gut gerated sind (A- bei S&P und Fitch, A3 bei Moody's). Dieses Konfidenzniveau ist geringfügig kleiner als zum Jahresende 2011 (99,95 %).

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen materiellen Risikoarten für 2012 erläutert.

Adressrisiko Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die pbb ein Kreditportfoliomodell ein, welches dem Ansatz eines sogenannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen, von Ausfällen der Kreditnehmer sowie eine Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als unerwarteter Verlust ableiten. Dieses beziffert den auf einem vorgegebenen Konfidenzniveau berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben wird. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall-Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt.

Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres Anpassungen der Korrelationsparametrisierung innerhalb des Kreditportfoliomodells durchgeführt. Ziel dieser Anpassungen war die optimale Ausrichtung des Kreditportfoliomodells an das Geschäftsmodell der pbb unter der gleichzeitigen Einhaltung der konservativen regulatorischen Anforderungen an die Modellierung von Diversifikationseffekten.

Marktrisiko Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko dient dazu, mögliche finanzielle Verluste aus Preisänderungen der Anlage- und Handelsbuchpositionen zu erfassen. Dabei werden die potenziellen unsystematischen Verluste aus einer Analyse historischer Zeitreihen bestimmter Einflussfaktoren (Risikofaktoren) wie z.B. Zinsen, Wechselkurse und Credit Spreads über die letzten sieben Jahre abgeleitet. Der relativ lange Zeitraum von sieben Jahren stellt sicher, dass auch für die Bank ungünstige ökonomische Konjunkturphasen im Modell erfasst werden. Schließlich wird mittels eines Simulationsverfahrens und unter Verwendung der linearen Sensitivitäten der Finanzinstrumente die Jahresverlustverteilung des Portfoliomarktwerts ermittelt, woraus sich das ökonomische Kapital zum Konfidenzniveau von 95 % und 99,91 % ablesen lässt.

Operationelles Risiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken geht das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II ein. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf entsprechend dem niedrigeren Konfidenzniveau (von 99,9 % auf 95 %) skaliert. Im Gone-Concern Ansatz wird auf das höhere Konfidenzniveau von 99,91 % skaliert.

Geschäftsrisiko Das Geschäftsrisiko wird in der pbb allgemein definiert als Risiko von Gewinneinbußen aufgrund von Veränderungen des externen Geschäftsumfelds, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Bank tangieren. Dazu gehören neben nicht quantifizierbaren Risiken, wie regulatorisches Risiko, Reputationsrisiko und strategisches Risiko auch Risiken aus Refinanzierungskosten aus einem unerwarteten Refinanzierungsbedarf sowie Ertragsrisiken. Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Geschäftsrisiko beinhaltet einen unterstellten Anstieg der Finanzierungskosten infolge eines gestiegenen Finanzierungsbedarfs simultan mit einer Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes. Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird monatlich im Stress-Szenario der gestiegene Finanzierungsbedarf bei Eintritt bestimmter Marktereignisse simuliert. Für den unbesicherten Refinanzierungssatz wird ein Anstieg auf das am Markt beobachtete historische Maximum von Credit Spreads des bankeigenen Ratings simuliert. Aus Vorsichtsgründen wird unterstellt, dass beide Ereignisse simultan eintreten.

Da die Gruppe in dem 95 % Szenario über ein Jahr vollständig refinanziert ist, ist dieses Risiko gleich null. Formal ist ein weiteres Element des Geschäftsrisikos der Ansatz das Risiko, dass geplante Erträge aus dem Neugeschäft, nicht vollständig realisiert werden. Diesem Risiko wird jedoch schon dadurch Rechnung getragen, dass diese potenziellen Erträge nicht in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt werden.

Immobilienrisiko Über Markt-, Adress-, Geschäfts- und operationellen Risiken hinaus hat die Risikoinventur in 2012 gezeigt, dass das Bewertungsrisiko für Immobilien als materiell angesehen werden muss.

Es wird daher als eigenständige Risikoart in den ICAAP aufgenommen und kapitalisiert. Es beschreibt das Risiko eines Bewertungsverlusts des Immobilienportfolios der pbb.

Liquiditätsrisiko Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Verteuerung der Refinanzierungskosten für potenzielle Finanzierungslücken sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Stresstests

In der jüngsten Vergangenheit haben Stresstests nicht zuletzt auch wegen der europäischen Staatsschuldenkrise sowohl aufsichtlich als auch im Rahmen der bankinternen Steuerung eine immer größere Bedeutung erlangt. Innerhalb des direkt an das Risikokomitee berichtende Stresstest Komitees werden sämtliche Aktivitäten, Entwicklungen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Stresstests gebündelt. Eine wesentliche Weiterentwicklung in 2012 war die Definition und Auswirkungsanalyse von so genannten makro-ökonomischen Stressszenarien über einen mehrjährigen Zeithorizont mit dem Fokus auf der Fortsetzung bzw. Verschärfung der aktuellen Staatsschuldenkrise. Die Auswirkungsanalysen dieser Szenarien erfolgten im dritten Quartal innerhalb eines integrierten Ansatzes in dem sowohl alle wesentlichen Risiken als auch das Risikodeckungspotenzial unter gestressten Markparametern ausgewertet wurden.

Des Weiteren werden Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital eingesetzt, um ein tiefes Verständnis für die Sensitivität der Risikotragfähigkeitsrechnungen auf adverse Bewegungen der Risikoparameter zu entwickeln. Darüber hinaus werden regelmäßig auch so genannte inverse Stresstests durchgeführt, die als Ergebnis bestimmte Parameterkonstellationen beschreiben, bei denen die Kapitalausstattung noch ausreichend ist. Neben institutionalisierten Stresstests haben während des Jahres ad-hoc Anfragen seitens des Vorstands bezüglich potenzieller Ratingänderungen und Verlustquoten eine wichtige Rolle gespielt. Dabei standen insbesondere die Krisensituationen einiger südeuropäischer Staaten im Mittelpunkt.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen gemäß Solvabilitätsverordnung

Gemäß der Waiver-Regelung nach § 2 a KWG ist die pbb davon befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Rekapitalisierungsumfrage

Der HRE Konzern war im zweiten Halbjahr 2011 in die von der europäischen Bankenaufsicht (EBA) durchgeführte Rekapitalisierungsumfrage bei europäischen Banken eingebunden. Stichtag für die Einhaltung der von der EBA vorgegebenen Mindestquote an hartem Kernkapital war der 30. Juni 2012. Der HRE Konzern übertraf sowohl bei der Vorerhebung im zweiten Halbjahr 2011 als auch zum Stichtag 30. Juni 2012 die von der europäischen Bankenaufsicht geforderte Mindestquote für das harte Kernkapital und wies somit aus EBA-Sicht keinen Rekapitalisierungsbedarf auf.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

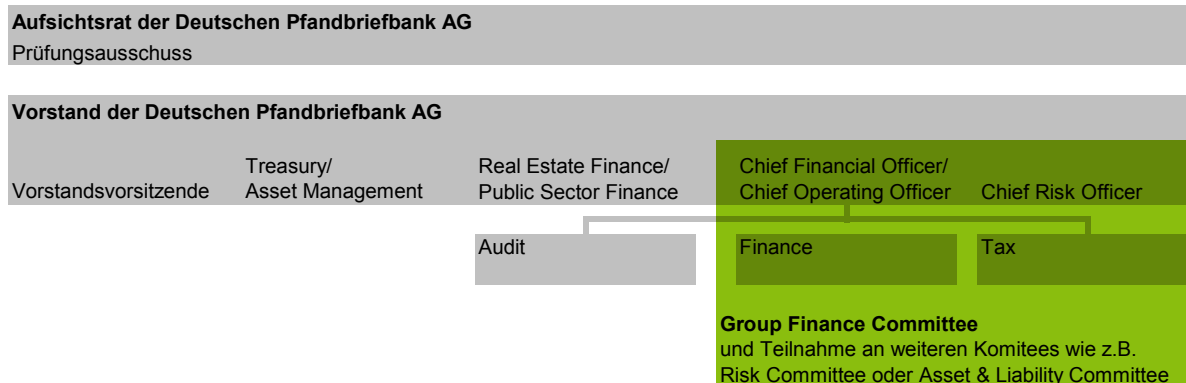
Konzeption

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften. Ziel des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss, auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken zu überprüfen. Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Es hat die Zielsetzung, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird. Ein Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben.

Bei der pbb spiegelt sich das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, die an den Chief Financial Officer (CFO) berichtenden Bereiche Audit, Finance und Tax sowie das Group Finance Committee (GFC).

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Stand 31. Dezember 2012



Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der pbb hat gemäß § 264 i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der pbb trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines konzernweiten Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Chief Financial Officers (CFO).

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der pbb hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss gebildet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen.

Der Bereich Audit unterstützt den Vorstand in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO leitet im Geschäftsjahr 2012 unter anderem die Bereiche Finance, Tax und Audit. Im CFO-Ressort wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Hierfür ist ein HGB-Bilanzierungshandbuch in das Prozess-/ Anweisungswesen (ATLAS) der pbb eingestellt. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und die Anhangangaben an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Dort werden die Daten der Fremdwährungspositionen IT-unterstützt in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Der Vorstand hat auf Konzernebene ein Group Finance Committee (GFC) eingerichtet, welches Empfehlungen an den Vorstand gibt. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente des Konzerns, inklusive der pbb. Um eine enge Kommunikation zu anderen Bereichen sicherzustellen, sind der CFO oder die Leiter der CFO-Bereiche Teilnehmer in anderen Komitees, wie z.B. dem Risk Committee mit seinen Unterkomitees, oder dem Asset und Liability Committee (ALCO).

Ablauforganisatorisch basiert das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Information für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Die pbb hat das Konzept des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen die Gremien und die CFO-Bereiche. Die Gremien der wesentlichen Konzernunternehmen der HRE sind weitgehend personenidentisch besetzt, wodurch eine einheitliche Steuerung ermöglicht wird. Z.B. bilden die Mitglieder des Vorstands der HRE Holding gleichzeitig den Vorstand der pbb.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung, was sich z.B. in separaten Abteilungen zur Zahlenerstellung und zum Berichtswesen (Reporting) widerspiegelt. Das GFC und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Aufgaben. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie z.B. die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt und unterliegen dem Vieraugenprinzip.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen systembasierte und nicht-systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Software gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der pbb gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die pbb manuelle bzw. nicht-systembasierte Verfahren implementiert. So werden Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus wird die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Durch die fortlaufende Zahlenanalyse wird ein besseres Verständnis erzielt. Verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind verschiedene Bereiche in bestimmte Prozesse eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Z.B. dienen der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung des Geschäftsberichts. Alle beteiligten Bereiche müssen diesen Bericht vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen lassen (sog. Subcertification-Prozess), wodurch eine weitere Kontrollstufe für die offenzulegenden Produkte erreicht wird. Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte wesentlicher Teile des Geschäftsberichts ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die pbb Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zu Lasten der pbb. Als betrügerische Handlung zu Lasten der pbb werden z.B. Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die pbb identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße auf. Durch ein neu entwickeltes systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Die pbb überprüft und verbessert ihr Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rahmen der Sitzungen des Vorstandes, des GFC und bereichsintern zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten, wie z.B. Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell der pbb oder auf neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der pbb und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die pbb hat gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Ändern sich die gesetzlichen Vorgaben, z.B. in Form von Anpassungen des HGB, sind die Änderungen umzusetzen. Die notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT-Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst. Ein Beispiel stellt das überwiegend ab dem Jahr 2010 für deutsche Einzelabschlüsse anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dar. Im Zuge der BilMoG Umsetzung wurde auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, z.B. bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Bewertungseinheiten.

Die IT-Landschaft der pbb ist vor allem aufgrund zahlreicher Unternehmenserwerbe in der Vergangenheit heterogen. Im Rahmen des Projektes New Evolution wurden daher in den letzten Jahren die Systeme und Prozesse soweit wie möglich vereinheitlicht. Zum 1. Oktober 2012 wurde die Übertragung der Kreditgeschäfte auf ein Standard-IT-System erfolgreich abgeschlossen. Durch die Vereinheitlichung der Nebenbücher reduziert sich die Komplexität des Rechnungslegungsprozesses.

Überwachung

Dem Bereich Audit kommt die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft der Bereich Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des Internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme, sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO-Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Der Bereich Audit ist weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat der Bereich Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT Systeme. Bestimmte Themenfelder aus dem Rechnungswesen werden im zweijährigen, andere im dreijährigen Turnus geprüft.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat befragt auch unmittelbar Bereichsleiter. Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den abschlussbezogenen Sitzungen des Aufsichtsrats und an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Sofern relevant berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle die für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Prognose

Die Prognosen für das Jahr 2013 bauen auf drei grundlegenden Annahmen. Erstens, die Konjunktur in Europa wird im Prognosezeitraum nicht durch eine weitere Zunahme an Unsicherheit belastet, die aus der europäischen Staatsschuldenkrise resultiert. Zweitens, die Fiskalpolitik in den USA wird nur einen Teil des Konsolidierungsprogramms umsetzen. Drittens, die Geldpolitik in den Industrieländern wird auch 2013 expansiv ausgerichtet bleiben.

Unter diesen Annahmen wird die Weltwirtschaft in diesem Jahr moderat wachsen. Das BIP in der Eurozone dürfte minimal schrumpfen und das der EU leicht wachsen. Die deutsche Volkswirtschaft dürfte mit gleicher Dynamik wie in diesem Jahr wachsen, Großbritannien leicht zulegen. Italien wird voraussichtlich in der Rezession bleiben und Frankreich annähernd stagnieren. Griechenland, Portugal sowie Spanien dürften abermals weniger als im Vorjahr produzieren.

Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum in den meisten Regionen aufgrund der immer noch schwachen Nachfrageentwicklung etwas langsamer als im letzten Jahr zulegen. Inflationsrisiken könnten jedoch mittelfristig zunehmen, je länger die Volkswirtschaften mit Zentralbankgeld zu Zinsen nahe null versorgt werden.¹

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Durch die geplante Einführung von Basel III steht die Verbesserung der Eigenkapitalsituation nach wie vor ganz oben auf der Agenda. Da auch die Staatsschuldenkrise noch nicht ausgestanden ist, wird das Verhalten von Liquidität weiter große Bedeutung haben. Durch die Verfehlungen einzelner Marktteilnehmer wird die gesamte Branche auch 2013 in der öffentlichen Wahrnehmung weiter kritisch betrachtet werden, was weitere regulatorische Maßnahmen nach sich ziehen dürfte.

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Aufgrund der Unsicherheiten der noch nicht überwundenen Staatsschuldenkrise wird die Vermögensklasse Immobilien trotz des eingetrübten konjunkturellen Umfelds auch 2013 eine der wichtigen Anlageklassen bleiben.

Insbesondere die Nachfrage in den bevorzugten Kernmärkten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Skandinavien dürfte weiterhin recht rege sein. Die deutschen Top 6 Standorte (Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, München, Stuttgart) Paris, London und auch Stockholm werden weiterhin die europäischen »Magneten« bleiben. In einzelnen osteuropäischen Ländern wie Polen sind ebenfalls positive Entwicklungen möglich. Die Segmente Büro und Handelsimmobilien dürften das Marktgeschehen weiterhin dominieren.

Es ist davon auszugehen, dass viele institutionelle Anleger wie Versicherungen oder Pensionskassen grundsätzlich die Immobilienquote an ihren Kapitalanlagen erhöhen möchten. Allerdings haben sie sich im aktuellen, unsicheren Umfeld der Finanzkrise bisher recht nah am eng begrenzten Core-Immobilien-Segment bewegt. Um ein weiteres Wachstum zu erreichen, werden sich die Investoren von ihrer starken Fixierung auf das Core-Immobilien-Segment verabschieden müssen. Aufgrund der Renditetiefstände in diesem Segment könnte 2013 die Nachfrage nach Immobilien im Hinblick auf Kriterien wie Länder, Lage und Objektzustand jenseits des »Core-Universums« langsam wieder zunehmen. Für Deutschland ist im Kalenderjahr ein Transaktionsvolumen auf dem Niveau des Vorjahres zu erwarten. Bei einer Bodenbildung von Wirtschaft und Immobilienmarkt könnten sogar einzelne südeuropäische Länder wieder auf dem Radar von risikobereiten Investoren auftauchen.

¹ Quelle: Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Zu einer Finanzierungsklemme dürfte es auch im Jahr 2013 nicht kommen, wenngleich das Ausscheiden einzelner Wettbewerber und die Auswirkungen von Basel III wohl aber schwierigere Finanzierungsbedingungen im Hinblick auf Beleihungsauslauf, Eigenkapitalerfordernisse und Größenklassen mit sich bringen dürften. Es ist wahrscheinlich, dass im Kalenderjahr alternative Finanzierungsformen bzw. Finanzierer ihr Engagement ausweiten, weiterhin 2013 aber nur auf selektiver Basis zur Verfügung stehen werden.¹

Finanzierung des öffentlichen Sektors

In der Staatsfinanzierung im Allgemeinen und in der öffentlichen Investitionsfinanzierung im Besonderen wird es auch weiterhin zu deutlichen Veränderungen kommen. Neben höheren Transparenzanforderungen an die öffentlichen Kreditnehmer werden die Einzellimite pro Kreditnehmer voraussichtlich sinken. Banken werden die Finanzierungsrisiken auf kommunaler Ebene verstärkt nach Investitionszweck und Regionalität streuen und ihre Bonitätsanalyse intensiver und auf Basis einer erhöhten Anzahl an Kriterien erstellen.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden einzelne Marktteilnehmer – wenn nicht schon geschehen– ihre Finanzierungsaktivitäten einschränken bzw. sich von den Märkten zurückziehen.

Das klassische Instrument der Finanzierung auf Gemeinde und Regionalebene wird der Kredit bleiben. Zunehmend verstärken sich Initiativen, um den Zugang zu Kapitalmärkten auf dieser Ebene leichter zu machen. In Zukunft werden sich weitere Marktteilnehmer ankündigen wie z.B. institutionelle Investoren, die sich entweder direkt oder über Kreditfonds einen unmittelbaren Marktzugang verschaffen wollen. Die aktuellen Kernmärkte Deutschland und Frankreich sollten sich überwiegend wie im vergangenen Jahr verhalten. Der deutsche Markt wird weiterhin von den öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken bei gleichzeitig niedrigem Margenniveau dominiert werden. Dagegen wird in Frankreich das Angebot an Kommunalfinanzierungen mit dem Markteintritt neuer Marktteilnehmer deutlich steigen. Dadurch wird sich der Wettbewerb wieder intensivieren, was sich in den Konditionen widerspiegeln wird. Es werden sich in Frankreich aber weiterhin gute Chancen ergeben, Geschäfte mit attraktiven Risiko-Ertrags-Profilen abzuschließen.

Refinanzierungsmärkte

Im Jahr 2013 stehen Kreditinstitute vor dem herausfordernden Umfeld politisch geprägter Märkte. Gelingt es auf Ebene der Politik und der Haushalte die Eurozone weiter zu stabilisieren, sollte dies zu einer weiteren Entspannung der Märkte beitragen und ein Reduzieren der Zentralbankunterstützung möglich machen.

Welche Auswirkungen regulatorische Veränderungen haben werden, bleibt momentan noch abzuwarten. Hiervon sollten nach aktuellem Stand aber vor allem Covered-Bonds profitieren können. Ein zurückgehendes Neuemissionsangebot auf der einen Seite und eine gefestigte Liquiditätsversorgung auf der Anderen sollten sich weiterhin positiv auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute bei Pfandbriefen auswirken. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sollte auch die Investorennachfrage nach unbesicherten Emissionen hoch bleiben.

Unternehmensprognosen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der pbb stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken und Chancen nicht in kalkulierter Höhe eintreten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage

Die pbb hat das Jahr 2012 mit einem Ergebnis vor Steuern von 23 Mio. € abgeschlossen. Auch für den Prognosezeitraum, das Jahr 2013, geht die pbb von einem positiven Vorsteuerergebnis aus. Der Vorstand erwartet für das Jahr 2013 eine signifikante Erhöhung des Ergebnisses.

¹ Quellen: BNP Paribas Real Estate, Property Report, Jones Lang LaSalle Investmentmarktüberblick, eigene Recherchen

Für den Zinsüberschuss wird eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2012 geplant. Grund hierfür werden unter anderem geringere Close-Out-Aufwendungen aus Derivaten sein. Zudem ist die Erreichung der Neugeschäftsziele eine Voraussetzung. Für die gewerbliche Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) und die öffentliche Investitionsfinanzierung (Public Investment Finance) wird eine deutliche Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Vergleich zum im Jahr 2012 abgeschlossenen Neugeschäft (5,6 Mrd. €) erwartet. Hierin enthalten sind Prolongationen mit Laufzeiten über einem Jahr, die durchgeführt werden, wenn sich für die pbb dadurch wirtschaftliche Vorteile ergeben. Da das Neugeschäft voraussichtlich die Rückzahlungen übersteigen wird, sollte der Bestand an gewerblichen Immobilienfinanzierungen leicht steigen. Bei den Public Sector Finanzierungen sollte das Volumen der öffentlichen Investitionsfinanzierungen zunehmen, jedoch durch den strategiekonformen Rückgang der Budgetfinanzierungen überkompensiert werden.

Neben dem Zinsüberschuss werden sich voraussichtlich vor allem der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen, die Verwaltungsaufwendungen und die Kreditrisikovorsorge im Vergleich zum Jahr 2012 verändern. Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen wird abnehmen, da das Servicing der FMS Wertmanagement im September 2013 beendet wird. Im Gegenzug wird durch die Beendigung des Servicings der Verwaltungsaufwand sinken, da ein Wechsel von Mitarbeitern in die FMS Wertmanagement Service GmbH geplant ist. Allerdings wird diese Entlastung des Verwaltungsaufwandes aufgrund von Fixkosten und Dissynergien nicht direkt den Wegfall der Erträge vollständig kompensieren. Mehrkosten für IT-Projekte werden auch wieder die Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2013 belasten. Ferner sind höhere Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, insbesondere Basel III und IFRS 9, erforderlich. Im Jahr 2012 war die Risikovorsorge insbesondere durch die Zuschreibungen zu Wertpapieren aus dem Liquiditätsvorsorgebestand positiv beeinflusst. Für die Risikovorsorge wird für das Jahr 2013 eine Aufstockung auf ein im Bezug auf das Kreditgeschäft normalisiertes Niveau erwartet.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Reprivatisierung zur Rückführung der stillen Einlage des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS verwendet.

Die Bilanzsumme ist im Jahr 2012 unter anderem aufgrund weiter abnehmender Effekte aus der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement gesunken. Der Umfang der Übertragungseffekte wird zukünftig voraussichtlich weiter abnehmen. Ferner wird der Bestand der Budgetfinanzierungen und sonstigen Portfolios, in denen die pbb kein Neugeschäft betreibt, weiter zurückgehen. Daher wird voraussichtlich auch im Jahr 2013 die Summe der Vermögenswerte sinken. Als Folge daraus geht auch der Refinanzierungsbedarf zurück, so dass sich wahrscheinlich auch die Summe der Verbindlichkeiten reduziert.

Chancen Die pbb hat die Jahre 2012 und 2011 mit einem positiven Ergebnis vor Steuern abgeschlossen. Diese Entwicklung verdeutlicht den positiven Trend der pbb, aus dem sich für die Zukunft die folgenden Chancen ergeben:

- Nachdem in den letzten Jahren der Fokus auf die Restrukturierung und strategische Neuausrichtung der Bank und den Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens gerichtet war, konnte sich die pbb im Jahr 2012 auf die Bearbeitung seiner Märkte konzentrieren. Die pbb hat diese Ausgangsbasis genutzt und attraktives Neugeschäft abgeschlossen. Somit hat die pbb die Möglichkeit geschaffen, ihre erfolgreiche Entwicklung fortzusetzen und in ihren Kerngeschäftsfeldern gewerbliche Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung mit dem Ziel zu wachsen, die Profitabilität zu steigern.
- Die pbb wird nur noch bis September 2013 Dienstleistungen für den Betrieb der FMS Wertmanagement erbringen. Durch die Beendigung dieser nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aufgabe bietet sich eine weitere Möglichkeit, den Fokus noch stärker auf die relevanten Kundmärkte in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung zu richten, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Auf den für die pbb relevanten Märkten besteht eine große Nachfrage nach Finanzierungen. Gleichzeitig haben sich einige Wettbewerber aus Märkten zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund sieht die pbb langfristig ein attraktives Marktumfeld in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Der Pfandbrief ist auch in den von Marktunsicherheit geprägten vergangenen Jahren eine solide Anlage mit bewährter Marktinfrastruktur gewesen, was sich auch durch die hohe Nachfrage der In-

vestoren im Jahr 2012 ausgedrückt hat. Die pbb hat eine große Erfahrung im Pfandbriefmarkt und kann auf bestehende Kundenbeziehungen aufbauen. Dadurch konnten im abgelaufenen Jahr mehrere Emissionen erfolgreich abgesetzt werden. Die pbb greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück, was sich positiv auf die Finanzlage auswirkt.

- Die pbb hat im Jahr 2012 eine unbesicherte Emission mit längerer Laufzeit begeben, was das wieder erstarkte Vertrauen der Investoren widerspiegelt. Diese Refinanzierungsquelle sowie eventuelle weitere, bisher nicht genutzte Alternativen zur Mittelaufnahme ermöglichen es, die Refinanzierungsbasis zu diversifizieren und flexibel auf Marktchancen zu reagieren. Dadurch ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und die Finanzlage.
- Die pbb hat im Jahr 2012 gezielt risikobehaftete Bestände, wie z.B. Finanzierungen gegenüber portugiesischen und italienischen Kontrahenten, signifikant abgebaut. In Abhängigkeit von den Entwicklungen der Märkte können sich auch zukünftig Chancen zur Risikoreduzierung ergeben, wodurch die Ergebnis- und Eigenkapitalvolatilität sinken wird.
- Im Jahr 2012 wurden weitere Fortschritte bei der Separierung der pbb und ihrem Schwesterunternehmen DEPFA Bank plc sowie deren Tochterunternehmen erzielt. Diese Entflechtung, die im Jahr 2013 fortgesetzt wird, erhöht die Chancen für eine erfolgreiche Reprivatisierung der pbb.
- Die pbb hat am Arbeitsmarkt deutlich an Attraktivität gewonnen, unterstützt durch neu eingeführte Personalentwicklungsmaßnahmen. Dadurch werden leistungsfähige und hoch qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte gebunden, die die pbb bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele unterstützen können.
- Eine weitere Chance stellt der strikte Kostenfokus der pbb dar. Auch zukünftig wird der jeweilige Status von Prozessen kontinuierlich analysiert, um entsprechende Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten. Dazu hat auch ein Projekt zur Definition des Zielmodells der pbb nach der Abgabe des Servicings der FMS Wertmanagement gedient. Die pbb wird nach diesen Maßnahmen seine Kostenbasis deutlich verringern sowie schlanker und effizienter werden, sodass sich die Profitabilität erhöht.
- Ferner hat die pbb bereits wesentliche Erfolge bei der Vereinheitlichung ihrer IT-Systeme erzielt. So wurde zum 1. Oktober 2012 die Übertragung der Kreditgeschäfte auf ein Standard-IT-System erfolgreich abgeschlossen. Hieraus werden sich zusätzliche Effizienzsteigerungen ergeben. Durch die Vereinheitlichung der IT-Systeme, die Prozessoptimierungen sowie den Aufbau von Spezialistenteams können zudem Kundenbedürfnisse schneller erfüllt und dadurch die Kundenzufriedenheit erhöht werden, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.

Risiken Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht auszuschließen. Die Höhe der möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Einige europäische Staaten konnten sich im Geschäftsjahr 2012 nur mit der Unterstützung von internationalen Hilfsprogrammen refinanzieren. Gläubiger von griechischen Staatsfinanzierungspapieren mussten auf ihre Forderungen teilweise verzichten, wovon die pbb jedoch nicht unmittelbar betroffen war. Sollte sich die Schuldenkrise einiger Staaten weiter verschärfen und Forderungsverzichte auch für die Papiere anderer Staaten notwendig werden oder sollte es zu einer Insolvenz von öffentlichen Schuldnern kommen, drohen auch der pbb erhebliche Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere. Diese Wertberichtigungen könnten sich erhöhen, wenn sich die Krise einzelner Staaten aufgrund von Verflechtungen oder Marktturbulenzen auf andere, derzeit als solvent geltende Schuldner negativ auswirkt.
- Unter anderem aufgrund des erfolgreichen Portfoliomanagements der pbb waren in den Jahren 2012 und 2011 nur für wenige Einzelengagements Wertberichtigungen notwendig. Dennoch sind zukünftig signifikante Abschreibungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Der Abschreibungsbedarf hängt primär von der wirtschaftlichen Situation der finanzierten Objekte ab. Ursache kann aber auch eine generelle Krise einzelner Märkte, wie den Immobilienmärkten in verschiedenen Ländern sein.

- Die Lage auf den Refinanzierungsmärkten und insbesondere auf den Pfandbriefmärkten hat sich im Berichtsjahr verbessert, was die pbb durch eine zunehmende Emissionstätigkeit genutzt hat. Dennoch sind die Refinanzierungsmärkte weiterhin störungsanfällig. Die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten kann beispielsweise zu einem größeren Vertrauensverlust und zu signifikant geringeren Umsätzen auf den Emissionsmärkten oder dem Interbankenmarkt führen. Sollte es zu solchen Störungen der Refinanzierungsmärkte kommen, könnten sich trotz eines vorhandenen Puffers negative Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der pbb ergeben. Ferner kann eine gezielte Reduzierung des Neugeschäftsvolumens die Folge sein.
- Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfeverfahren die Reprivatisierung der pbb so schnell wie möglich, aber bis spätestens 31. Dezember 2015 vorgeschrieben. Soweit die Reprivatisierung nicht bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt wurde, veräußert ein eingesetzter Veräußerungstreuhänder die pbb ohne Vorgabe eines Mindestpreises an einen Käufer, sofern die Kommission den Käufer und den endgültigen verbindlichen Kaufvertrag genehmigt hat. Der Verkauf oder alternative Überlegungen des Aktionärs in Abstimmung mit der EU-Kommission können sich positiv, aber auch negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb auswirken.
- Die Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten werden fortlaufend am Markt weiterentwickelt. Z.B ändern sich die Marktkonventionen zur Bewertung von Derivaten. Aus derartigen Anpassungen können sich für die pbb zukünftig negative Auswirkungen auf die Ertragslage ergeben.
- Ratingagenturen passen ihre Methoden und Modelle fortlaufend an, auch um veränderte makroökonomische Rahmenbedingungen und mögliche Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen können, neben den spezifischen Ratingtreibern der Bank und der Pfandbriefe, Ratingveränderungen nach sich ziehen. Herabstufungen der Ratings der pbb und/oder ihrer Pfandbriefe können sich insbesondere negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Bank auswirken und damit zu einer Beeinträchtigung ihrer Finanz- und Ertragslage führen.
- Das Risikotragfähigkeitskonzept, das auf Ebene des pbb Konzerns gesteuert wird, wird laufend weiterentwickelt. Aus der Weiterentwicklung können sich Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeitsanalyse im Going-Concern-Ansatz und im Gone-Concern-Ansatz ergeben. Ein Einflussfaktor auf die Risikotragfähigkeit im Gone-Concern-Ansatz ist zudem die Entwicklung der Marktwerte der Aktiva und Passiva. Sollten die stillen Lasten aufgrund von Marktwertveränderungen steigen, könnte das Deckungskapital das erforderliche ökonomische Kapital unterschreiten.
- Die Zugehörigkeit zum HRE Konzern hat das Image der pbb in den letzten Jahren belastet. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für die Zielerreichung der pbb nicht auszuschließen.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der pbb erheblich beeinträchtigen.
- Im Rahmen des Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens wurde eine vollständige Beendigung des Servicings der pbb für die FMS Wertmanagement zum 30. September 2013 zur Auflage gemacht. Mit der Beendigung des Kooperationsvertrages werden die Aufgaben im Bereich des Servicings von der FMS Wertmanagement selbst, bzw. der FMS Wertmanagement Service GmbH übernommen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen kann die FMS Wertmanagement auch nach Beendigung des Servicings Ansprüche geltend machen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb beeinflussen könnten.
- Die pbb ist operationellen Risiken ausgesetzt, die z.B. aus der Abhängigkeit von Schlüsselpositionen oder aus Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme resultieren. Obwohl die pbb Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen hat, können aus den operationellen Risiken wesentliche Verluste entstehen. Die Risiken können auch für die von der pbb übernommenen Dienstleistungsverpflichtungen für den laufenden Betrieb der FMS Wertmanagement schlagend werden.
- Ein weiteres operationelles Risiko ergibt sich aus der Abhängigkeit von Mitarbeitern, die Inhaber von risikobegründeten Positionen sind. Wegen der Restrukturierung und des Übergangs von Mitarbeitern auf die FMS Wertmanagement Service GmbH könnte es zum Verlust von Mitarbeitern in

Schlüsselpositionen kommen. Daraus könnten sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

- Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Ertragslage beeinflussen. So kann beispielsweise durch die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten geänderten Verpflichtungen (Basel III) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität geschmälert oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.
- Im Großteil der Länder der Europäischen Union ist die Einführung einer Abgabe auf Finanzmarkttransaktionen geplant. Besteuert werden sollen der Kauf und Verkauf von übertragbaren Wertpapieren oder Optionen und anderen Finanzinstrumenten. Eine derartige Abgabe könnte das Ergebnis der pbb belasten und Geschäfte unrentabel werden lassen.

Zusammenfassung

Aus der Entwicklung der pbb der letzten Jahre ergeben sich für die Zukunft zahlreiche Chancen auf eine Erhöhung der Profitabilität. Diese Einschätzung setzt jedoch voraus, dass Risiken, die sich z.B. aus nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Staatsschuldenkrise ergeben, nicht schlagend werden. Insgesamt erwartet die pbb unter Abwägung der Chancen und Risiken für das Jahr 2013 ein positives Ergebnis vor Steuern, das signifikant über der Höhe des Jahres 2012 liegen wird.

Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

in Tsd. €	1.1. - 31.12.2012		1.1. - 31.12.2011
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.599.886		9.153.040
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	874.645	7.474.531	995.349
2. Zinsaufwendungen		7.333.008	9.806.795
		141.523	341.594
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-	-
b) Beteiligungen		1.176	-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		4.461	3.428
		5.637	3.428
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-
			2.909
5. Provisionserträge		35.848	30.775
6. Provisionsaufwendungen		3.272	5.671
		32.576	25.104
7. Sonstige betriebliche Erträge			281.415
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	103.208		97.709
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	27.564	130.772	22.323
darunter: für Altersversorgung 10.606 Tsd. € (Vj. 6.431 Tsd. €)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		222.543	173.633
		353.315	293.665
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			13.635
			12.551
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			138.433
			130.647
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	63.853
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		152.899	-
		152.899	-63.853
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		8.490	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	1.996
		-8.490	1.996
15. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			46.680
			-
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-
			11
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			53.497
			154.702
18. Außerordentliche Aufwendungen			30.824
			155
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-4.683	11.738
20. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		-1.281	27
		-5.964	11.765
21. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			28.637
			142.782
22. Verlustvertrag/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-3.347.734
			-3.589.164
		-3.319.097	-3.446.382
23. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			-
			3.702
24. Entnahme aus stiller Beteiligung			52.937
			102.915
25. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			-
			7.969
26. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			-3.266.160
			-3.347.734

Bilanz zum 31.12.2012

Aktivseite

in Tsd. €	31.12.2012	31.12.2011
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	7	4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.928.664	237.401
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 1.926.715 Tsd. € (Vj. 236.242 Tsd. €)		
	1.928.671	237.405
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	52.250	56
b) Kommunalkredite	2.211.910	2.579.992
c) andere Forderungen	6.716.426	6.987.209
darunter: täglich fällig 196.595 Tsd. € (Vj. 205.629 Tsd. €)		
gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (Vj. 39.657 Tsd. €)		
	8.980.586	9.567.257
3. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	29.451.855	32.007.007
b) Kommunalkredite	17.035.934	19.966.057
c) andere Forderungen	929.995	872.234
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
	47.417.784	52.845.298
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
ab) von anderen Emittenten	200.000	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 200.000 Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
	200.000	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	12.737.164	15.773.464
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 10.212.910 Tsd. € (Vj. 13.166.556 Tsd. €)		
bb) von anderen Emittenten	10.155.015	10.701.325
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 6.928.468 Tsd. € (Vj. 8.746.381 Tsd. €)		
	22.892.179	26.474.789
c) eigene Schuldverschreibungen	728.678	1.746.713
Nennbetrag 727.625 Tsd. € (Vj. 1.750.234 Tsd. €)		
	23.820.857	28.221.502
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.535	1.710
6. Beteiligungen	196	223
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
an Finanzdienstleistungsinstituten - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	273.677	317.183
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
an Finanzdienstleistungsinstituten 45 Tsd. € (Vj. 45 Tsd. €)		
8. Treuhandvermögen	3.194	15.307
darunter: Treuhandkredite 3.194 Tsd. € (Vj. 15.307 Tsd. €)		
9. Immaterielle Anlagewerte		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.947	56.189
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) geleistete Anzahlungen	-	-
	26.947	56.189
Übertrag	82.453.447	91.262.074

	31.12.2012	31.12.2011
Übertrag	82.453.447	91.262.074
10. Sachanlagen	2.601	3.477
11. Sonstige Vermögensgegenstände	340.018	954.849
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement 76.266 Tsd. € (Vj. 844.722 Tsd. €)		
12. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	78.304	93.058
b) andere	320.807	120.724
	399.111	213.782
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	26.960	30.697
Summe der Aktiva	83.222.137	92.464.879
Passivseite		
in Tsd. €	31.12.2012	31.12.2011
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	490.931	522.069
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	433.781	547.259
c) andere Verbindlichkeiten	8.753.473	10.176.166
darunter: täglich fällig 19.585 Tsd. € (Vj. 66.038 Tsd. €)		
	9.678.185	11.245.494
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe - Tsd. € (Vj. - Tsd. €)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	5.996.818	6.128.503
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	12.795.631	13.274.777
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	-	-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	-
d) andere Verbindlichkeiten	13.034.512	13.318.583
darunter: täglich fällig 988.034 Tsd. € (Vj. 883.954 Tsd. €)		
	31.826.961	32.721.863
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe 12.334 Tsd. € (Vj. 12.371 Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe 25.409 Tsd. € (Vj. 44.196 Tsd. €)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenspfandbriefe	7.959.826	8.317.712
ab) öffentliche Pfandbriefe	16.595.550	20.712.186
ac) sonstige Schuldverschreibungen	3.168.558	2.905.113
	27.723.934	31.935.011
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	506.627	114.145
darunter: Geldmarktpapiere 506.627 Tsd. € (Vj. 114.145 Tsd. €)		
	28.230.561	32.049.156
4. Treuhandverbindlichkeiten	3.194	15.307
darunter: Treuhandkredite 3.194 Tsd. € (Vj. 15.307 Tsd. €)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	7.985.938	10.608.556
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement 7.936.632 Tsd. € (10.478.365 Tsd. €)		
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	84.025	27.333
b) andere	391.307	287.307
	475.332	314.640
Übertrag	78.200.171	86.955.016

	31.12.2012	31.12.2011	
Übertrag		78.200.171	86.955.016
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	42.512		41.960
b) Steuerrückstellungen	62.673		74.651
c) andere Rückstellungen	333.455		342.807
		438.640	459.418
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		1.976.296	2.512.214
9. Genusrechtskapital		-	6.518
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig - Tsd. € (Vj. 6.518 Tsd. €)			
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		46.680	-
11. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital			
aa) Grundkapital	380.376		380.376
ab) stille Einlagen			
Nominalbetrag	1.000.000		1.000.000
Verlustzuweisung	-871.190		-818.253
	128.810		181.747
		509.186	562.123
b) Kapitalrücklage		5.038.123	5.038.123
c) Gewinnrücklage			
ca) gesetzliche Rücklage	12.655		12.655
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-		-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-		-
cd) andere Gewinnrücklagen	266.546		266.546
		279.201	279.201
d) Bilanzverlust		-3.266.160	-3.347.734
		2.560.350	2.531.713
Summe der Passiva		83.222.137	92.464.879
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatserklärungen vgl. Angaben im Anhang)	106.154		89.464
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-		-
		106.154	89.464
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.003.865		1.064.322
		1.003.865	1.064.322

Anhang

Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

1. Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2012 der pbb ist in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) herausgegebenen Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) wurden beachtet (inklusive DRS 20).

Der Jahresabschluss beinhaltet Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Anhang. Ergänzend wurde nach § 289 HGB ein Lagebericht aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der pbb hat den Jahresabschluss am 19. März 2013 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Die Barreserve ist zu Nennbeträgen bilanziert.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt.

Für alle erkennbaren Einzelausfallrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigungen (PWB) gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Die per 31. Dezember 2011 bestandene Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB wurde im Geschäftsjahr 2012 aufgelöst und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Auflösung und Zuführung erfolgte vor dem Hintergrund, dass unter Basel III nur noch offengelegte Kapitalbestandteile im aufsichtsrechtlichen Kapital angerechnet werden.

Die Wahlrechte gemäß § 340f Abs. 3 i.V.m. § 340c Abs. 2 HGB wurden in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert, soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind oder zinsinduzierten Wertänderungen im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches unterliegen.

Bei den nicht strukturierten Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert den fortgeführten Anschaffungskosten.

Der Buchwert der strukturierten Wertpapiere (CDOs) entspricht den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte werden grundsätzlich stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Nachdem für einige wenige Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen, wurde auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken für Wertpapiere des Anlagevermögens wurde eine pauschale Vorsorge gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Sofern die Gründe der außerplanmäßigen Abschreibung entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird das Aktivierungswahlrecht nicht in Anspruch genommen.

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen und aus der Abzinsung der zugehörigen Pensionsrückstellungen verrechnet. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Erstattungen aus HRE konzerninternen Personalverrechnungen werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung. Kundenderivate zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken werden abgeschlossen, die regelmäßig durch gegenläufige Geschäfte mit institutionellen Kunden abgesichert werden. Zinsbezogene derivative Finanzinstrumente werden überwiegend im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB oder im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (Bankbuchsteuerung) abgebildet. Währungsbezogene derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Fremdwährungsumrechnung nach § 340h HGB berücksichtigt.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften werden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wird in Ausübung des Wahlrechts nach § 250 Abs. 3 HGB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt, kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ansatz von Zero-Bonds erfolgt mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen. Sofern sich Drohverlustrückstellungen aus einer Zeitwertbewertung von schwebenden Geschäften auf Basis barwertiger Marktwertberechnungen ergeben, werden diese im Sinne des IDW RS HFA 4 Tz. 44 nicht abgezinst, sondern mit ihrem negativen Zeitwert angesetzt.

Ergebnisse aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

- Abzinsungssatz: 5,04 % p.a.
- Einkommenstrend: 2,50 % p.a.
- Rentendynamik: 2,00 % p.a.
- Sterbetafel: K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter dem Strich ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der pbb werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitatisch als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt.

Die pbb hat gemäß der Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches (IDW RS BFA 3) zum Bilanzstichtag eine verlustfreie Bewertung unter Anwendung der barwertigen Methode durchgeführt. Als Bewertungsobjekt wird dem Risikomanagement folgend ein Zinsbuch mit bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften betrachtet. Der errechneten barwertigen Marge der Bestandsgeschäfte im Zinsbuch werden darauf entfallende, bis zum Ablauf des Bestandes betrachtete, barwertig ermittelte Verwaltungs- und Risikokosten gegenübergestellt. Zum 31. Dezember 2012 besteht kein Verpflichtungsüberschuss aus dem Bewertungsobjekt.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden und außerbilanzielle Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung nach § 340h i.V.m. § 256a HGB zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Die im Rahmen der Währungsumrechnung durch die Bank genutzte Konzeption der besonderen Deckung bezieht lediglich Fremdwährungsaktiva und -passiva ein, die eine Betrags- sowie Währungsidentität aufweisen. Sichergestellt wird die Erfüllung dieser zwei Kriterien durch ein internes Refinanzierungsmodell. Der Ausweis der hieraus resultierenden Umrechnungserträge und -aufwendungen erfolgte, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) Satz 2 HGB, im Hinblick auf Klarheit und Übersichtlichkeit, nicht als gesonderte Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen. Die entsprechenden Angaben erfolgten im Anhang unter den GuV Posten 7 und 10. Offene Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften werden weitestgehend durch Kassageschäfte oder geeignete Derivate geschlossen. Umrechnungsergebnisse aus Positionsspitzen in einer Währung werden grundsätzlich imparitatisch behandelt. Erträge und Aufwendungen in fremder Währung werden mit dem Kurs ihres Entstehungstages erfasst.

Latente Steuern werden auf temporäre Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die pbb die Möglichkeit der Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern in Anspruch. Ein Überhang aktiver über passiver latenter Steuern wird nicht angesetzt. Da auch nach den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Regelungen die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen der pbb übersteigen, sind im Jahresabschluss der pbb weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen entstehen bei der pbb insbesondere durch die nicht dauerhafte Wertminderung von Wertpapieren des Umlaufvermögens, die Bildung steuerlich nicht anerkannter Drohverlustrückstellungen u.a. für Kredit- und Kundenderivate sowie Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Prämie an den Bund und Leerstandsflächen und aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von Pensionsrückstellungen. Passive Latenzen bestehen im Wesentlichen aus Forderungen an Kunden. Die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge erhöhen die aktiven Steuerlatenzen in Höhe ihrer Nutzbarkeit. Die Bewertung der latenten

Steuer erfolgt durch einen kombinierten Ertragsteuersatz von 28,0 %, der die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag umfasst.

Im Falle des § 285 Nr. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen, d.h. die Angabe ist im Konzernabschluss enthalten.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde die pbb Services GmbH mit Eintragung in das Handelsregister am 7. August 2012 auf die pbb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 verschmolzen. Die Anschaffungskosten der dabei übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden wurden gemäß § 24 UmwG im Rahmen der Buchwertfortführung mit den in der Schlussbilanz der pbb Services GmbH ausgewiesenen Werten bestimmt.

Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund dieser Verschmelzung und Umstrukturierung nicht angepasst. Soweit ihre Auswirkungen wesentlich für ein besseres Verständnis der Geschäftszahlen erforderlich sind, werden sie bei den Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert dargestellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) oder in einigen Posten auch in Millionen Euro (Mio. €) aufgestellt. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügig Abweichungen ergeben. Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

3. Zinsüberschuss (GuV Pos. 1 und 2)

Im Hinblick auf die Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) Satz 1 HGB, nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 17.247 Tsd. € (2011: 17.569 Tsd. €) sind unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

4. Provisionsüberschuss (GuV Pos. 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 30.818 Tsd. € (2011: 23.455 Tsd. €) und Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 4.466 Tsd. € (2011: 6.979 Tsd. €).

Die Provisionsaufwendungen beinhalten Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von 1.610 Tsd. € (2011: 2.909 Tsd. €) und Vermittlungsprovisionen aus dem Darlehensgeschäft in Höhe von 101 Tsd. € (2011: 1.528 Tsd. €).

5. Sonstige betriebliche Erträge (GuV Pos. 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten

in Tsd. €	2012	2011
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	28.925	18.522
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	5.876	286
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	1.625	2.331
Erträge aus Währungsveränderung	1.674	5.364
Erträge aus Servicing Fees FMS-Wertmanagement ¹⁾	187.230	212.098
Erträge aus Schätzungsänderungen bezüglich der Bewertung von Rückstellungen	576	5.566
Erträge aus Vorjahren (periodenfremd)	2.787	24.084
Erstattungen aus Personalentleihungen	5.993	9.402

¹⁾ Den Erträgen stehen Verwaltungsaufwendungen für die Erbringung der Dienstleistungen und sonstige betriebliche Aufwendungen aus der Verrechnung für Leistungen mit Konzerneinheiten weitgehend gegenüber.

6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV Pos. 8)

Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

Seitens der pbb wurden an den Vorstand im Geschäftsjahr 2012 wie auch im Vorjahr keine Fixbezüge bzw. Abfindungen gezahlt.

Für das Jahr 2012 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 5.133 Tsd. € (2011: 5.140 Tsd. €).

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr 84 Tsd. € (2011: 70 Tsd. €). Dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Pos. 10)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten im Wesentlichen an die DEPFA durchgeleitete Erträge für Dienstleistungen in Höhe von 89.282 Tsd. € (2011: 96.667 Tsd. €). Bewertungseffekte von Rückstellungen in Höhe von 1.948 Tsd. € (2011: 6.748 Tsd. €) wurden unter den Zuführungen zu Rückstellungen ausgewiesen.

8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Pos. 13)

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstige Beteiligungen in Höhe von 3.020 Tsd. € vorgenommen (2011: 10.665 Tsd. €). Erträge aus Beteiligungen fielen in Höhe von 15 Tsd. € (2011: 5.540 Tsd. €) an.

In dem GuV-Posten sind Zuschreibungen, Verkaufsgewinne bzw. Abschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto 5.485 Tsd. € (2011: 7.118 Tsd. €) enthalten.

9. Außerordentliche Aufwendungen (GuV Pos. 18)

Bedingt durch die Verschmelzung des IT-Dienstleisters pbb Services GmbH auf die pbb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2012 waren die bisher für einzelne Projektabschnitte aktivierten Kosten aufwandswirksam zu erfassen. Hierdurch entstand im Geschäftsjahr 2012 ein Verlust in Höhe von 19.905 Tsd. €.

Die weiteren außerordentlichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 10.919 Tsd. € (2011: 155 Tsd. €).

10. Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV Pos. 19)

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen -4.683 Tsd. € (2011: 11.738 Tsd. €). Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und liegt mit 11.854 Tsd. € (2011: 22.463 Tsd. €) unter den Erträgen aus Steuererstattungen in Höhe von 16.537 Tsd. € (2011: 10.725 Tsd. €), die anderen Geschäftsjahren zuzurechnen sind.

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Angaben zur Bilanz

11. Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

Deckungsrechnung

in Tsd. €		2012	2011
A. Hypothekendarlehen			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	-	-
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	17.597.997	18.911.929
	Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
		17.597.997	18.911.929
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	-
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.634.629	2.560.463
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Deckungswerte insgesamt		20.232.626	21.472.392
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	14.249.988	14.730.231
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	40.340
Überdeckung		5.982.638	6.742.161
B. Öffentliche Pfandbriefe			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	1.705.254	2.406.604
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen ¹⁾	109.089	180.016
	b) Kommunalkredite	17.016.282	19.643.378
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.830.102	13.515.573
		32.660.727	35.745.571
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	1.615.000
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	-	21.567
Deckungswerte insgesamt		32.660.727	37.382.138
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	29.122.503	33.742.414
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Überdeckung		3.538.224	3.639.724

¹⁾ Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwandt.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

Umlaufende Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen¹⁾						
Hypothekendarlehen	14.249,9	14.730,2	15.756,2	15.884,1	13.629,5	15.016,6
davon Derivate			0,0	41,9		
Deckungsmasse	20.232,6	21.472,4	21.634,0	23.091,5	18.714,0	21.830,3
davon Derivate			0,0	327,6		
Überdeckung	5.982,7	6.742,2	5.877,8	7.207,4	5.084,5	6.813,7

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

Laufzeitstruktur¹⁾²⁾ (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungsmasse	
	2012	2011	2012	2011
bis 1 Jahr	2.270,7	4.351,4	5.719,4	5.270,6
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.624,8	2.079,5	3.180,3	4.456,8
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	879,4	2.222,4	2.423,5	2.729,6
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	2.200,7	726,9	3.200,9	2.266,5
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	982,0	1.401,4	2.454,3	1.539,0
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.943,1	2.019,5	2.015,9	3.243,0
mehr als 10 Jahre	2.349,2	1.929,1	1.238,3	1.966,9

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

²⁾ Die Verteilung auf die Laufzeitbänder wurde bei den variablen Assets vom Fixingtermin (Anpassungszyklus des Referenzzinssatzes, z.B. Euribor) auf die Konditionenfestschreibung umgestellt. Dies entspricht den neuesten Empfehlungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

Nach § 28 PfandBG sind im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Umlaufende öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen¹⁾						
öffentlichen Pfandbriefe	29.122,5	33.742,4	33.588,5	37.811,4	23.162,2	27.521,4
davon Derivate			0,0	110,2		
Deckungsmasse	32.660,7	37.382,1	36.571,6	41.267,3	25.219,3	30.036,8
davon Derivate			0,0	366,6		
Überdeckung	3.538,2	3.639,7	2.983,1	3.455,9	2.057,1	2.515,4

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit)¹⁾²⁾ nominal

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	2012	2011	2012	2011
bis 1 Jahr	5.522,5	4.103,9	5.482,0	6.151,9
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.203,7	5.496,8	5.410,9	3.191,8
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	3.895,8	2.078,0	3.159,6	5.510,8
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	987,5	3.958,9	2.249,4	2.980,4
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	2.127,9	996,4	2.333,9	2.492,3
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.124,5	6.725,6	4.556,8	7.151,7
mehr als 10 Jahre	9.260,6	10.382,8	9.468,1	9.903,2

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

²⁾ Die Verteilung auf die Laufzeitbänder wurde bei den variablen Assets vom Fixingtermin (Anpassungszyklus des Referenzzinssatzes, z.B. Euribor) auf die Konditionenfestschreibung umgestellt. Dies entspricht den neuesten Empfehlungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

Nach § 28 PfandBG sind im Umlauf befindliche öffentliche Pfandbriefe nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen¹⁾

in Mio. €	2012	2011
bis einschließlich 300 Tsd. €	327,6	392,3
mehr als 300 Tsd Euro bis einschließlich 5 Mio. €	2.715,9	3.291,1
mehr als 5 Mio. €	14.554,5	15.228,5
Insgesamt	17.598,0	18.911,9

¹⁾ ohne weitere Deckungswerte (2.634,6 Mio. €; Vorjahr: 2.560 Mio.€)

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart¹⁾

in Mio. €	Deutschland				Belgien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	38,5	49,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	95,1	112,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	3.292,0	3.692,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	2.634,8	2.893,8	0,0	0,0	25,0	25,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	1.894,6	2.542,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	73,3	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1.294,4	894,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	31,9	152,0	32,3	11,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	88,3	98,0	0,0	17,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	6.017,3	6.646,1	3.457,9	3.883,7	25,0	25,0	0,0	0,0

in Mio. €	Frankreich				Großbritannien (ohne Kanalinseln)			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	6,7
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	15,1	19,1	0,0	0,0	50,5	49,3
Bürogebäude	1.003,1	1.160,0	0,0	0,0	619,4	569,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	52,4	19,6	0,0	0,0	1.057,2	738,1	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	90,8	107,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	20,0	5,3	0,0	0,0	680,9	560,5	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	24,0	0,0	0,0	0,0	71,8	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	1.075,5	1.208,9	15,1	19,2	2.448,3	2.046,8	50,5	56,0

in Mio. €	Niederlande				Österreich			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,8	0,9	0,0	0,0	0,2	0,2
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	341,9	355,0	0,0	0,0	30,1	47,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	145,2	174,0	0,0	0,0	32,0	32,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	24,3	5,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	511,4	534,5	0,9	1,0	62,1	79,1	0,2	0,2

in Mio. €	Schweiz				USA			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,8	47,2
Bürogebäude	2,4	9,8	0,0	0,0	508,5	696,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	148,3	0,0	0,0	164,5	188,3	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	149,4	0,0	0,0	0,0	26,6	76,6	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	151,8	158,1	0,0	0,0	699,6	961,1	44,8	47,2

in Mio. €	Dänemark				Finnland			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	55,6	46,0	0,0	0,0	25,1	25,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	4,0	4,1	0,0	0,0	19,5	28,8	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	28,5	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	10,2	10,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	69,8	60,4	0,0	0,0	44,6	82,4	0,0	0,0

in Mio. €	Italien				Luxemburg			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	13,5	13,5	0,0	0,0	30,9	30,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	107,1	87,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	8,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	14,6	16,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	135,2	126,7	0,0	0,0	30,9	30,9	0,0	0,0

in Mio. €	Norwegen				Polen			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	155,6	134,7	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	347,5	118,6	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	19,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	92,2	25,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	0,0	19,8	0,0	0,0	595,3	278,7	0,0	0,0

in Mio. €	Schweden				Slowakei			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	89,4	321,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	396,4	525,2	0,0	0,0	0,0	5,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	18,8	51,8	0,0	0,0	40,3	60,4	0,0	0,0
Industriegebäude	44,4	221,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	68,1	65,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	527,7	864,2	89,4	321,8	40,3	66,3	0,0	0,0

in Mio. €	Spanien				Tschechien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	5,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	133,0	141,7	0,0	0,0	108,9	105,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	344,4	184,1	0,0	0,0	42,3	69,9	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	43,7	32,2	0,0	0,0	47,8	22,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	521,1	358,0	5,6	0,0	199,0	197,5	0,0	0,0

in Mio. €	Ungarn				Japan			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	25,2	41,9
Bürogebäude	115,2	76,1	0,0	0,0	190,7	247,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	42,9	237,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	172,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	330,2	313,5	0,0	0,0	190,7	247,4	25,2	41,9

in Mio. €	Rumänien				Slowenien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	50,8	71,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	140,4	140,4	0,0	0,0	41,4	23,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	191,2	212,0	0,0	0,0	41,4	23,5	0,0	0,0

in Mio. €	Insgesamt			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	0,0	0,0	38,6	56,4
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	96,1	113,3
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	3.522,6	4.172,1
Bürogebäude	6.440,9	7.179,6	0,0	0,0
Handelsgebäude	4.494,5	4.849,1	0,0	0,0
Industriegebäude	208,5	442,6	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	2.629,7	1.698,2	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	31,9	256,6	32,3	11,8
Bauplätze	102,9	114,8	0,0	17,4
Deckungswerte	13.908,4	14.540,9	3.689,6	4.371,0
			2012	2011
Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich insgesamt			17.598,0	18.911,9

¹⁾ ohne weitere Deckungswerte (2.634,6 Mio. €; Vj. 2.560 Mio €)

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2012	2011
Deutschland	22,3	18,7
Frankreich	0,0	3,8
Niederlande	0,3	0,0
Insgesamt	22,6	22,5

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen:

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsvollstreckungsverfahren	76	131	19	26	57	105
Zwangsvollstreckungsverfahren	49	90	19	33	30	57
davon in den anhängigen Zwangsvollstreckungsverfahren enthalten	42	80	15	23	27	57
Insgesamt	83	141	23	36	60	105
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsvollstreckungsverfahren	38	77	12	23	26	54

Eingestiegerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die pbb ein Grundstück zur Verhütung von Verlusten an Hypothekendarlehen übernehmen müssen.

Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2012	2011	2012	2011
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	3,6	2,8	1,9	3,7

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen^{1) 2)}

in Mio. €	Deutschland		Belgien		Dänemark	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	4.527,5	2.176,4	50,0	225,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	10.501,0	9.993,2	106,3	109,2	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	720,4	789,8	0,0	135,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.571,0	4.281,7	193,2	193,2	37,9	38,6
Insgesamt	17.319,9	17.241,1	349,5	662,4	37,9	38,6

in Mio. €	Finnland		Frankreich		Griechenland	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	0,0	0,0	3.536,6	2.848,8	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	141,9	90,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	22,5	126,8	54,2	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	7,6	7,7	411,5	129,8	0,0	0,0
Insgesamt	7,6	30,2	4.216,8	3.122,8	0,0	0,0

in Mio. €	Großbritannien		Luxemburg		Italien	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6	1.754,9
regionale Gebietskörperschaften	15,3	15,0	0,0	0,0	125,1	803,9
örtliche Gebietskörperschaften	18,4	18,0	0,0	0,0	131,8	174,9
Sonstige Schuldner	245,1	239,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	278,8	272,4	0,0	0,0	357,5	2.733,7

in Mio. €	Japan		Kanada		Litauen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	241,7	274,1	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	60,0	60,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	220,1	249,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	521,8	583,6	0,0	0,0	0,0	0,0

in Mio. €	Niederlande		Österreich		Polen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	100,5	0,0	3.938,6	3.831,3	505,3	534,7
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	643,1	543,9	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	2,2	3,0	76,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,8	849,7	1.404,5	0,0	0,0
Insgesamt	102,7	3,8	5.507,4	5.779,7	505,3	534,7

in Mio. €	Portugal		Schweden		Schweiz	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	82,4	268,6	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	285,8	329,5	0,0	0,0	24,9	189,2
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	40,0	40,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	473,4	0,0	0,0	125,0	150,0
Insgesamt	368,2	1.071,5	40,0	40,0	149,9	339,2

in Mio. €	Slowakei		Slowenien		Spanien	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	0,0	15,0	275,0	290,0	0,0	20,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	732,0	956,4
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	202,5	282,9
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	17,0	22,0	347,5	461,7
Insgesamt	0,0	15,0	292,0	312,0	1.282,0	1.721,0

in Mio. €	Tschechien		Ungarn		USA	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	50,0	10,0	0,0	119,7	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	50,0	60,0	0,0	119,7	0,0	0,0

in Mio. €	Internationale Organisationen		Gesamt ¹⁾²⁾	
	2012	2011	2012	2011
Zentralstaat	0,0	0,0	13.408,2	12.368,5
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	12.575,4	13.030,3
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	1.378,1	1.580,3
Sonstige Schuldner	1.273,4	1.064,2	5.299,0	8.766,5
Insgesamt	1.273,4	1.064,2	32.660,7	35.745,6

¹⁾ ohne Derivate

²⁾ Weitere Deckungswerte nach §20 (2) PfandBG über - Mio. € (Vj. 1.615 Mio. €) sind nicht berücksichtigt.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen¹⁾

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2012	2011
Deutschland		
Zentralstaat	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	0,0

¹⁾ ohne Derivate

12. Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzposten

in Tsd. €	2012	2011
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	8.980.586	9.567.257
täglich fällig	196.595	205.629
Forderung mit Laufzeit	8.783.991	9.361.628
- bis drei Monate	6.559.089	6.934.547
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	221.874	148.237
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	873.418	1.018.313
- mehr als fünf Jahre	1.129.610	1.260.531
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	47.417.784	52.845.298
- mit unbestimmter Laufzeit	-	2
- bis drei Monate	4.144.059	3.648.906
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.072.310	5.232.626
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.217.807	19.823.756
- mehr als fünf Jahre	16.983.608	24.140.008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	23.820.857	28.221.502
davon im Folgejahr fällig werdend	4.560.689	2.806.844
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	9.678.185	11.245.494
täglich fällig	19.585	66.038
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.658.600	11.179.456
- bis drei Monate	3.408.314	6.411.871
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	351.077	920.193
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.949.986	3.103.051
- mehr als fünf Jahre	949.223	744.341
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	31.826.961	32.721.863
täglich fällig	988.034	883.954
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	30.838.927	31.837.909
- bis drei Monate	1.209.654	1.374.218
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.150.288	1.425.246
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.373.269	8.740.324
- mehr als fünf Jahre	18.105.716	20.298.121
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	28.230.561	32.049.156
a) begebene Schuldverschreibungen	27.723.934	31.935.011
davon im Folgejahr fällig werdend	8.619.354	8.582.563
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	506.627	114.145
- bis drei Monate	423.343	109.145
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	83.284	5.000
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-
- mehr als fünf Jahre	-	-

13. Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3, 4 und 11)

In der Bilanz sind, wie auch im Vorjahr, keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

14. Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert		davon nicht börsennotiert	
	2012	2011	2012	2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.113.100	26.142.138	1.707.757	2.079.364
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	1.535	1.434
Beteiligungen	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	45	45

15. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 23.092.179 Tsd. € (2011: 26.474.789 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 19.215.529 Tsd. € (2011: 21.678.706 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 3.876.650 Tsd. € (2011: 4.796.083 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 13.005.839 Tsd. € (2011: 13.422.999 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 10.696.724 Tsd. € (2011: 10.606.835 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.309.115 Tsd. € (2011: 2.816.164 Tsd. €) teilen sich auf die folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon öffentliche Emittenten	davon Kreditinstitute	davon andere Emittenten	2012 Insgesamt	2011 Insgesamt
Buchwert	6.831.383	4.214.319	1.960.137	13.005.839	13.422.999
Beizulegender Zeitwert	5.487.379	3.534.951	1.674.394	10.696.724	10.606.835
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	1.344.004	679.368	285.743	2.309.115	2.816.164

Von den oben dargestellten unterlassenen Abschreibungen entfallen auf Anleihen der Staaten des Euro-raumes, die im Fokus stehen:

in Tsd. €	Italien	Portugal	Ungarn	Insgesamt
Buchwert	1.313.272	200.718	333.250	1.847.240
Beizulegender Zeitwert	808.289	168.054	276.502	1.252.845
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	504.983	32.664	56.747	594.394

Es werden keine griechischen, irischen, spanischen oder zypriotischen Anleihen gehalten.

Bei allen Wertpapieren mit unterlassenen Abschreibungen geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit dieser Wertpapiere bestehen nicht. Hinsichtlich der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen, konnte auch vor dem Hintergrund des etablierten Finanzstabilitätsmechanismus auf eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert verzichtet werden.

Im folgenden Jahr werden vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wert-papiere 4.560.689 Tsd. € (2011: 2.806.844 Tsd. €) fällig.

16. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%		4.842	470	EUR
FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München	100,00%		904	1 ¹⁾	EUR
Gfl-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		11	-	EUR
Hypo Real Estate Capital India Corp. Private Ltd. i.L., Mumbai	100,00%		19.786	7.546	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%		30.417.625	-632.239	JPY
mit folgender Beteiligung: Hayabusa Godo Kaisha, Tokio	100,00%	100,00%	179.892	109.892	JPY
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		80.550	-57.313	EUR
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		80.545	-57.277	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		31	2	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	100,00%		3.127	61	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%		28	1.095 ¹⁾	EUR
Little Britain Holdings (Jersey) Ltd., Jersey	100,00%		24.686	-4.479	GBP
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	100,00%	6,00%	3.868	-12 ²⁾	EUR

¹⁾ Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag

²⁾ Komplementärhaftung

Beteiligungen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-4.380	180	EUR
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-10.261	-348	EUR
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-2.266	271	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20 %. Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor.

Die Gesellschaft Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Ltd. i.L., Singapur, wurde mit Wirkung zum 2. März 2012 liquidiert.

Mit Wirkung zum 2. Juli 2012 hat die Gesellschaft Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio, zum Zwecke eines Rettungserwerbs die Gesellschaft Hayabusa GK, Tokio, gegründet.

Aufgrund des Verschmelzungsvertrags vom 7. August 2012 wurde die Gesellschaft pbb Services GmbH, München, mit Wirkung zum 1. Januar 2012 auf die pbb verschmolzen.

Mit Verkauf- und Übertragungsvertrag vom 28. Juni 2012 hat die WestHyp Immobilien Holding GmbH, München, ihren Geschäftsanteil an der Archplan Projekt Dianastraße GmbH, München, verkauft. Die Gesellschaft WestHyp Immobilien Holding GmbH, München, wurde aufgrund des Verschmelzungsvertrags vom 22. August 2012 mit Wirkung zum 1. Januar 2012 auf die pbb verschmolzen.

Die Gesellschaft Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corp. Ltd. i.L., Hongkong, wurde mit Wirkung zum 17. Oktober 2012 liquidiert.

Bei der IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München, erfolgte eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 3.004 Tsd. €.

Folgende Devisenkurse wurden zum 31.12.2012 zugrunde gelegt:

Indien	1 € =	72,56	INR
Japan	1 € =	113,61	JPY
Großbritannien	1 € =	0,8161	GBP

17. Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivposten auf:

in Tsd. €	2012	2011
Forderungen an Kunden	3.194	15.307
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	273	8.614
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.921	6.693

18. Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Bedingt durch die Verschmelzung der pbb Services GmbH auf die pbb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 sind, aus der rückwirkenden Nichtaktivierung von selbsterstellter Software, Anlagen im Bau in Höhe von 19.934 Tsd. € abgegangen. Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte ist gekaufte Software mit 26.947 Tsd. € (2011: 33.676 Tsd. €) enthalten.

19. Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 2.601 Tsd. € (2011: 3.477 Tsd. €) enthalten.

20. Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

in Tsd. €	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert 1.1.2011	33.659	5.145	29.051.394	534	289.024
Anschaffungs-/Herstellungskosten	105.016	18.846			
Zugänge w/ Verschmelzung	-	-			
Zugänge	33.620	207			
Abgänge w/ Verschmelzung	-	-			
Abgänge	-1.877	-1.116			
Umbuchungen	-	-			
Währungsveränderungen	1	59			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-10.807	-1.744			
Abschreibungen kumuliert	-80.571	-14.519			
Veränderungen + / - ¹⁾			-7.372.688	-311	28.159
Buchwert 31.12.2011	56.189	3.477	21.678.706	223	317.183
Buchwert 1.1.2012	56.189	3.477	21.678.706	223	317.183
Anschaffungs-/Herstellungskosten	141.951	18.152			
Zugänge w/ Verschmelzung	133.075	2.775			
Zugänge	3.176	204			
Abgänge w/ Verschmelzung	-133.075	-2.775			
Abgänge	-23.985	-1.439			
Umbuchungen	-	-			
Währungsveränderungen	1	47			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-12.709	-926			
Abschreibungen kumuliert	-94.196	-14.363			
Veränderungen + / - ¹⁾			-2.463.177	-27	-43.506
Buchwert 31.12.2012	26.947	2.601	19.215.529	196	273.677

¹⁾ Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

21. Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Der Posten enthält im Wesentlichen Forderungen aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 76.266 Tsd. € (2011: 844.722 Tsd. €), sowie mit 52.570 Tsd. € (2011: 52.550 Tsd. €) Steuerforderungen und den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 93.976 Tsd. € (2011: Passivpos. 5 Sonstige Verbindlichkeiten 82.986 Tsd. €) Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

22. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivpos. 13)

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB) in Höhe von 26.960 Tsd. € (2011: 30.697 Tsd. €) resultiert aus der Verrechnung von Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 190.527 Tsd. € (2011: 190.736 Tsd. €) mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 163.567 Tsd. € (2011: 160.039 Tsd. €). Die Anschaffungskosten der verrechneten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen betragen 131.885 Tsd. € (2011: 140.152 Tsd. €). Die Erträge aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 7.148 Tsd. € (2011: 9.215 Tsd. €) sind mit Aufwendungen aus den Verpflichtungen in Höhe von 10.377 Tsd. € (2011: 10.540 Tsd. €) zu verrechnen. Die Differenz von 65.469 Tsd. € (2011: 57.509 Tsd. €) zwischen den Anschaffungskosten und dem beizulegendem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung unterliegt einer Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB.

23. Rechnungsabgrenzung (Aktivpos. 12 und Passivpos. 6)

in Tsd. €	2012	2011
Aktivpos. 12 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	78.304	93.058
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	58.104	66.949
Agio aus Forderungen	20.200	26.109
Passivpos. 6 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	84.025 ¹⁾	27.333
davon:		
Damnum aus Forderungen	12.947	19.486
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	15.322	7.847

¹⁾ In Höhe von 55.756 Tsd. € wurden abgegrenzte Entgelte mit Zinscharakter ab 2012 vom Passivposten 6b in den Passivposten 6a umgegliedert.

24. Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 7.936.632 Tsd. € (2011: 10.478.365 Tsd. €), Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 8.724 Tsd. € (2011: 11.117 Tsd. €) sowie Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 6.163 Tsd. € (2011: 5.104 Tsd. €). Im Vorjahr war der Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 82.986 Tsd. € enthalten. Dieser ist per 31. Dezember 2012 im Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11) bilanziert. Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden, erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

25. Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB hier nur Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Verrechnung des Deckungsvermögens ausgewiesen (Pensionsrückstellung 206.079 Tsd. €, davon mit Deckungsvermögen in Höhe von 163.567 Tsd. € verrechnet).

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen 62.872 Tsd. € (2011: 63.091 Tsd. €).

26. Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

In den anderen Rückstellungen sind folgende wesentlichen Einzelposten enthalten:

- Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 44.157 Tsd. €
- Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Vergütung gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit der Liquiditätsunterstützung der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 30.948 Tsd. €
- Rückstellungen aus Bewertungseinheiten in Höhe von 58.162 Tsd. €

27. Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich bei diesem Posten um 69 Schuldscheindarlehen und 12 Namensschuldverschreibungen sowie 11 Inhaberschuldverschreibungen. Für die festverzinslichen Schuldverschreibungen liegt die Verzinsung zwischen 4,0 % p.a. und 8,06 % p.a., die übrigen sind variabel verzinslich. Die Fälligkeitstermine

liegen in den Jahren 2013 bis 2037. Bei 10 Schuldverschreibungen liegen Kündigungsrechte vor, die in den Jahren 2013 bis 2031 ausgeübt werden können.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von 93.706 Tsd. € (2011: 118.829 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter diesem Posten anteilige Zinsen in Höhe von 44.220 Tsd. € (2011: 79.669 Tsd. €) enthalten.

Im Berichtsjahr ist eine nachrangige Inhaberschuldverschreibung zinsfrei gestellt (nominal 350.076 Tsd. €, Zinssatz von 5,879 %). Die Schuldverschreibung beinhaltet eine Bedingung, dass im Falle eines Bilanzverlustes keine Zinsen zu zahlen sind.

Im Zuge der Verschmelzung mit der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind im Jahr 2009 zwei Inhabergenussscheine und neun Namensgenussscheine zugegangen. Für diese wurden den Inhabern gemäß § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genussscheininhaber (2012: acht Namensgenussscheine) beträgt 77.000 Tsd. € (2011: 460.469 Tsd. €). Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

28. Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Der Bestand betrifft eine Emission eines Namensgenussrechts aus dem Jahr 1989 in Höhe von nominal 10.226 Tsd. €. Die Emission hat eine Verzinsung von 8 % und eine Laufzeit bis 2014. Die Genussrechtsbedingungen begrenzen die Ausschüttung in der Form, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Für die Ermittlung der Verlustteilnahme der Genussrechtsinhaber wird als Verteilungsmaßstab das sonstige Eigenkapital nach § 10 KWG herangezogen. Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zum sonstigen Eigenkapital nach § 10 KWG am Bilanzverlust teil. Die Genussrechtsbedingungen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind ausgeschlossen. Zum 31. Dezember 2012 besteht kein Rückzahlungsanspruch der Genussrechtsinhaber.

Der am 31. Dezember 2012 fällig gewordene Genussschein ist unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

29. Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 11)

Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe der Aktien und die Einzahlung in die Rücklagen des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS. Als Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nur Beträge ausgewiesen, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind. Dazu gehören aus dem Ergebnis zu bildende gesetzliche Gewinnrücklagen und andere Gewinnrücklagen.

Eigenkapitalspiegel

in Tsd. €	Gezeichnetes Kapital			Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen			Bilanz- verlust	Insgesamt
	Grund- kapital	stille Einlage	Ins- gesamt		gesetzliche Rücklage	andere			
						Gewinn- rücklagen	Ins- gesamt		
Eigenkapital zum 01.01.2011	380.376	284.662	665.038	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.589.164	2.393.198
Jahresüberschuss			-					142.782	142.782
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-102.915	-102.915					102.915	-
Veränderung Genussscheine			-					-4.267	-4.267
Eigenkapital zum 31.12.2011	380.376	181.747	562.123	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.347.734	2.531.713
Eigenkapital zum 01.01.2012	380.376	181.747	562.123	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.347.734	2.531.713
Jahresüberschuss			-					28.637	28.637
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-52.937	-52.937					52.937	-
Veränderung Genussscheine			-					-	-
Eigenkapital zum 31.12.2012	380.376	128.810	509.186	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.266.160	2.560.350

30. Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 11a)

Das Grundkapital beträgt zum 31. Dezember 2012 wie im gesamten Jahr 2012 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 2,83 € je Stückaktie. Am Aktienkapital der pbb hält die HRE Holding AG 100 %. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG. Zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011 bestand weder genehmigtes noch bedingtes Kapital.

Im Jahr 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS der pbb eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die stille Einlage nimmt am nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Bilanzverlust im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende um 53 Mio. € auf 129 Mio. € herabgesetzt (2011: um 103 Mio. € auf 182 Mio. €). Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der pbb ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 509.186.278,53 €.

31. Kapitalrücklage (Passivpos. 11b)

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.241.811 Tsd. € (2011: 3.241.811 Tsd. €).

32. Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 16.960 Mio. € (2011: 18.721 Mio. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 16.947 Mio. € (2011: 18.809 Mio. €).

33. Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten als Sicherheit übertragen:

in Tsd. €	Bilanzwert	
	2012	2011
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenmarktgeschäften mit der EZB	5.153.808	5.186.054
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	434.173	2.289.165
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	139.188	611.977
Verpfändung von Darlehen als Sicherung aufgenommener Darlehen	92.549	94.730
Verpfändung eines Wertpapiers als Sicherung aufgenommener Darlehen	92.399	94.221
Bei Kreditinstituten hinterlegte Barsicherheiten	2.597.020	3.991.279

Alle Vermögensgegenstände außer den Barsicherheiten wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen. Die Barsicherheiten betreffen überwiegend Derivategeschäfte.

34. Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Tsd. €		an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
		2012	2011	2012	2011
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	234.835	339.925	-	-
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	350.043	334.712	43.343	45.323
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(Aktivpos. 4)	-	250.676	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	121.855	159.983	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	245.061	46.571	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Passivpos. 3)	820.633	821.130	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 8)	660.343	660.306	-	-

Sonstige Angaben

35. Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

Die pbb, München, als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin zwar nicht für ausgeschlossen, jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 106.154 Tsd. € (2011: 89.464 Tsd. €) wurden im Rahmen des Bankgeschäfts gewährt. Vor Gewährung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Bürgschafts- bzw. Garantienehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellungsbildung Rechnung getragen. Latente Risiken aus den Bürgschafts- bzw. Gewährleistungsverträgen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle in diesem Zusammenhang hat die pbb keine Anhaltspunkte.

36. Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 1.003.865 Tsd. € betreffen mit 880.562 Tsd. € (2011: 888.190 Tsd. €) Hypothekendarlehen und mit 123.303 Tsd. € (2011: 176.132 Tsd. €) an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen. Vor Zusageerteilung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Darlehensnehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellung Rechnung getragen. Latente Risiken in den unwiderruflichen Kreditzusagen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle hat die pbb keine Anhaltspunkte.

37. Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen vor:

Die pbb, München, als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, dazu verpflichtet, diese Gesellschaft so zu unterstützen, dass sie bei Fälligkeit in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Gemäß Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nicht-strategischen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die pbb die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen ihrer Tochterunternehmen, die im Rahmen der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement übergingen

Die Restrukturierungsfonds-Verordnung sieht für die sogenannte Bankenabgabe eine Nacherhebung vor. Danach kann die Differenz zwischen der tatsächlich festgesetzten Bankenabgabe und dem errechneten Regelbetrag für die Beitragsjahre 2011 bis 2019 in den jeweils folgenden zwei Jahren nacherhoben werden. Die Verpflichtung zur Zahlung des Nacherhebungsbeitrags entsteht jedoch erst bei Erzielung entsprechender Gewinne in späteren Geschäftsjahren bis zur Höhe der in der Verordnung vorgesehenen Zumutbarkeits- oder Belastungsobergrenze. Entstehung und Höhe des Nacherhebungsbeitrags sind somit von der Gewinnerzielung in Folgejahren abhängig. Der Nacherhebungsbeitrag der pbb, der im Beitragsjahr 2013 nacherhoben werden kann, beträgt 32 Mio. €. Es wird aus heutiger Sicht nicht davon ausgegangen, dass der Nacherhebungsbeitrag in voller Höhe festgesetzt wird.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Reprivatisierung bei der pbb thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage der Bundesrepublik Deutschland verwendet.

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstige finanzielle Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

38. Rechtsrisiken

Die pbb ist verpflichtet, in allen Jurisdiktionen, in denen sie ihre Geschäftstätigkeit ausübt, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtlichen Vorgaben und Vorschriften einzuhalten, unter anderem zur Einhaltung bestimmter Verhaltensgebote, zur Vermeidung von Interessenskonflikten, zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung, zur Verhütung von strafbaren Handlungen, zum Nachteil der Finanzwirtschaft, zur Regelung des Außenhandels und zur Wahrung von Bank-, Geschäfts- und Datengeheimnis. Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die pbb in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren und behördliche Verfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von denen, die entsprechende Ansprüche geltend machen, nicht beziffert wird. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die pbb Rückstellungen, wenn der mögliche Ressourcenabfluss hinreichend wahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtung schätzbar ist. Die Wahrscheinlichkeit für den Ressourcenabfluss, der aber regelmäßig nicht mit Gewissheit eingeschätzt werden kann, hängt im hohen Maße von dem Ausgang der Verfahren ab. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung der ungewissen Verbindlichkeit hängen überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle verlässt sich die pbb, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise, die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater, auf eine Analyse der Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch der Entwicklung vergleichbarer Verfahren sowie auf die Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen.

Für eine inzwischen vollständig getilgte französische Finanzierung hat die pbb vertragsgemäß eine Entschädigungsgebühr in Höhe von 6 Mio. € erhalten. Der Kunde hat auf Rückzahlung der Gebühr wegen Unangemessenheit vor dem Handelsgericht Paris geklagt.

Durch die seit 2008 bestehenden Bilanzverluste und die entstandenen Jahresfehlbeträge in der pbb entfielen auf die von den Vorgängerinstituten emittierten Genussscheine erhebliche Verlustteilnahmen. Die Verzinsung war dementsprechend ausgefallen. Zu den einzelnen unterschiedlichen Klauseln der Verlustbeteiligung und Wiederauffüllung sind Gerichtsverfahren anhängig. Diese können im Ergebnis sowohl zu einer Erhöhung wie auch zu einer weiteren Reduzierung der Rückzahlungsansprüche der ehemaligen Gläubiger der Genussscheine führen.

Keines der übrigen anhängigen Verfahren hat einen bezifferten Streitwert von mehr als 5 Mio. € oder ist aus anderen Gründen für die pbb von materieller Bedeutung.

39. Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 Nr. 19 HGB dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und der Mikro-Steuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit grundsätzlich positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten bei den Derivaten sind Staaten, Banken und Finanzinstitute aus dem OECD-Raum sowie Kunden. Die Kundenderivate werden ausschließlich zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser

Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem einzelnen Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die pbb mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt zum 31. Dezember 2012 126.949 Mio. € (2011: 261.412 Mio. €). Das Adressenausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 10.147 Mio. € (2011: 15.548 Mio. €) - entspricht 8 % des Nominalvolumens (2011: 5,95) -. Der beizulegende Zeitwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet (Discounted Cashflow-, Black Scholes-, Hull-White-Modell).

Finanzderivate

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Insgesamt		positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinsbezogene Geschäfte	20.452	51.772	48.672	120.896	246.531	10.027	15.151	9.325	15.172
OTC-Produkte									
FRAAs	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	18.686	48.893	48.648	116.227	240.979	10.013	15.131	9.308	15.130
Zinsoptionen - Käufe	872	1.392	7	2.271	2.637	14	20	-	-
Zinsoptionen - Verkäufe	894	1.487	17	2.398	2.915	-	-	17	42
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte	4.968	478	607	6.053	14.881	120	397	97	550
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	4.838	37	-	4.875	6.307	23	34	24	190
Cross Currency Swaps	130	441	607	1.178	8.548	97	361	73	358
Devisenoptionen - Käufe	-	-	-	-	13	-	2	-	-
Devisenoptionen - Verkäufe	-	-	-	-	13	-	-	-	2
Insgesamt	25.420	52.250	49.279	126.949	261.412	10.147	15.548	9.422	15.722

Für die Finanzderivate werden folgende Wertkomponenten in der Bilanz gezeigt:

Anteilige Zinsen

in Mio. €		2012			2011	
		Zins-bezogene Geschäfte	Währungs-bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	1.167	7	1.174	1.644	
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	28	-	28	21	
Sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	73	-	73	707	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	835	3	838	1.500	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	-	1	1	5	
Sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	44	-	44	509	
Insgesamt		389	3	392	358	

Währungseffekt

in Mio. €		2012			2011	
		Zins-bezogene Geschäfte	Währungs-bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	92	92	86	

Options-/Upfrontprämien

		2012		2011	
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	(Aktivpos. 12)	308	6	314	77
Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	(Passivpos. 6)	387	-	387	224
Insgesamt		-79	6	-73	-147

Drohverlustrückstellungen

		2012		2011	
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
sonstige Rückstellungen	(Passivpos. 7)	58	-	58	57

40. Kreditderivate

Die pbb tritt wie im Vorjahr nicht als Sicherungsgeber in Form von Kreditderivaten auf.

41. Bewertungseinheiten

Bei der pbb werden derzeit nur Zinsrisiken im Rahmen von Mikro- Bewertungseinheiten abgebildet. Die Buchwerte der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte (bei Derivaten der Fair Value) sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Buchwert in Tsd. €	2012	2011
Aktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.123.157	13.069.699
Forderungen an Kunden	9.389.355	11.596.023
Forderungen an Kreditinstitute	263.182	244.047
Passiva		
Verbriefte Verbindlichkeiten	21.617.454	22.767.563
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.213.516	17.564.991
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.304.865	1.219.781
Derivate Positive Marktwerte (clean)	4.951.557	3.930.030
Derivate Negative Marktwerte (clean)	4.966.232	4.479.970

Die Höhe der in Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (entspricht dem risikoinduzierten Fair Value Anteil) ergibt sich aus folgender Übersicht:

in Tsd. €	wirksamer Teil	negativer unwirk- samer Teil	wirksamer Teil	negativer unwirk- samer Teil
	2012	2012	2011	2011
Aktiva				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.772.556	-3	2.410.946	-50
Forderungen an Kunden	2.032.391	-39	1.836.853	-1.465
Forderungen an Kreditinstitute	18.359	-	17.508	-
Passiva				
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.059.401	7.014	1.134.569	13.325
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.580.132	32.343	2.563.280	23.974
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	140.271	844	113.314	1.518
Derivate Positive Marktwerte	4.834.219	-	3.902.136	-
Derivate Negative Marktwerte	4.877.721	17.918	4.356.280	16.769
Insgesamt	-	-58.161	-	-57.101

Der negative unwirksame Teil stellt die aus Bewertungseinheiten mit negativer Ineffektivität resultierenden Effekte dar, für die eine Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften zu bilden ist. Im aktuellen Jahr wurden 1,1 Mio. € (2011: 26,0 Mio. €) an Drohverlustrückstellungen zugeführt. Zum 31. Dezember 2012 besteht eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 58,2 Mio. € (2011: 57,1 Mio. €).

Aufgrund der Vorgehensweise der pbb, Grund- und Sicherungsgeschäfte zu analogen oder sehr ähnlichen Konditionen abzuschließen, ist zu erwarten, dass die Risiken der zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Geschäfte vergleichbar sind und sich weitestgehend gegenläufig entwickeln. Grundsätzlich werden die Sicherungsbeziehungen bis zur Fälligkeit der Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, frühere Auflösungen, oder zeitlich begrenzte Absicherungen sind in Einzelfällen möglich.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen werden Sensitivitäts- und Regressionsanalysen herangezogen. Zur rechnerischen Ermittlung des Betrages der bisherigen Unwirksamkeit werden die risikoinduzierten Werte von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt.

42. Organe

Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz	Haupttätigkeit
Funtion im Aufsichtsrat Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Dr. Bernd Thiemann , Kronberg Vorsitzender Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsausschuss	Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche EuroShop AG Mitglied des Aufsichtsrats der IVG Immobilien AG Mitglied des Aufsichtsrats der VHV Leben AG Mitglied des Aufsichtsrats der VHV Vereinigte Hannoversche Versicherung a.G. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der WAVE Management AG
Dagmar Kollmann , Bad Homburg Stellvertretende Vorsitzende Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Risikomanagement- und Liquiditätsausschuss	Vorsitzende des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Vorsitzende des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH Mitglied des Aufsichtsrats der Bank Gutmann AG Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Telekom AG Mitglied des Aufsichtsrats der KfW IPEX-Bank GmbH
Dr. Günther Bräunig , Frankfurt am Main Mitglied Mitglied im Prüfungsausschuss und Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsausschusses	Mitglied des Vorstands der KfW Mitglied des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Mitglied des Conseil d'Orientation der OSEO Vorsitzender des Gesellschafterbeirats der True Sale International GmbH
Dr. Christian Gebauer-Rochholz , Hochheim Arbeitnehmersvertreter (seit 21. November 2012)	Bankangestellter
Dr. Alexander Groß , Teltow Mitglied (seit 1. Juni 2012)	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Mitglied des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Mitglied des Aufsichtsrats der DB Netz AG
Georg Kordick , Poing Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter
Dr. Ludger Schuknecht , Frankfurt am Main Mitglied (seit 1. Juni 2012)	Abteilungsleiter Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen im Bundesministerium der Finanzen Mitglied des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Heike Theißing , München Arbeitnehmersvertreterin (seit 21. November 2012)	Bankangestellte
Dr. Hedda von Wedel , Andernach Mitglied Mitglied im Prüfungsausschuss	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D. Mitglied des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG Mitglied des Aufsichtsrats der Grontmij A&T GmbH

Zum 1. Juni 2012 wurden Dr. Alexander Groß und Dr. Ludger Schuknecht in den Aufsichtsrat der pbb gewählt. Heike Theißing und Dr. Christian Gebauer Rochholz wurden zum 21. November 2012 als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der pbb gewählt. Frau Theißing war zuvor (seit dem 7. Juli 2011) bereits gerichtlich bestelltes Mitglied im Aufsichtsrat der pbb.

Vorstand

Name, Wohnsitz	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Funtion im Vorstand	
Manuela Better , München	Mitglied des Board of Directors der DEPFA Bank plc
CEO/ CRO	Non Executive Director der DEPFA ACS Bank
	Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
Wolfgang Groth , Tawern	Non Executive Director der DEPFA Bank plc
Treasury/ Asset Management	Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
Dr. Bernhard Scholz , Regensburg	
Real Estate Finance/ Public Investment Finance	
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen ,	Mitglied des Board of Directors der DEPFA Bank plc
Grünwald	Non Executive Director der DEPFA ACS Bank
CFO/ COO	

43. Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2012			2011
	männlich	weiblich	Insgesamt	Insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	598	310	908	830
Teilzeitbeschäftigte	11	105	116	102
Summe	609	415	1024	932
Auszubildende	-	-	-	-
Summe	609	415	1024	932

Der Anstieg resultiert aus der Verschmelzung der pbb Services GmbH, München, auf die pbb und aus dem Betriebsübergang der DEPFA Bank plc, Eschborn, auf die pbb.

44. Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

45. Eigene Aktien oder Anteile

Im Berichtsjahr hat die pbb keine Stückaktien von der HRE Holding AG, München, erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

46. Konzernabschluss

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die pbb einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes (PCGK-B)

Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des PCGK-B mit der Maßgabe »comply or explain« und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher eine Entsprechenserklärung zum PCGK-B nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite (www.hyporealestate.com) der Muttergesellschaft veröffentlicht.

München, den 19. März 2013

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Der Vorstand



Manuela Better



Alexander von Uslar



Wolfgang Groth



Dr. Bernhard Scholz

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

München, den 19. März 2013

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Der Vorstand



Manuela Better



Alexander von Uslar



Wolfgang Groth



Dr. Bernhard Scholz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlustrechnung (GuV) sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Pfandbriefbank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 20. März 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüferin